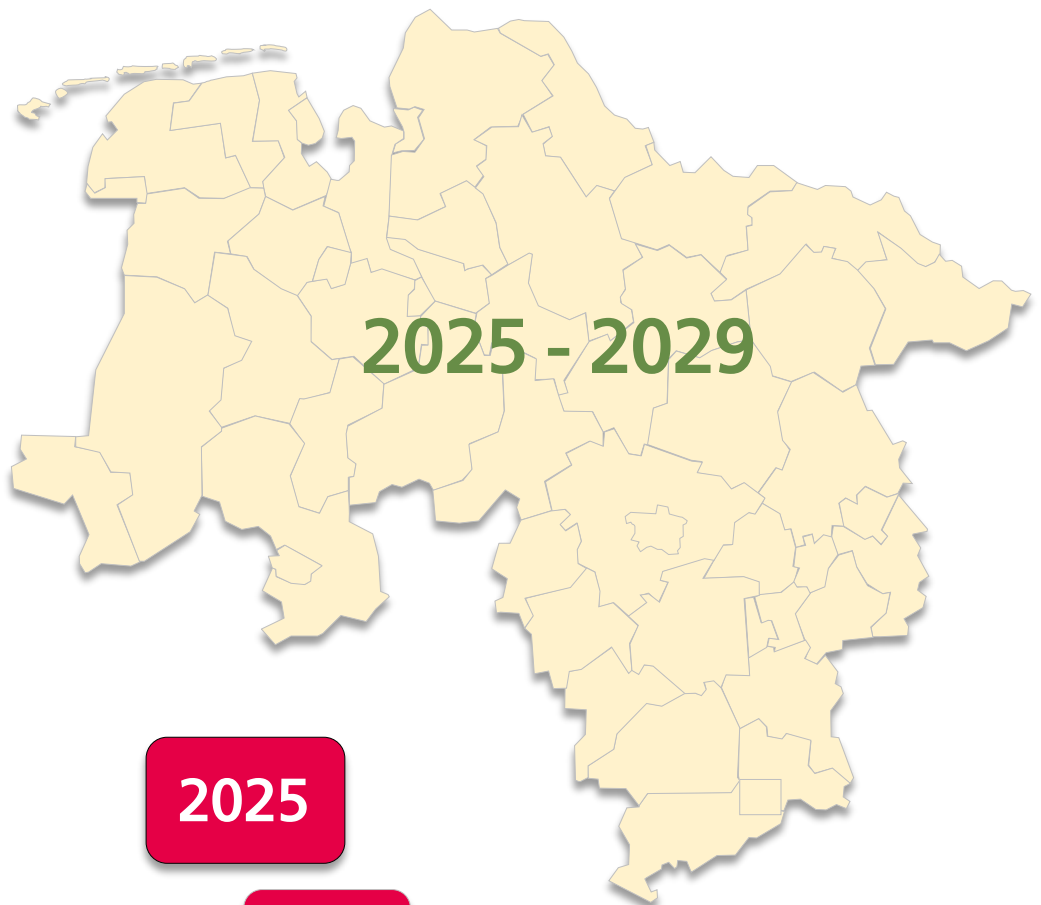


Mittelfristige Planung



2025

2026

2027

2028

2029



Niedersachsen. Klar.

Mittelfristige Planung Niedersachsen 2025 - 2029

**Niedersächsische
Staatskanzlei**

**Niedersächsisches
Finanzministerium**

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	5
1	Einführung	7
	Gesetzliche Grundlagen und Konzeption der Mittelfristigen Planung	7
2	Finanz- und haushaltspolitische Rahmenbedingungen	8
2.1	Entwicklung Einnahmen	8
2.1.1	Aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Steuerschätzung und finanzpolitische Maßnahmen zur Sicherung der Einnahmehasis	8
2.1.2	Steuern, Bundesergänzungszuweisungen, Kfz-Steuer-Kompensation und Förderabgabe	10
2.1.3	Einnahmen vom Bund und sonstige Einnahmen	13
2.2	Entwicklung Ausgaben	15
2.2.1	Aktuelle Ausgangensituation: Konsolidierung, dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung und massiver Ausbau der Investitionen	15
2.2.2	Ausgaben und Aufwand für Landespersonal	19
2.2.3	Sach- und Zinsausgaben	21
2.2.4	Zuweisungen und Zuschüsse	22
2.2.5	Investitionsausgaben	23
2.2.6	Hochbau	25
2.2.7	Gemeinschaftsaufgaben (GA)	26
2.2.8	Globale Minderausgaben	26
2.3	Verschuldung	26
2.3.1	Schuldenbremse	26
2.3.2	Schuldenquote	28
2.3.3	Struktureller Finanzierungssaldo	29
2.3.4	Stabilitätsrat, Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und Haushaltsüberwachung: Bestätigung der finanzpolitischen Stabilität Niedersachsens	31
2.4	Nachhaltigkeitsmerkmale im Landeshaushalt	32
2.4.1	Signaling	33
2.4.2	Klimakennziffer	34
3	Kommunalfinanzen	35
3.1	Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen / Kommunaler Finanzausgleich	35
3.2	Zahlungen an die Kommunen	38
4	EU-Förderung in den Jahren 2021 - 2027	40
4.1	EFRE- und ESF+-Programme in der Förderperiode 2021 - 2027	40
4.2	ELER	41
4.3	EMFAF	41
4.4	Europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg)	41

5	Anhang	43
5.1	Entwicklung der Einnahmen	43
5.2	Struktur der Einnahmen	44
5.3	Entwicklung der Ausgaben und des Ausgaberahmens	48
5.4	Einnahmen und Ausgaben nach Arten – Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates	49
5.5	Einnahmen und Ausgaben nach Einzelplänen	53
5.6	Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)	54
5.7	Belastungen (VE) nach Einzelplänen	72
5.8	Übersicht über die im Haushalt dargestellten Sondervermögen und Rücklagen	74
5.9	Projekte privater Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen und Projekte Öffentlich-Privater Partnerschaften	77
5.10	Untergliederung der Aufgabenplanung nach Aufgabenfeldern	78

Hinweise: a) Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.
b) 0,0 = Betrag unter 50.000 Euro; leeres Tabellenfeld oder Bindestrich = kein Wert.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Schätzung der Wachstumsraten für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in % (real)	8
Abbildung 2	Entwicklung Produktionspotential und BIP in Mrd. Euro	9
Abbildung 3	Entwicklung der Einnahmen aus Steuern, LFA, BEZ, Kfz-Steuer-Kompensation und Förderabgabe in Niedersachsen in Mio. Euro	11
Abbildung 4	Finanzierung des Investitionspakets	16
Abbildung 5	Investitions- und Kommunalstärkungspaket und Beplanung Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)	17
Abbildung 6	Entwicklung der Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Gruppen	20
Abbildung 7	Entwicklung der Versorgungsausgaben einschließlich Beihilfen in Mio. Euro	20
Abbildung 8	Zinsausgaben (absolut in Mio. Euro), Zinssteuerquote und Zinsausgabenquote (in %)	22
Abbildung 9	Schulden in Abgrenzung des Stabilitätsrates in Mio. Euro	28
Abbildung 10	Schuldenquote	29
Abbildung 11	Struktureller Finanzierungssaldo in Abgrenzung des Stabilitätsrates in Mio. Euro	30
Abbildung 12	17 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung	33
Abbildung 13	Ausgaben für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung im Landeshaushalt (HPE 2026) in Mio. Euro	34
Abbildung 14	Finanzierungssalden Land und Kommunen in Mio. Euro	35
Abbildung 15	Kommunaler Finanzausgleich (KFA) und Maßnahmen des kommunalen Rettungsschirms mit KFA-Bezug in Mio. Euro	37



Foto: Henning Stauch

Finanzminister Gerald Heere

Ministerpräsident Olaf Lies

Niedersachsen kann Zukunft!

Niedersachsen ist schon jetzt ein Land, in dem man gut und sicher leben und arbeiten kann sowie Standort zahlreicher erfolgreicher Wirtschaftsunternehmen. Gleichzeitig gibt es in vielen Bereichen dringenden Handlungsbedarf: Kitas, Schulen und Sportstätten müssen saniert, Straßen und Schienen müssen erneuert werden, so manche öffentliche Einrichtung braucht grundsätzliche Reparaturen oder einen Neubau. Niedersachsen zukunftsfest aufzustellen ist der Maßstab, nach dem diese Landesregierung handelt.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen erleben, dass die Landesregierung ihr Lebensumfeld konsequent im Blick hat und in den nächsten Jahren noch deutlich verbessert. Unternehmen sollen sich für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen entscheiden, hier investieren und gute Arbeitsplätze sichern und neu schaffen. Kommunen mit ihren teilweise strukturellen finanziellen Problemen sollen mit Nachdruck unterstützt werden. Deshalb hat die Landesregierung das größte Investitions- und Kommunalstärkungspaket in der Geschichte des Landes beschlossen. Insgesamt sollen in diesem und in den kommenden Jahren zusätzlich rd. 14,45 Mrd. Euro für die Zukunft Niedersachsens mobilisiert werden. Dies ist eine enorme Erhöhung des bereits in

den vergangenen Jahren gesteigerten Investitionsniveaus.

„Niedersachsen kann Zukunft“, unter dieser Überschrift sollen in den kommenden Jahren möglichst schnell strukturell wichtige Infrastrukturprojekte, eine deutliche Verbesserung der Bildungslandschaft und der Gesundheitsversorgung, mehr Wohnungsbau, Klimaschutz und Digitalisierung realisiert werden. Die Landesregierung denkt und plant dabei bewusst über diese Legislatur hinaus.

Hauptprofiteure der enormen Investitionen sollen die Menschen mit ihrem direkten Lebensumfeld sein. Um das zu erreichen, sollen die Mittelzuweisungen an die Kommunen erheblich erhöht werden. Allein im Jahr 2026 sollen die Kommunen rd. 15 Mrd. Euro aus dem Landeshaushalt erhalten. Außerdem unterstützt das Land die Kommunen ab 2026 jährlich mit zusätzlichen Mitteln für die Personalkosten der beitragsfreien Kita, die dynamisch nach den Tarifabschlüssen gesteigert werden sollen.

Mit dem „Pakt für Kommunalinvestitionen“ hatten sich darüber hinaus die Niedersächsische Landesregierung

und die Kommunalen Spitzenverbände bereits im Frühjahr 2025 auf ein umfassendes Investitionspaket verständigt. Die Kommunen sollen daraus 600 Mio. Euro für Investitionen jeglicher Art erhalten. Die Mittel werden ihnen in einem schlanken, unbürokratischen Verfahren zur Verfügung gestellt, um sie schnell und einfach dort einzusetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt bleiben Bildung und Sicherheit in Niedersachsen: So sollen zur Stabilisierung der Unterrichtsversorgung weitere 1.350 neue Lehrkräftestellen geschaffen werden. Darüber hinaus sollen 250 zusätzliche Stellen für Polizeianwärterinnen und -anwärter bereitgestellt werden. 65 zusätzliche Vollerzeiteinheiten sind im Verwaltungsbereich vorgesehen, damit Polizistinnen und Polizisten besser ihren eigentlichen Vollzugsaufgaben nachkommen können. Weitere 25 Vollerzeiteinheiten sollen für IT-Expertinnen und -Experten geschaffen werden. Die personelle Ausstattung der Justiz soll ebenfalls weiter verbessert werden. Vor allem die Strafjustiz wird mit 55 zusätzlichen Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten erneut deutlich gestärkt.

Auch in Klimaschutz und Klimafolgenanpassung soll weiter deutlich investiert werden: Zu den geplanten Maßnahmen gehören unter anderem Investitionen in Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz, in die energetische Sanierung von landeseigenen Gebäuden, in Investitionen in Energieeffizienz und Wärmewende sowie in die Ausfinanzierung von Projekten der Energie-Infrastruktur.

Zur Verbesserung und Sicherung von Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) soll dieser gestärkt



Gerald Heere
Niedersächsischer Finanzminister

werden. Ebenfalls erhebliche Mittel sind für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur eingeplant, besonders für Sanierung und Bau von Landesstraßen und Brücken. Weitere Gelder sollen über NPorts in die Hafeninfrastruktur investiert werden.

Das bereits jetzt hohe Niveau der Krankenhausförderung soll deutlich erhöht werden, um unserem Ziel einer modernen, zeitgemäßen Krankenhausinfrastruktur einen großen Schritt näher zu kommen. Für das reguläre Krankenhaus-Investitionsprogramm stehen in den nächsten vier Jahren mehr als 1,2 Mrd. Euro zur Verfügung. Zudem plant das Land die Kofinanzierung der Mittel aus dem Krankenhaus-Transformationsfonds des Bundes i. H. v. 600 Mio. Euro.

Um mehr Angebote für bezahlbares Wohnen zu schaffen, erhalten sowohl die Landeswohnungsgesellschaft WohnRaum GmbH als auch der Wohnraumförderungsfonds zusätzliche Mittel. Auch für die Landesliegenschaften sind erhebliche Investitionen eingeplant, um den Sanierungsstau weiter abzutragen.

Und schließlich ist die weitere Digitalisierung der Landesverwaltung die entscheidende Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens. Nachdem die Landesregierung bereits in den vergangenen Jahren Mittel in Milliardenhöhe für die Digitalisierung der Verwaltung und den Breitbandausbau eingeplant hat, sollen diese Anstrengungen auch mit der aktuellen Planung weiter intensiviert werden.

Nun heißt es, die Pläne in die Tat umzusetzen. Wir zeigen damit: Niedersachsen kann Zukunft!



Olaf Lies
Niedersächsischer Ministerpräsident

1. Einführung

Gesetzliche Grundlagen und Konzeption der Mittelfristigen Planung

Nach Artikel 64 der Niedersächsischen Verfassung (NV) ist „der Haushaltswirtschaft [des Landes] eine mehrjährige Finanz- und Investitionsplanung zugrunde zu legen“. Die Landeshaushaltsordnung (LHO) und die darin zitierten Vorschriften des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (StWG) sowie des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) sehen eine fünfjährige Finanzplanung vor.

Aufgabe der Mittelfristigen Finanzplanung (Mipla) ist es, „Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen“. Die Mittelfristige Finanzplanung ist jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen, von der Regierung zu beschließen sowie anschließend dem Landtag und dem Landesrechnungshof vorzulegen (§ 31 Abs. 2 LHO).

Im Gegensatz zu dem förmlich durch Gesetz festgestellten Haushaltsplan hat die Mittelfristige Finanzplanung ausschließlich Informations- und Programmcharakter. Dabei arbeitet sie auf einer hohen Aggregationsebene, wenngleich ihr ein ebenso tief gestufter Datenbestand auf Haushaltsstellenebene zugrunde liegt.

Die Mittelfristige Finanzplanung wird mit einer Aufgabenplanung zur Mittelfristigen Planung gekoppelt. Durch diese Koppelung werden für den mittelfristigen Zeitraum die fach- und finanzpolitischen Zielsetzungen der Landesregierung aufeinander abgestimmt. Damit sollen etwaige Zielkonflikte zwischen fachpolitischer Schwerpunktsetzung und den gesamt- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgezeigt werden, um frühzeitig geeignete Lösungen zu entwickeln.

Die Mittelfristige Finanzplanung folgt dem Gebot des § 50 Abs. 7 HGrG. Demnach hat die Regierung rechtzeitig geeignete finanzplanerische Maßnahmen zu treffen, um eine geordnete Haushaltsentwicklung unter Berücksichtigung des voraussichtlichen gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens in den einzelnen Planungsjahren zu sichern. Dieser Aufgabe kommt nach der Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz (GG) noch größere Bedeutung zu. Weitere Einzelheiten hierzu können Abschnitt 2.3.1 Schuldenbremse (s. Seite 25) entnommen werden.

Zunächst werden die finanz- und haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen betrachtet, beginnend mit der Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben (Abschnitte 2.1 und 2.2). Abschnitt 2.3 informiert über die Verschuldung des Landes. In Abschnitt 2.4 werden die Nachhaltigkeitsmerkmale im Landeshaushalt erläutert. Anschließend werden in Abschnitt 3 die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen sowie die Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich dargestellt. In Abschnitt 4 folgt eine Betrachtung der EU-Förderung in den Jahren 2021 – 2027. Abgerundet wird das Bild durch einen Anhang mit ergänzenden Tabellen und Übersichten (Abschnitt 5).

Die Mittelfristige Finanzplanung umfasst den Kernhaushalt des Landes; darüberhinausgehende Daten von Sondervermögen und Rücklagen sind folglich kein Bestandteil der Mipla und in den Tabellen und Übersichten grundsätzlich nicht enthalten. Gleichwohl gibt die Tabelle 5.8 im Anhang einen ergänzenden Überblick über diese mit ihren wesentlichen Eckdaten.

Bei der Bewertung der Mittelfristigen Finanzplanung ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Momentaufnahme der Finanzsituation des Landes handelt. So wirken sich Veränderungen im laufenden Haushaltsjahr in der Regel auch auf die Planungsjahre aus. Insbesondere können Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen einen Korrekturbedarf bei den Steuereinnahmeerwartungen und großen Ausgabepositionen wie den Personal- oder Zinsausgaben auslösen. Die in der Mipla enthaltenen Annahmen gilt es somit fortlaufend zu beobachten und bei Bedarf anzupassen.

Die aktuelle Mittelfristige Finanzplanung berücksichtigt die am 20.05.2025 beschlossene Regierungsumbildung, mit der das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB) aufgelöst wurde. Die Organisationseinheiten des Ministeriums wurden mit ihren Aufgaben auf die Niedersächsische Staatskanzlei (StK) überführt. Die sich aus der Umstrukturierung der Landesregierung ergebenden haushalterischen Auswirkungen werden ab dem Haushaltsjahr 2026 abgebildet. Zudem wurde mit der Haushaltsklausur der Landesregierung am 29./30.06.2025 für Niedersachsen die Einführung eines IT-Einzelplans (Epl. 19) beschlossen.

2. Finanz- und haushaltspolitische Rahmenbedingungen

2.1 Entwicklung Einnahmen

2.1.1 Aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Steuerschätzung und finanzpolitische Maßnahmen zur Sicherung der Einnahmehasis

In den beiden zurückliegenden Jahren 2023 und 2024 ist die deutsche Wirtschaftsleistung bereits real gesunken (-0,3 % bzw. -0,2 %). Im vergangenen Jahr prägten insbesondere die weiterhin nachwirkenden Kaufkraftverluste aufgrund der vorangegangenen Krisen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Trotz des deutlichen Rückgangs der Inflation und spürbar gestiegener

Realeinkommen ergaben sich aus dem privaten Konsum auch im zweiten Halbjahr 2024 nur verhaltene Impulse. Neben einer weiterhin erhöhten Sparneigung der privaten Haushalte wurde das Jahr 2024 von einer anhaltenden Investitionszurückhaltung geprägt. Es zeigte sich eine deutliche gesamtwirtschaftliche Unterlastung aufgrund einer sowohl im Inland als auch im Ausland schwachen Nachfrage.

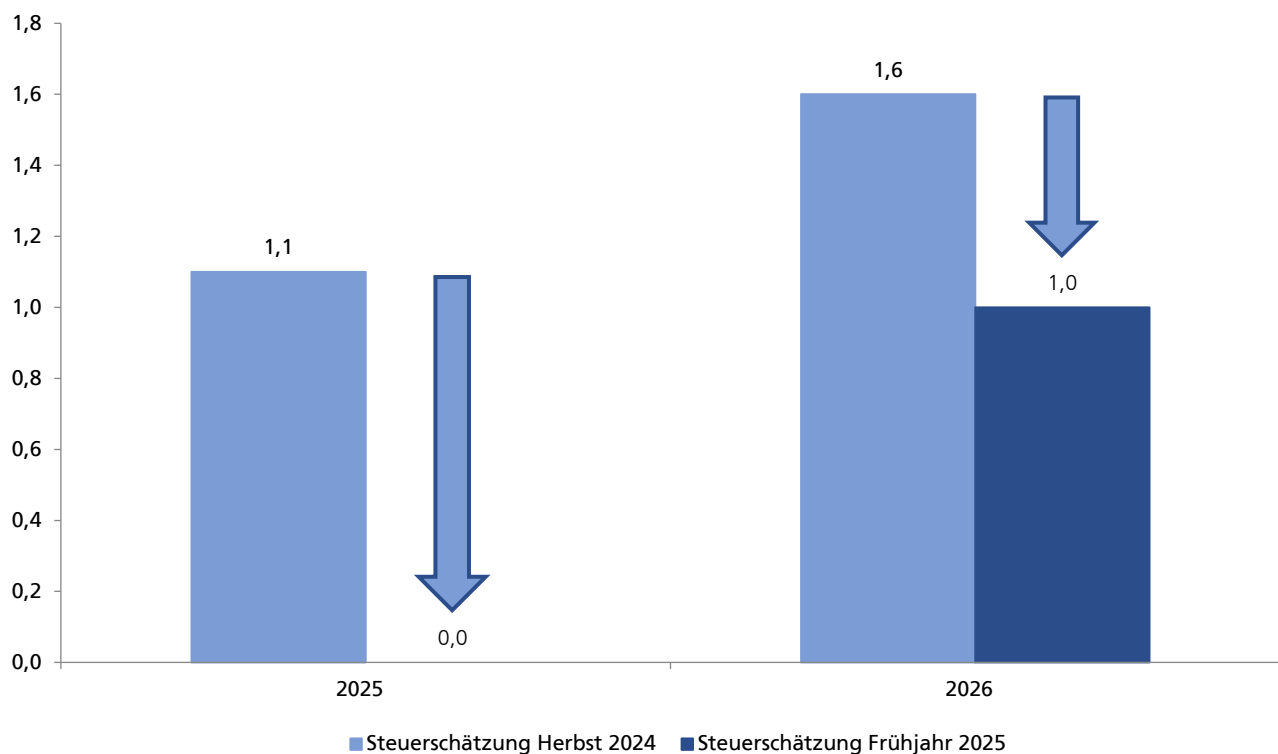


Abbildung 1: Schätzung der Wachstumsraten für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in % (real)

Das Jahr 2025 dürfte trotz eines recht positiven Einstiegs im ersten Quartal verhalten verlaufen. Die jüngste Frühjahrsprojektion der Bundesregierung erwartet insbesondere vor dem Hintergrund der konfrontativen US-Handelspolitik sowie der Auswirkungen der Zollerhöhungen auf den Welthandel eine anhaltende wirtschaftliche Schwäche für das laufende Jahr. Der zu erwartenden Zunahme des privaten Konsums im zweiten Halbjahr steht eine schwache Auslandsnachfrage, die zu negativen Wachstumsbeiträgen führt, gegenüber. Bei einem Rückgang der innenpolitischen Unsicherheiten könnte der Privatkonsum bereits etwas früher als prognostiziert für eine schrittweise Erholung

sorgen. Gemäß der aktuellen Frühjahrsprojektion der Bundesregierung ist von einer gesamtwirtschaftlichen Stagnation auszugehen. Auch für das aktuelle Aufstellungsverfahren zum Haushalt 2026 ist perspektivisch eine nur moderate Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten (+1 %).

Das BIP hat seit 2019 lediglich real um +0,26 % zugenommen. Diese langanhaltende Wachstumsschwäche Deutschlands hat auch strukturelle Ursachen. Hier wirken insbesondere die geopolitischen Krisen, der demografische Wandel und die damit verbundene Alterung

der Gesellschaft, die erhebliche inländische Investitionszurückhaltung sowie die in den letzten Jahrzehnten nennenswert vernachlässigten Standortfaktoren belastend.

Daneben ist festzustellen, dass sich der Anstieg der Verbraucherpreise mittlerweile zwar beruhigt hat – für 2025 wird nunmehr von einer Inflationsrate von +2,0 % (Vorjahr: +2,2 %) ausgegangen. Allerdings ist unverkennbar, dass die Stabilisierung auf einem hohen Niveau erfolgt. Der enorme Preisanstieg der Jahre 2022 und 2023 (Inflationsrate 2022: +7,9 %; 2023: +5,9 %) hat auch die Ausgaben der öffentlichen Haushalte massiv in die Höhe getrieben. Der Landeshaushalt hat inflationsbedingt somit weiterhin sichtbar gestiegene Personal-, Sach- und Zinsausgaben zu finanzieren.

Neben der Abwärtsrevision der konjunkturellen Wachstumserwartung werden die öffentlichen Haushalte da-

her weiterhin auch mit dauerhaften strukturellen Einbußen konfrontiert. Die aktuelle Frühjahrsprojektion der Bundesregierung schätzt die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist erneut leicht schwächer als noch im letzten Jahr ein. Das Produktionspotential wird im Projektionszeitraum bis 2029 preisbereinigt um jahresdurchschnittlich +0,5 % p.a. zunehmen. Die Steigerungsrate liegt damit unterhalb der Annahmen der letzten Projektionen, was die anhaltenden strukturellen Schwierigkeiten der deutschen Volkswirtschaft verdeutlicht. Hieraus sind zwei Schlussfolgerungen zu ziehen: Zum einen wird es in der deutschen Volkswirtschaft ohne eine Gegensteuerung mittelfristig zu dauerhaften Wohlstandsverlusten kommen und zum anderen müssen sich die öffentlichen Haushalte selbst bei der erhofften Rückkehr zur Normalauslastung auf gegenüber den bisherigen Erwartungen abgesenkte strukturelle Einnahmeerwartungen einstellen.

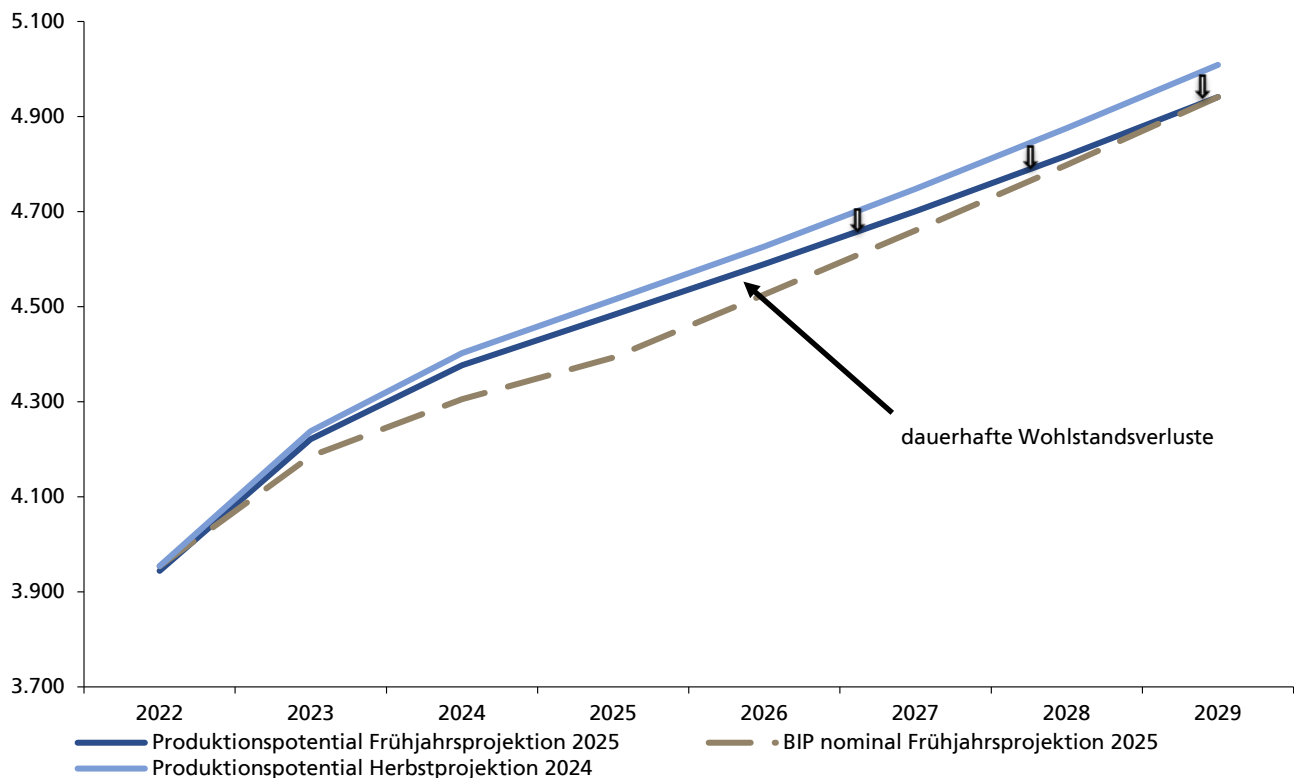


Abbildung 2: Entwicklung Produktionspotential und BIP in Mrd. Euro

Dies spiegelt auch die aktuelle Mai-Steuerschätzung 2025 wider. Für den Landeshaushalt ist über den gesamten Mipla-Zeitraum 2025 - 2029 brutto mit rd. einer Milliarde Euro weniger an Steuern zu rechnen. Diese Belastung wiegt umso schwerer, als dass die geringeren Einnahmeerwartungen nur zu Beginn des Planungszeitraums durch entsprechende negative Konjunkturkomponenten aufgefangen werden können. Während die negativen Konjunkturkomponenten in

den Jahren 2026 und 2027 noch nennenswerte Beträge i. H. v. -918 Mio. Euro und -521 Mio. Euro aufweisen, verringert sich diese im Jahr 2028 auf -248 Mio. Euro, bis sie letztlich am Ende des Planungszeitraums im Jahr 2029 annahmegemäß Null Euro beträgt.

Um das Produktionspotential der deutschen Volkswirtschaft über die Annahmen der Frühjahrsprojektion zu heben, hat die Bundesregierung verschiedene finanz-

politische Maßnahmen ergriffen und insbesondere Investitionsanreize für ein schnelles Wachstum mit dem Ziel einer strukturellen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit geschaffen:

1. Mit dem Gesetzentwurf für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland werden Maßnahmen zur Standortstärkung und Investitionsförderung angestrebt. Die Maßnahmen dienen dem schnellen Anschub wachstumswirksamer Investitionen verbunden mit langfristigen und flächenwirksamen Entlastungswirkungen und dem Ziel einer resilienten Wirtschaft auf längere Sicht.
2. Mit der verfassungsrechtlichen Verankerung (Artikel 143h GG) eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität wird eine langfristige Finanzierungsgrundlage für Investitionen zur Modernisierung Deutschlands geschaffen. Es stellt Mittel für zusätzliche Investitionen i. H. v. 500 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Investitionen aus dem Sondervermögen können innerhalb einer Laufzeit von zwölf Jahren bewilligt werden.
3. Die Möglichkeiten der Nettokreditaufnahme waren seit Inkrafttreten der Schuldenbremse für die Länder eng begrenzt: Sie bestanden nur für den Fall konjunktureller Schwächephasen sowie bei Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen. Den Ländern wurde mit einer Änderung des Grundgesetzes die Möglichkeit der zusätzlichen strukturellen Kreditaufnahme i. H. v. 0,35 % des nominalen gesamtstaatlichen BIP eingeräumt

(Artikel 109 Abs. 3 GG). Unabhängig von der konjunkturellen Lage bzw. Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Notsituationen haben die Länder nun die Möglichkeit ihre Ausgabebedarfe auch mittels einer strukturellen Kreditaufnahme zu finanzieren.

Die Maßnahmen sind in den o. g. Annahmen der Frühjahrsprojektion noch nicht berücksichtigt. Im Vergleich zur Frühjahrsprojektion sind positive Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum und eine Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktionskapazitäten Deutschlands zu erwarten. Angesichts der absehbar steigenden Neuverschuldung, insbesondere infolge der Kreditaufnahmemöglichkeit durch die Grundgesetzänderung des Artikels 109 Abs. 3 GG, werden jedoch die Zinslasten im Landeshaushalt in den nächsten Jahren voraussichtlich steigen.

Die Landesregierung wird die grundgesetzlich neu geschaffene strukturelle Verschuldungsmöglichkeit (0,35 % des BIP) nutzen. Die Nettokreditaufnahme des Landes beträgt planerisch 2.191 / 1.823 / 1.594 / 1.391 Mio. Euro in den Jahren 2026 bis 2029, davon entfallen auf die aus den o. g. negativen Konjunkturkomponenten jeweils abgeleitete konjunkturell zulässige Kreditaufnahme 918 / 521 / 248 / 0 Mio. Euro und auf die strukturell zulässige Kreditaufnahme 1.431 / 1.460 / 1.504 / 1.549 Mio. Euro. 2025 steht im NHPE 2025 der Nutzung der strukturell zulässigen Kreditaufnahme (1.431 Mio. Euro) eine Verringerung der Wirkungen aus der Konjunkturbereinigung um 854 Mio. Euro gegenüber. Im Saldo erhöht sich die Kreditaufnahme damit gegenüber dem Grundhaushalt von 1.516 Mio. Euro auf 2.093 Mio. Euro.

2.1.2 Steuern, Bundesergänzungszuweisungen, Kfz-Steuer-Kompensation und Förderabgabe

Die Haupteinnahmequelle des Landes bilden die Steuern, die aus den Landesanteilen an den Gemeinschaftssteuern (z. B. Lohn-, Einkommen- und Umsatzsteuer) und den reinen Landessteuern (z. B. Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer) bestehen, sowie die steuerinduzierten Einnahmen aus den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), der Kfz-Steuer-Kompensation des Bundes (gem. Art. 106b GG) und der Förderabgabe.

Die der letzten Steuerschätzung im Mai 2025 zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Eckwerte aus der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung gehen für das Jahr 2025 von einer Stagnation des BIP aus. Nachdem

die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 real schrumpfte (-0,2 %), besteht die Erwartung, dass sich die Wachstumsdynamik u. a. durch die geplanten höheren Verteidigungs- und Infrastrukturinvestitionen etwas beschleunigt. Die Prognoseunsicherheit ist jedoch angesichts der handels- und geopolitischen Unsicherheiten hoch. Für das Jahr 2026 wird ein reales Wachstum i. H. v. +1,0 % erwartet.

Beim nominalen Wachstum als wesentliche Größe für die Steuerschätzung wird für das Jahr 2025 nunmehr ein Wachstum von +2,0 % und für das Jahr 2026 von +3,0 % erwartet.

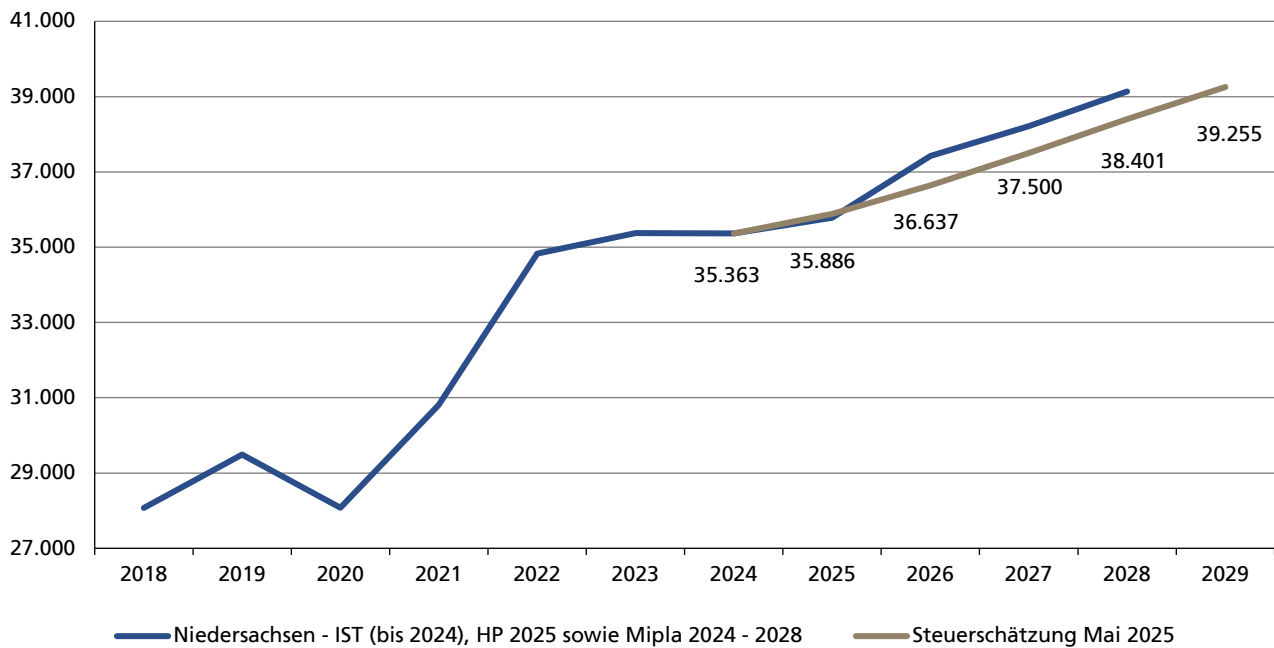


Abbildung 3: Entwicklung der Einnahmen aus Steuern, LFA, BEZ, Kfz-Steuer-Kompensation und Förderabgabe in Niedersachsen in Mio. Euro

Die ab dem Jahr 2025 veranschlagten Ansätze sind aus den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom 13. - 15.05.2025 abgeleitet. Die Steuerschätzungen beruhen auf geltendem Recht zum Zeitpunkt der Arbeitskreissitzung. Zu der diesjährigen Mai-Steuerschätzung waren an nennenswerten Gesetzesänderungen insbesondere das Gesetz für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt, das Jahressteuergesetz 2024, das Gesetz zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums 2024 und das Gesetz zur Fortentwicklung des Steuerrechts und zur Anpassung des Einkommensteuertarifs sowie die Verordnung zur Anpassung des Beitragssatzes in der sozialen Pflegeversicherung 2025 zu berücksichtigen.

Über die offizielle Steuerschätzung hinaus wird bei der Weiterverarbeitung der zentralen Ergebnisse für die Haushaltsplanung in Niedersachsen überdies eine landeseigene Regionalisierung durchgeführt, um regionale Besonderheiten (hier: Vorsorge für mittelfristige Schwankungen bei der Realsteuerkraft und der demografischen Entwicklung) sowie etwaige Auswirkungen aus künftigen Steuerrechtsänderungen (in diesem MiPla-Zeitraum betrifft das u.a. einen Abschlag für die

alle zwei Jahre fortzuführenden Existenzminimum- und Steuerprogressionsberichte) berücksichtigen zu können.

Zudem wurden die Einnahmen aus der Gewerbesteuer-Offshore nicht mehr als Steuereinnahmen des Landes berücksichtigt. Nachdem alle vorherigen Instanzen zu Gunsten des Landes entschieden hatten, urteilte der Bundesfinanzhof (BFH) mit Urteil vom 03.12.2024 (IV R 5/22), dass die Heheberechtigung des Landes gegenüber Gewerbebetrieben mit einer Betriebsstätte in dem gemeinde- und kreisfreien Gebiet der Küstengewässer (Offshore-Windparks) aufgrund eines Verstoßes gegen § 4 Abs. 2 GewStG i. V. m. Art. 106 Abs. 6 S. 1 Halbsatz 1 GG rechtswidrig ist. Für das Land sind Rückzahlungsverpflichtungen für vergangene Jahre zu erwarten. Die Heheberechtigung soll zeitnah einer oder mehreren niedersächsischen Gemeinden zugeordnet werden. Es soll so verhindert werden, dass ein Großteil des Gewerbesteuerertrags an Kommunen außerhalb Niedersachsens fließt, in denen die Windpark-Betreiber ihren Geschäftsleitungssitz haben.

Die zu erwartenden Einnahmen setzen sich kurz- und mittelfristig wie folgt zusammen:

in Mio. Euro	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Steuern	34.569	35.308	35.935	36.813	37.640
Allgemeine BEZ	611	549	575	598	625
Sonderbedarfs-BEZ Forschungsförderung	60	64	64	64	64
Kfz-Steuer-Kompensation	896	896	896	896	896
Förderabgabe	40	30	30	30	30
Gewerbesteuer (GewSt) in Küstengewässern	-290	-210	0	0	0
Summe	35.886	36.637	37.500	38.401	39.255
Veränderung gegenüber Vorjahressoll in %	+0,5	+2,1	+2,4	+2,4	+2,2

Gegenüberstellung der Steuerschätzung mit der Mipla 2024 - 2028 und dem HP 2025:

in Mio. Euro (einschl. Förderabgabe)	2025	2026	2027	2028
Ansatz laut HP 2025	35.784			
Ansätze laut Mipla 2024 - 2028 (Basis: Steuerschätzung Mai 2024)		37.423	38.216	39.135
Ansätze laut Mipla 2025 - 2029 (Basis: Steuerschätzung Mai 2025)	35.886	36.637	37.500	38.401
Differenz alte / neue Mipla	102	-786	-716	-734
Darin enthalten:				
Schätzkorrektur Förderabgabe	0	-22	-22	-22
Schätzkorrektur GewSt in Küstengewässern	-400	-305	-95	-95

Ergebnis Steuerschätzung 2025 - 2029:

Steuerart in Mio. Euro	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Lohnsteuer – Landesanteil	9.193	9.536	9.851	10.159	10.358
Veranlagte Einkommensteuer – Landesanteil	3.085	3.161	3.151	3.212	3.360
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag – Landesanteil	1.391	1.409	1.431	1.469	1.518
Körperschaftsteuer – Landesanteil	1.450	1.423	1.380	1.226	1.105
Globale Mindeststeuer – Landesanteil	0	32	26	19	13
Abgeltungsteuer – Landesanteil	775	628	615	628	638
Umsatzsteuer – Landesanteil	15.967	16.259	16.533	17.079	17.565
Gewerbesteuerumlage – Landesanteil	320	337	348	359	368
Summe A (Landesanteile)	32.181	32.785	33.335	34.151	34.925
Erbschaftsteuer	823	903	935	968	1.000
Grunderwerbsteuer	1.232	1.281	1.322	1.346	1.363
Lotteriesteuer	167	170	173	176	179
Sportwettensteuer	40	41	41	41	42
Virtuelle Automatensteuer	20	20	20	20	20
Online-Pokersteuer	3	3	3	3	3
Feuerschutzsteuer	81	83	84	86	87
Biersteuer	22	22	22	22	21
Summe B	2.388	2.523	2.600	2.662	2.715
Summe A + B	34.569	35.308	35.935	36.813	37.640
Allgemeine Bundesergänzungszuweisung (BEZ)	611	549	575	598	625
Sonderbedarfs-BEZ Forschungsförderung	60	64	64	64	64
Kfz-Steuer-Kompensation	896	896	896	896	896
Förderabgabe	40	30	30	30	30
GewSt in Küstengewässern	-290	-210	0	0	0
Steuern, BEZ, Kfz-Steuer-Kompensation, Förderabgabe und GewSt in Küstengewässern	35.886	36.637	37.500	38.401	39.255

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

2.1.3 Einnahmen vom Bund und sonstige Einnahmen

Die Einnahmen vom Bund setzen sich insbesondere aus den folgenden Einnahmen zusammen, bei denen es sich überwiegend um durchlaufende Mittel handelt (Beträge sind jeweils für die Jahre 2025 - 2029 dargestellt):

- Erstattungen des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung: 1.136,8 / 1.189,5 / 1.194,3 / 1.199,2 / 1.199,2 Mio. Euro
- Erstattungen für die Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung gem. § 46a SGB XII: 1.238,2 / 1.408,9 / 1.521,6 / 1.643,4 / 1.774,8 Mio. Euro
- Zuweisungen des Bundes für Schüler- und Studierenden-BAföG: 405,0 / 337,0 / 337,0 / 337,0 / 337,0 Mio. Euro
- Erstattung des Bundesanteils an den Aufwendungen für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz: 243,9 / 210,3 / 226,3 / 209,4 / 226,3 Mio. Euro

- Erstattungen für Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91a GG): 205,9 / 207,8 / 200,8 / 192,4 / 191,0 Mio. Euro
- Zuführung von Baunebenkosten: 148,1 / 162,7 / 163,1 / 163,1 / 163,1 Mio. Euro
- Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Sozialer Wohnungsbau): 191,4 / 248,2 / 292,8 / 322,3 / 315,7 Mio. Euro
- Erstattungen des Bundes gem. Unterhaltsvor-
schussgesetz: 141,0 / 135,0 / 140,0 / 140,0 / 140,0
Mio. Euro
- Zuweisungen des Bundes im Rahmen des „Zu-
kunftsvertrags Studium und Lehre stärken“:
146,4 / 150,6 / 155,2 / 155,2 / 155,2 Mio. Euro
- Zuweisungen des Bundes gemäß Aufstiegsfortbil-
dungsförderungsgesetz (AFBG): 101,6 / 95,9 /
95,9 / 95,9 / 95,9 Mio. Euro

	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Einnahmen vom Bund (ohne BEZ, ohne Kfz- Steuer-Kompensation) in Mio. Euro	4.261,0	4.425,9	4.587,7	4.732,4	4.891,5
Veränderung gegenüber Vorjahressoll in %	13,5	3,9	3,7	3,2	3,4

Die prozentuale Erhöhung im Jahr 2025 beruht größtenteils auf Steigerungen des Bundesanteils bei den Erstattungsleistungen für die Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung, den Kosten der Unterkunft und Heizung sowie den Finanzhilfen des Bundes für die Investitionen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

Eine weiterführende Übersicht über die Einnahmen vom Bund ist der Tabelle 5.2 unter der Nr. 7 im Anhang zu entnehmen.

Zu den sonstigen Einnahmen zählen u. a. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Einnahmen aus Zuschüssen für Investitionen. Die Entwicklung dieser Einnahmen wird durch eine Reihe verschiedener Faktoren beeinflusst.

	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Sonstige Einnahmen in Mio. Euro	2.208,9	2.429,1	2.347,7	2.346,0	2.565,8
Veränderung gegenüber Vorjahressoll in %	-5,0	10,0	-3,4	-0,1	9,4

Mit dem NHPE 2025 reduzieren sich die sonstigen Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 5 %. Diese Veränderung beruht insbesondere auf der dividendenabhängigen Abführung der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen mbH i. H. v. 200 Mio. Euro im Jahr 2024. Ab dem Jahr 2025 erfüllt das Land seine Verpflichtung gegenüber der VW-Stiftung unmittelbar durch eine entsprechende Zahlung seitens einer gGmbH anstatt der bisherigen Zahlung des jeweiligen Dividendenbetrages aus dem Landeshaushalt nach vorheriger Vereinnahmung. Mit dem HPE 2026 steigen die sonstigen Einnahmen im Vergleich zum Ansatz des NHPE 2025 um 10 Prozentpunkte an.

Hierfür sind insbesondere die nachfolgend aufgeführten Punkte ausschlaggebend:

- Verwaltungseinnahmen (OGr. 11)
- Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (OGr. 12 ohne Zinsen und Förderabgabe)
- Zinseinnahmen (OGr. 15 und 16)
- Sonstige Zuweisungen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sondervermögen (OGr. 23)
- Veranschlagung einer Globalen Mehreinnahme im Jahr 2029 (OGr. 37)

Eine weitergehende Aufschlüsselung der sonstigen Einnahmen ist der Tabelle 5.2 unter der Nr. 8 im Anhang zu entnehmen.

2.2 Entwicklung Ausgaben

2.2.1 Aktuelle Ausgabensituation: Konsolidierung, dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung und massiver Ausbau der Investitionen

Die Landesregierung hat mit ihren bisherigen Beschlüssen zu den Haushalten 2024 und 2025 sowie den Nachtragshaushalten 2022, 2023 und 2024 einen wohl austarierten Mix aus finanzpolitischer Stabilität und fachpolitischer Schwerpunktsetzung in zentrale Zukunftsfelder bei erheblicher Steigerung der im Grundhaushalt finanzierten Investitionen umgesetzt. Dabei wurden die beschlossenen Maßnahmen auch in den dazugehörigen Jahren der Mittelfristigen Finanzplanungen über den gesamten Planungszeitraum ohne offene Handlungsbedarfe abgesichert. Diesen Weg der sinnvoll gestaltenden Politik für das Land wird auch für die restliche Legislatur konsequent fortgesetzt, auch wenn sich dies angesichts fortgesetzter Krisen und einer anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Schwächephase als besonders herausfordernd erweist.

Zur dauerhaften Finanzierung der beschlossenen inhaltlichen Leitplanken waren gleich zu Beginn des aktuellen Haushaltsaufstellungsverfahrens durchgreifende Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen. Die Landesregierung hat hierbei ihren Kurs einer stabilitätswahrenden Haushaltspolitik unterstrichen und bezogen auf den gesamten MiPla-Zeitraum die Landesfinanzen insbesondere durch Abschöpfung in der Vergangenheit regelmäßig nicht in Anspruch genommener Ausgabeermächtigungen um knapp 900 Mio. Euro entlastet. Diese Entlastung wirkt dauerhaft und schafft finanzielle Spielräume für die Umsetzung neuer inhaltlicher Schwerpunktsetzungen.

Mit den Beschlüssen zum Entwurf eines punktuellen Nachtragshaushaltsplans 2025, zum Haushaltsplanentwurf 2026 und zur MiPla 2025 - 2029 wurden für das Land inhaltlich und finanzpolitisch weitere wegweisende Maßnahmen beschlossen. Eine konsequente Prioritätensetzung hin zu steigenden Investitionsausgaben, zu einer weiteren Stärkung der Bildungsausgaben und zu einer klar im Fokus stehenden Umsetzung wachstumsfördernder Maßnahmen wird für eine nachhaltige Stärkung der Strukturen des Landes sorgen und gleichsam zu einem Abbau der impliziten Verschuldung beitragen.

Nachdem die deutsche Wirtschaftsleistung bereits in den beiden zurückliegenden Jahren 2023 und 2024 gesunken ist, zeichnet sich auch für das Jahr 2025 eine fortgesetzte schwache Entwicklung ab. Dabei hat die langanhaltende Phase des wirtschaftlichen Rückgangs sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen. Konjunkturell erholt sich die deutsche Wirtschaft zögerlicher als erwartet von den wirtschaftlichen Folgen

der Schocks der jüngeren Vergangenheit. Zuletzt prägten insbesondere die nachwirkenden Kaufkraftverluste aufgrund des seit 2021 deutlich angestiegenen Preisniveaus Stimmung und Konsumverhalten der privaten Haushalte und damit auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Strukturell wirken insbesondere die geopolitischen Krisen samt einer zunehmenden konfrontativeren Handelspolitik, der demografische Wandel und die damit verbundene Alterung der Gesellschaft, die erhebliche inländische Investitionszurückhaltung sowie in den letzten Jahrzehnten nennenswert vernachlässigte Standortfaktoren belastend.

Die aktuelle Frühjahrsprojektion der Bundesregierung bestätigt, dass eine Aufhellung der konjunkturellen Lage, anders als noch in der letzten Herbststeuerschätzung 2024 angenommen, für 2025 nicht eintreten wird. Von den finanzpolitischen Weichenstellungen der aktuellen Bundesregierung werden positive Impulse erwartet, die allerdings erst in den kommenden Jahren spürbar zum Wachstum beitragen werden.

Neben der Abwärtsrevision der konjunkturellen Wachstumserwartungen werden die öffentlichen Haushalte auch mit sichtbaren strukturellen Einbußen konfrontiert. Die aktuelle Frühjahrsprojektion der Bundesregierung schätzt die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist weiterhin als sehr zurückhaltend und deutlich schwächer als noch im zurückliegenden Jahrzehnt ein. Hieraus sind zwei Schlussfolgerungen zu ziehen: Zum einen wird es in der deutschen Volkswirtschaft mittelfristig zu dauerhaften Wohlstandsverlusten kommen und zum anderen müssen sich die öffentlichen Haushalte selbst bei einer unterstellten Rückkehr zur Normalauslastung auf gegenüber den bisherigen Erwartungen auch strukturell abgesenkte Einnahmeerwartungen einstellen.

Finanzielle Spielräume für notwendige Investitionen in zentrale Handlungsfelder sind somit an anderer Stelle durch neue Schwerpunktsetzungen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Steuereinnahmeseitig sind keine Entlastungen festzustellen.

Zur Bekämpfung der anhaltenden Schwächephase der deutschen Volkswirtschaft bedarf es einer deutlichen Steigerung der staatlichen Investitionsausgaben. Entsprechende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität können den bestehenden Investitionsstau abbauen sowie zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur beitragen und so einen wesentlichen Beitrag für mehr wirtschaftliche Dynamik in Deutschland leisten. Die Stärkung der

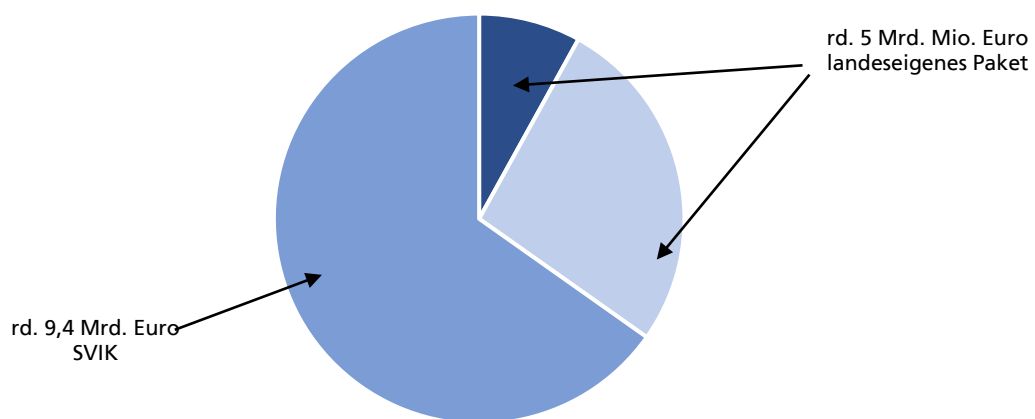
Investitionen wird durch die verfassungsrechtliche Verankerung eines Sondervermögens des Bundes mit einer Kreditermächtigung von 500 Mrd. Euro in Art. 143h GG für zusätzliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) erleichtert. Ländern und Kommunen wird ein fester Anteil von 100 Mrd. Euro an dem Sondervermögen zur Verfügung gestellt, um dringende Investitionsvorhaben eigenständig voranzutreiben.

Die hierzu gehörigen Ausführungsbestimmungen liegen als Referentenentwurf vor. Der Entwurf des Bundesfinanzministeriums nimmt dabei im Vorfeld ausgesprochene Empfehlungen der Länder auf, so dass mit einer zügigen Verabschiedung im Oktober 2025 zu rechnen ist. Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alle Details bekannt sind, zeichnen sich bereits erste wesentliche Eckpfeiler ab. So ist davon auszugehen, dass auf Niedersachsen ein Anteil von rd. 9,4 Mrd. Euro entfällt, der für Investitionen in die Infrastruktur des Landes zur Verfügung steht. Das Land wird seinen Anteil zusammen mit den Kommunen zielgerichtet für eine Stärkung der öffentlichen Investitionen einsetzen und damit sowohl unmittelbar konjunkturelle Impulse setzen als auch mittelfristig zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Strukturen im Land beitragen. Mit diesen Mitteln sollen prioritär investive Maßnahmen insbesondere in den Bereichen kommunale Investitionen, Bildung, Hochschulbau einschließlich Hochschulmedizin, ÖPNV, Verkehrsinfrastruktur, sozialer Wohnungsbau, ländlicher Raum sowie Klima- und Hochwasserschutz finanziert werden.

Mit einer weiteren Änderung des Grundgesetzes (Art. 109 Abs. 3 GG) erhalten die Länder ab 2025 strukturelle Verschuldungsmöglichkeiten i. H. v. 0,35 % des

nominalen BIP. Die Länder haben nach den Krisen der vergangenen Jahre und angesichts vielfältiger Herausforderungen große Finanzierungsbedarfe, die unabhängig von der konjunkturellen Lage sind. Diese erwachsen beispielsweise aus der Gewährleistung eines funktionierenden und modernen Bildungs- und Betreuungssystems, der Begleitung von Strukturwandelprozessen, dem Erhalt und der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, der Digitalisierung der Verwaltung, der Anpassung an den Klimawandel, der Integration von geflüchteten Menschen oder der Stärkung des Bevölkerungsschutzes.

Die Landesregierung wird die grundgesetzlich neu geschaffene strukturelle Verschuldungsmöglichkeit nutzen. Die bestehenden Handlungsmöglichkeiten des Landes reichen nicht aus, um den genannten Herausforderungen Rechnung zu tragen. Zusammen mit den aus den ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen erwirtschafteten zusätzlichen finanziellen Spielräumen ist es möglich, mittelfristig auf den bisher notwendigen Rückgriff auf einnahmeseitige Einmaleffekte zu verzichten. Der hierdurch nicht mehr zum Haushaltsausgleich benötigte Bestand der Allgemeinen Rücklage wird für ein landeseigenes Investitions- und Kommunalstärkungspaket eingesetzt. Die seitens des Bundes angelegten Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Schwächephase der deutschen Volkswirtschaft und zur Intensivierung der Investitionstätigkeit werden dadurch flankiert und deutlich verstärkt. Zugleich wird insgesamt vermieden, die Maßnahmen durch unverhältnismäßige Eingriffe an anderer Stelle zu konterkarieren.



- NHPE 2025
- Allgemeine Rücklage
- SVIK (Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität, Bund), Anteil Niedersachsen

Abbildung 4: Finanzierung des Investitionspakets

Das landeseigene Investitions- und Kommunalstärkungspaket dient der Finanzierung bedeutender investiver Maßnahmen in zentralen Zukunftsfeldern sowie einer gezielten finanziellen Unterstützung der Kommunen. In Fortsetzung der bisherigen Beschlüsse der Landesregierung führt das Programm zu einer nennenswerten Steigerung der investiven Ausgaben des Landes. Die Soll-Investitionsquote im Kernhaushalt beträgt nunmehr im Jahr 2025 9,5 % und im Jahr 2026 8,9 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) des Bundes nicht Bestandteil des Landeshaushalts sind. Diese Mittel sind folglich nicht in der Investitionsquote des Landes enthalten, sondern ergänzen diese.

Die mit dem Programm finanzierten Investitionen tragen wesentlich zu einem verstärkten Abbau des bestehenden Investitionsstaus in Niedersachsen und zur notwendigen

Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur des Landes bei. Damit leistet das Land einen erheblichen Beitrag für mehr wirtschaftliche Dynamik. Gleichzeitig führen die Investitionen zu einer Stärkung der wirtschaftlichen Strukturen im Land mit entsprechenden langfristig wirkenden potentialerhöhenden Effekten. Mit der Umsetzung des Programms wird der seit Beginn dieser Legislatur eingeschlagene Weg zum Abbau der impliziten Verschuldung in Niedersachsen konsequent fortgesetzt. Die Finanzierung des Programms ab dem Jahr 2026 erfolgt unter Verwendung des Bestands der Allgemeinen Rücklage.

Zusammen mit dem landeseigenen Investitions- und Kommunalstärkungspaket werden in Niedersachsen in den nächsten Jahren somit rd. 14,5 Mrd. Euro für die Realisierung bedeutender zukunftsrechtlicher Investitionen des Landes zur Verfügung gestellt

Maßnahme	Gesamt	- in Mio. Euro -			Anteil SVIK
		Anteil Investitions- und Kommunalstärkungspaket			
		Gesamt	davon NHPE 2025	davon HPE 2026	Gesamt
Kommunen					
Pakt für Kommunalinvestitionen	600,0	600,0	400,0	200,0	-
Veterinärbehörden	40,0	40,0	-	20,0	-
Aufstockung KiTa-Finanzierung (Jahreswochenstundenpauschale)	1.750,0	1.750,0	-	250,0	-
pauschale Weiterleitung Mittel SVIK an Kommunen	4.712,0		-	-	4.712,0
alle					
Sanierung Landesliegenschaften	500,0	500,0	100,0	100,0	-
Energetische Sanierung	250,0	100,0	-	100,0	150,0
Bauunterhaltung	60,0	60,0	-	15,0	-
Vorsorge Kofinanzierungsbedarfe	200,0	200,0	-	200,0	-
Digitalisierung	500,0	-	-	-	500,0
MI					
Baumaßnahmen LAB NI	40,0	40,0	-	40,0	-
Investitionen Polizei und Katastrophenschutz	100,0	-	-	-	100,0
MS					
Kofinanzierung Krankenhaus-Transformationsfonds	600,0	600,0	-	600,0	-
Regionale Gesundheitszentren	50,0	-	-	-	50,0
MWK					
Forschungsbauten	20,0	20,0	-	20,0	-
MHH (2. BA, ElKi und Forschung & Lehre)	370,0	-	-	-	370,0
UMG (2. BA, Diagnostik- und Forschungszentrum, Lehrgebäude, 2 Parkhäuser)	480,0	-	-	-	480,0
Hochschulbau	500,0	-	-	-	500,0
Staatstheater Hannover GmbH	28,0	-	-	-	28,0

Maßnahme		Gesamt	- in Mio. Euro -			Anteil SVIK	
			Anteil Investitions- und Kommunalstärkungspaket				
			Gesamt	davon NHPE 2025	davon HPE 2026	Gesamt	
MK	Gedenkstätten	34,0	34,0	-	34,0	-	
	Tablets für Schülerinnen und Schüler	800,0	-	-	-	800,0	
MW	Ausfinanzierung (Energie-) Infrastrukturprojekte (insbes. AVG)	200,0	200,0	200,0	-	-	
	Ausfinanzierung Salcos Salzgitter (Anteil MW)	48,2	48,2	-	48,2	-	
	Landesnahverkehrsgesellschaft (Fahrzeugbeschaffung)	500,0	200,0	200,0	-	300,0	
	Investitionen NPorts	175,0	62,0	62,0	-	113,0	
	Kofinanzierung Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW)	25,0	25,0	-	25,0	-	
	Wohnraum Niedersachsen (Eigenkapitalstärkung)	200,0	200,0	200,0	-	-	
	Investitionen Straßenbau (insbes. für Brücken)	500,0	-	-	-	500,0	
	Wohnraumförderfonds (WoFF)	200,0	-	-	-	200,0	
	ML	Wasserspeicherung und Wassermanagement	100,0	-	-	-	100,0
		Tierheime und Wildtierauffangstationen	20,0	-	-	-	20,0
Investitionen im Bereich Zukunftsentwicklung im ländlichen Raum		200,0	-	-	-	200,0	
MJ	Investitionsbedarfe im Geschäftsbereich (insb. Medientechnik, Sicherheitstechnik, kl. Baumaßnahmen)	10,0	10,0	-	10,0	-	
MU	Kofinanzierung aufgestockter KTF (Aktionsplan natürlicher Klimaschutz, Klimaanpassung, Wasserstoffinfrastruktur)	200,0	200,0	-	200,0	-	
	Investitionen Masterplan EMS	90,0	90,0	-	90,0	-	
	Ausfinanzierung Salcos Salzgitter (Anteil MU)	48,2	48,2	-	48,2	-	
	Investitionen in sozialen Klimaschutz, Energieeffizienz sowie Wärmewende und -netze	200,0	-	-	-	200,0	
	Infrastruktur Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz, wasserwirtschaftliche Anlagen sowie Digitalisierung	100,0	-	-	-	100,0	
zusammen:		14.450,4	5.027,4	1.162,0	2.000,4	9.423,0	

Abbildung 5: Investitions- und Kommunalstärkungspaket und Bepanung Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)

2.2.2 Ausgaben und Aufwand für Landespersonal

Ausgaben für Landespersonal stellen mit rd. 20 Mrd. Euro einen großen Ausgabenblock dar. Sie sind im Haushalt und in der MiPla im Großteil als Ausgaben der Hauptgruppe 4 veranschlagt (rd. 17,5 Mrd. Euro). Ausgaben für Personal in Landesbetrieben sind als Personalaufwand in den Wirtschaftsplänen für die Landesbetriebe ausgewiesen, die dem Haushaltsplan als Anla-

gen beigefügt sind. Die Tabelle stellt beide Ausgabenblöcke dar und fasst darüber hinaus ausgewählte Mengengerüste – Beschäftigungsvolumen (Bereich der Personalkostenbudgetierung) und Stellen (Besoldungsbereich) – zusammen. Detaillierte Darstellungen sind in der Tabelle 5.6 im Anhang für den Gesamthaushalt und die Einzelpläne des Haushalts enthalten.

	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Personalausgaben (HGr. 4) in Mio. Euro ¹	16.639,0	17.481,4	18.107,6	18.458,4	18.952,9
davon Bezüge und Entgelte für Aktive	10.258,0	10.674,7	10.951,4	11.189,7	11.382,2
davon Versorgungsbezüge	4.709,9	4.846,7	4.932,1	5.004,8	5.063,6
Personalaufwand Landesbetriebe in Mio. Euro	2.477,3	2.549,7	2.606,1	2.664,5	2.730,6
Summe Personalausgaben und Personalaufwand in Mio. Euro	19.116,3	20.031,2	20.713,7	21.122,9	21.683,5
Beschäftigungsvolumen in VZE ²	140.285,2	142.721,2	142.641,5	143.323,4	143.440,6
Stellen ³	143.750	145.172	145.295	145.438	145.283

¹ Eine Aufgliederung von Personalausgaben, Personalaufwand, Beschäftigungsvolumen und Stellen nach Einzelplänen ergibt sich aus der Tabelle 5.6 im Anhang.

² Das Beschäftigungsvolumen umfasst die Bereiche des Kernhaushalts, die der Personalkostenbudgetierung (PKB) unterliegen.

³ Anzahl der Stellen im Kernhaushalt und in den Landesbetrieben nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen.

Die Personalausgaben der Hauptgruppe 4 teilen sich in Ausgaben für aktiv Beschäftigte sowie für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Der Großteil der Aktiven, insbesondere die dauerhaft Beschäftigten, ist im Beschäftigungsvolumen erfasst. Hinzu treten z. B. Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst, Personal in Titelgruppen sowie Aushilfs- und Vertretungskräfte.

Der von den Landesbetrieben kalkulierte Personalaufwand schließt das von dritter Seite finanzierte Landespersonal ein. Die Landesbetriebe finanzieren ihren Aufwand aus verschiedenen Quellen, insbesondere aus Zuführungen aus dem Landeshaushalt (Hauptgruppe 6), aus Entgelten aus dem Landeshaushalt (Hauptgruppe

5) und aus Finanzierungsbeiträgen Dritter. Die Versorgungsbezüge von Beamtinnen und Beamten der Landesbetriebe werden aus Hauptgruppe 4 gezahlt.

Die Steigerung der Personalausgaben in Hauptgruppe 4 ist im Wesentlichen auf eine Vorsorge für lineare Anpassungen der Bezüge und Entgelte sowie für steigende Ausgaben der Beihilfe zurückzuführen.

Die Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erreicht nach der aktuellen Versorgungsprognose des Landesamtes für Statistik Niedersachsen voraussichtlich zum Ende des Jahres 2026 ihren Höchststand und wird über die kommenden 25 Jahre leicht zurückgehen.

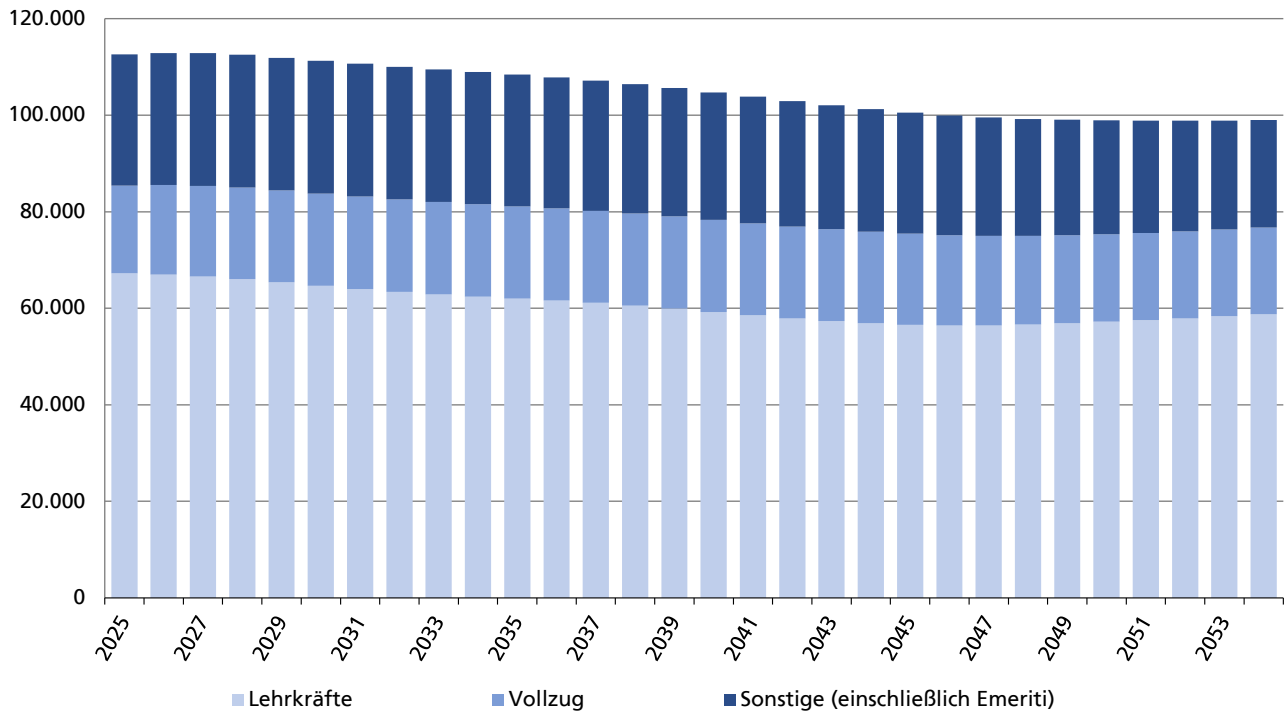


Abbildung 6: Entwicklung der Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Gruppen

Ungeachtet dessen werden die Versorgungsausgaben und die Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger als für die nächsten Jahrzehnte weitgehend festgelegte Ausgabenkategorien die fi-

nanzwirtschaftliche Entwicklung stark prägen. Die Versorgungsprognose dient im Sinne einer Momentaufnahme einer groben Abschätzung der langfristigen Entwicklung der Versorgungsausgaben.

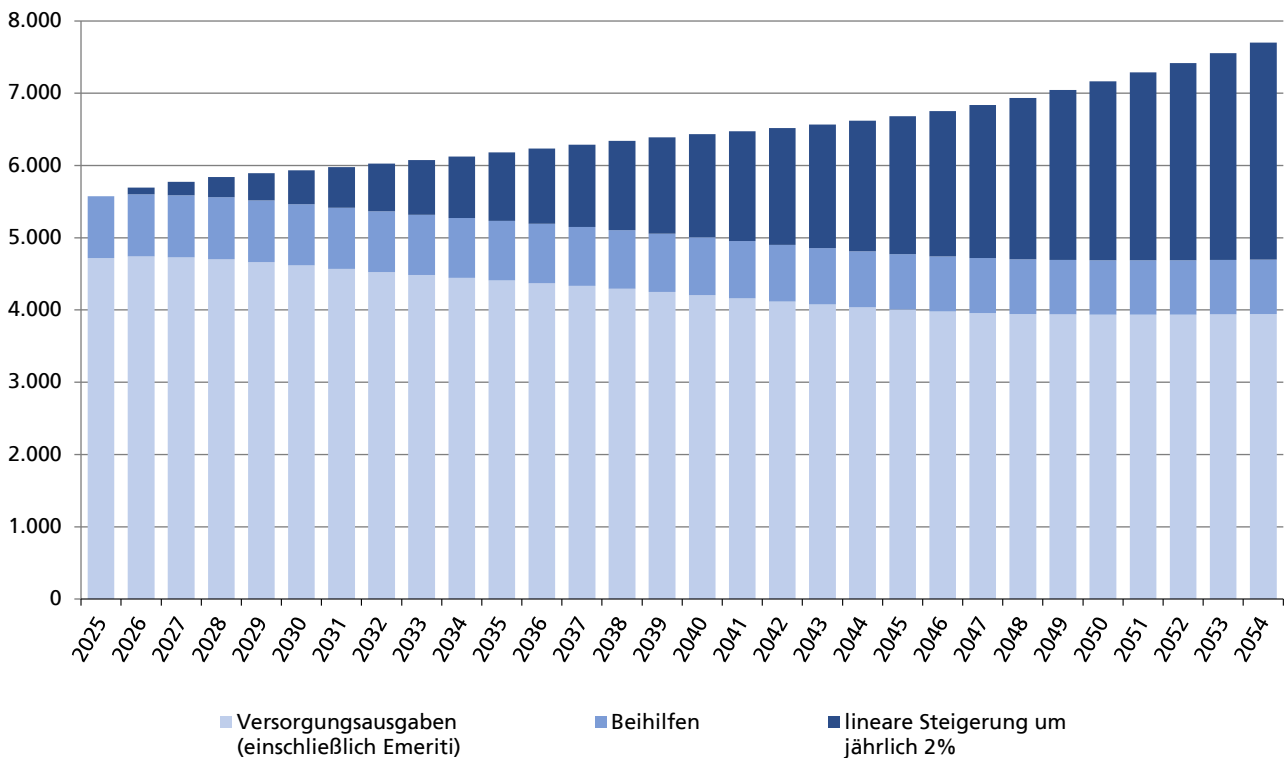


Abbildung 7: Entwicklung der Versorgungsausgaben einschließlich der Beihilfen in Mio. Euro

Zur Abfederung der Versorgungsausgaben steht das in den Jahren 1999 bis 2009 gebildete Sondervermögen „Niedersächsische Versorgungsrücklage“ zur Verfügung.

Unter Berücksichtigung der mit dem Nennwert bewerteten Anlagen betrug der Bestand des Sondervermögens am Stichtag 31.12.2024 rd. 732 Mio. Euro.

2.2.3 Sach- und Zinsausgaben

Der Landeshaushalt sieht Sachausgaben i. H. v. 2.439,8 Mio. Euro für das Jahr 2026 vor. Diese nehmen im Planungszeitraum leicht ab.

	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Sachausgaben in Mio. Euro	2.317,4	2.439,8	2.369,2	2.350,9	2.344,7
Veränderung gegenüber Vorjahressoll in %	18,8	5,3	-2,9	-0,8	-0,3

Die Sachausgaben setzen sich im Wesentlichen aus den folgenden Ausgaben zusammen (Beträge sind jeweils für die Jahre 2025 - 2029 dargestellt):

- Gebäude- und Grundstückskosten, wie z. B. Mieten und Pachten, Bewirtschaftungskosten, Unterhaltungskosten: 549 / 600 / 563 / 565 / 564 Mio. Euro
- Ausgaben für Datenverarbeitung – Aufträge an Dritte: 512 / 542 / 525 / 507 / 506 Mio. Euro
- Sonstige und nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben: 496 / 514 / 502 / 497 / 493 Mio. Euro
- Auslagen in Rechtssachen: 365 / 389 / 388 / 387 / 387 Mio. Euro
- Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattung: 126 / 123 / 120 / 120 / 119 Mio. Euro

Der Anstieg der Sachausgaben in den Jahren 2025 und 2026 ist im Wesentlichen auf eine Steigerung der Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten, der Ausgaben für Datenverarbeitung sowie der sonstigen Verwaltungsausgaben zurückzuführen. In den Jahren 2027 bis 2029 ist gegenüber dem Vorjahressoll ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Im HPE 2026 sind 1.236,1 Mio. Euro für Zinsausgaben (OGr. 57) veranschlagt. Dieser Betrag steigt in den Planungs Jahren bis 2029 auf 1.668,0 Mio. Euro an. Die steigenden Zinsausgaben sind unter anderem auf die Inanspruchnahme der Verschuldungsmöglichkeiten des Landes insbesondere aufgrund der Grundgesetzänderung des Art. 109 Abs. 3 GG zurückzuführen, die bereits in Abschnitt 2.2.1 erwähnt und in Abschnitt 2.3 detaillierter erläutert wird.

	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Zinsausgaben in Mio. Euro	1.223,1	1.236,1	1.421,8	1.579,9	1.668,0
Veränderung gegenüber Vorjahressoll in %	-4,7	1,1	15,0	11,1	5,6

Zu berücksichtigen ist eine Änderung in der Veranschlagungstechnik des Haushalts ab 2025. Seitdem werden die Zinseinnahmen des Landes separat veranschlagt und nicht mit den Zinsausgaben saldiert. Dies führt bei singulärer Betrachtung der Zinsausgaben zu einer Niveauerhöhung.

Die Zinssteuerquote stellt den Anteil der Steuereinnahmen dar, der für Zinsausgaben verwendet wird. Sie ermöglicht eine Aussage darüber, welcher Anteil der verfügbaren Einnahmen für die Finanzierung vorhandener

Schulden gebunden ist. Der bisherige Höchststand im Jahr 2002 von 15,6 % konnte in den Jahren ab 2006 deutlich reduziert werden. Angesichts der Neuverschuldungsmöglichkeiten werden die Zinslasten im Landeshaushalt in den nächsten Jahren voraussichtlich wieder steigen.

Ein vergleichbares Bild zeichnet die Zinsausgabenquote, die den Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Ausgaben darstellt.

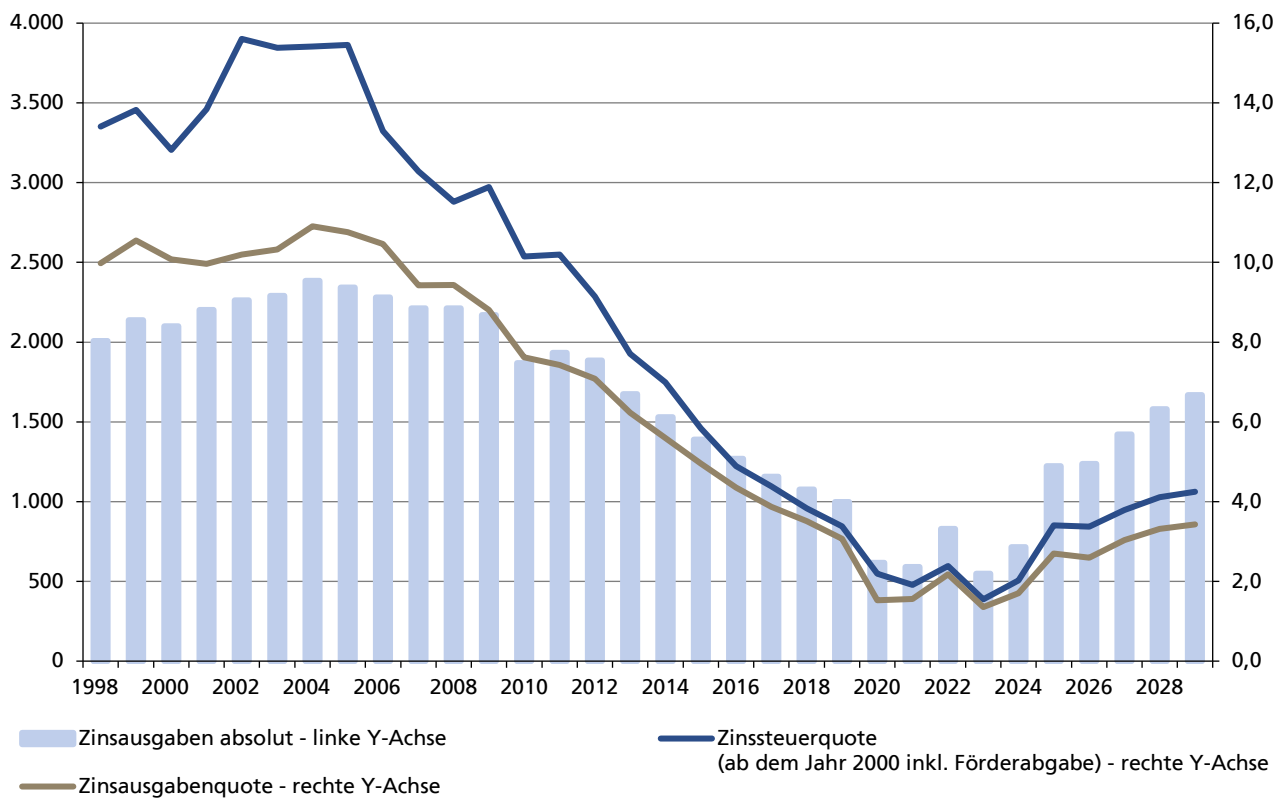


Abbildung 8: Zinsausgaben (absolut in Mio. Euro), Zinssteuerquote und Zinsausgabenquote (in %)

2.2.4 Zuweisungen und Zuschüsse

Zuweisungen und Zuschüsse stellen einen weiteren großen Ausgabenblock im Landeshaushalt dar, deren

Anteil im Planungszeitraum moderat steigt.

	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Zuweisungen und Zuschüsse (HGr. 6) in Mio. Euro	21.109,0	22.295,0	22.567,1	22.946,5	23.497,6
Veränderung gegenüber Vorjahressoll in %	4,0	5,6	1,2	1,7	2,4

Hierbei handelt es sich hauptsächlich um die folgenden Zuweisungen und Zuschüsse (Beträge sind jeweils für die Jahre 2025 - 2029 dargestellt):

- Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen (Kap. 1312): 5.623 / 6.090 / 6.102 / 6.239 / 6.370 Mio. Euro
- Erstattung von Ausgaben der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe an die örtlichen Träger nach § 22 Nds. AG SGB IX / XII (Kap. 0530 - 633 11): 3.086 / 3.405 / 3.576 / 3.754 / 3.942 Mio. Euro
- Zuführungen und Zuschüsse an Hochschulen und Universitäten (Kap. 0610 - 0638): 2.353 / 2.427 / 2.422 / 2.384 / 2.382 Mio. Euro
- Tageseinrichtungen für Kinder (Kap. 0774): 1.765 / 1.998 / 1.943 / 1.855 / 1.850 Mio. Euro
- Allgemeine Zuweisung an Grundsicherungsträger gemäß § 46a SGB XII (Kap. 0530 - 633 28): 1.238 / 1.409 / 1.522 / 1.643 / 1.775 Mio. Euro
- Zuweisungen des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung an die kommunalen Träger nach § 46 Abs. 5 SGB II (Kap. 0536 - 633 66): 1.137 / 1.189 / 1.194 / 1.199 / 1.199 Mio. Euro
- Wohngeld (Kap. 0840 TGr. 62): 524 / 436 / 468 / 434 / 468 Mio. Euro
- Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden durch die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge nach dem Nds. Aufnahmegesetz (Kap. 0326 - 633 11): 492 / 496 / 488 / 480 / 471 Mio. Euro
- Finanzhilfe gemäß NSchG für div. Schulformen in freier Trägerschaft (Kap. 0707): 414 / 445 / 457 / 468 / 472 Mio. Euro

- BAföG-Zuschüsse für Schüler / BAföG-Zuschüsse und Darlehen für Studierende (Kap. 0605 - 681 01 und 681 02): 405 / 337 / 337 / 337 / 337 Mio. Euro
- Förderung der Wissenschaft allgemein (Kap. 0608): 342 / 330 / 319 / 328 / 333 Mio. Euro
- Unterhaltsvorschuss und -ausfälle – Erstattungen an Bund und Kommunen (Kap. 0574 TGr. 72): 304 / 292 / 302 / 302 / 302 Mio. Euro
- Gemeinsame Finanzierung überregionaler Forschungseinrichtungen (Kap. 0603): 256 / 273 / 277 / 287 / 296 Mio. Euro

2.2.5 Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben betragen im Jahr 2026 4.253,8 Mio. Euro. Die mit dem NHPE 2025 und dem HPE 2026 gestiegenen Investitionsausgaben und auch -quoten basieren auf dem in Abschnitt 2.2.1 dargestellten landeseigenen Investitionspaket. Dabei ist zu be-

rücksichtigen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) des Bundes nicht Bestandteil des Landeshaushalts sind. Diese Mittel sind folglich nicht in der Investitionsquote des Landes enthalten, sondern ergänzen diese.

	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Investitionsausgaben (HGr. 7 und 8) in Mio. Euro	4.301,5	4.253,8	2.612,4	2.660,5	2.653,6
Anteil an den jeweiligen bereinigten Gesamtausgaben in % (Investitionsquote)	9,5	8,9	5,6	5,6	5,4

Die Investitionsausgaben setzen sich neben diversen kleineren Beträgen im Wesentlichen aus den folgenden Ausgaben zusammen (Beträge sind jeweils für die Jahre 2025 - 2029 dargestellt):

- Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Umsetzung des Pakts für Kommunalinvestitionen: 400 / 200 / 0 / 0 / 0 Mio. Euro
- Zuführung an das Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren (Kap. 5054): 192 / 783 / 183 / 183 / 183 Mio. Euro
- Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 3 KHG: 127 / 127 / 132 / 132 / 137 Mio. Euro
- Zuführung an das Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung (Kap. 5062): 105 / 105 / 105 / 105 / 105 Mio. Euro
- Baumaßnahmen der medizinischen Hochschulen: 100 / 91 / 83 / 140 / 127 Mio. Euro
- Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds – gewerblicher Bereich – zur Finanzierung von Investitionen (Kap. 5081): 291 / 166 / 55 / 55 / 55 Mio. Euro
- Zuschüsse für Investitionen an Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG: 296 / 34 / 34 / 34 / 34 Mio. Euro
- Zuschüsse für Investitionen an die WohnRaum Niedersachsen GmbH: 200 / 0 / 0 / 0 / 0 Mio. Euro
- Zuweisungen für Investitionen an das Sondervermögen Wohnraum- und Wohnquartierförderfonds Niedersachsen: 283 / 382 / 431 / 460 / 454 Mio. Euro

- Zuweisungen an das Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden (Kap. 5201): 0 / 121 / 21 / 21 / 21 Mio. Euro
- Erwerb von Anteilen an der NORD/LB: 191 / 0 / 0 / 0 / 0 Mio. Euro
- Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds – ökologischer Bereich – zur Finanzierung von Investitionen (Kap. 5157): 123 / 336 / 48 / 48 / 48 Mio. Euro
- Durchführung von Hochbaumaßnahmen (Epl. 20): 195 / 192 / 197 / 198 / 200 Mio. Euro

Die Investitionsquote ist für länderübergreifende Vergleiche nur eingeschränkt geeignet. So wurde die Entwicklung der Investitionsquote in den letzten Jahren stark durch Sondereffekte beeinflusst. Hierzu zählt beispielsweise die Verlagerung eines überdurchschnittlich großen Anteils an Investitionsausgaben in das „Sondervermögen zur Bewirtschaftung zweckgebundener Einnahmen“, wodurch die Investitionsquote unterzeichnet ist. Zudem beinhaltet der Kommunale Finanzausgleich keine investive Zweckbindung mehr. Ebenso sind neben dem SVIK auch die aus den Sondervermögen des Landes finanzierten Investitionen in den oben dargestellten auf Planzahlen des Kernhaushalts beruhenden Investitionsquoten regelmäßig nicht enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ausgaben für Investitionen und investitionsfördernde Zuweisungen und Zuschüsse nach den im Haushaltswirtschaftssystem vergebenen Aufgabenfeldern, sofern hier Beträge hinterlegt sind:

Aufgabenfelder in Mio. Euro		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
03.1	Polizei	73,4	106,4	69,5	63,6	61,7
03.2	Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung, Kampfmittelbeseitigung	81,5	87,8	73,8	75,3	76,2
03.4	Vermessungs- und Katasterverwaltung	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
03.5	Asylbewerber, Flüchtlinge, Spätaussiedler	11,0	11,0	10,0	10,0	10,0
03.6	Sport	30,6	15,6	5,6	5,6	5,6
03.8	Sonstige Aufgaben des MI	404,5	212,6	15,7	8,7	8,0
03	Summe 03 (MI)	601,9	434,3	175,5	164,1	162,4
04.1	Finanzverwaltung	10,1	6,9	6,5	6,7	7,9
04.2	Sonstige Aufgaben des MF	1,8	5,4	5,3	5,4	5,3
04	Summe 04 (MF)	11,9	12,3	11,8	12,1	13,2
05.1	Gesundheit, insbes. Zuschüsse für Krankenhäuser	322,6	917,4	325,3	325,5	330,9
05.2	Jugend und Familie	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
05.3	Besondere Hilfen für soziale Gruppen	77,7	73,2	79,7	78,4	79,1
05.4	Frauen	0,1				
05.7	Sonstige Aufgaben des MS	0,4	1,4	1,2	1,2	1,2
05	Summe 05 (MS)	401,8	993,0	407,2	406,1	412,3
06.1	Hochschulen, insb. Hochschulbau	287,4	282,6	263	306,4	292
06.2	Hochschulnahe Forschung und überregionale Bibliotheken	11,7	35,0	8,6	8,7	8,7
06.3	Kunst und Kultur	10,9	7,2	7,1	6,8	6,8
06.4	Sonstige Aufgaben des MWK	0,0	1,8	1,8	1,8	1,8
06	Summe 06 (MWK)	310,0	326,5	280,5	323,7	309,4
07.1	Schule und Berufsausbildung, insb. Inklusion	71,7	75	76,1	63,1	63,1
07.2	Sonstige Aufgaben des MK	4,6	38,2	1,1	1,1	1,1
07	Summe 07 (MK)	76,3	113,2	77,2	64,2	64,2
08.1	Gewerbliche Wirtschaft, Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, Wirtschaft und Umwelt	445,6	254,4	143,2	143,2	143,2
08.3	Bergbau, Energie und Geologie	3,5	2,2	0,9	0,9	0,9
08.40	Straßen	196,4	200,6	200,6	200,6	200,6
08.5	Öffentlicher Nahverkehr	281,1	81,1	81,1	81,1	81,1
08.6	Seehäfen und Binnenschifffahrt	299,7	100,3	37,7	37,7	37,7
08.7	Sonstige Aufgaben des MW	1,2	2,1	0,9	0,9	0,9
08.8	Städtebau und Wohnungswesen	584,2	459,7	492	541,4	560,5
08	Summe 08 (MW)	1.811,7	1.100,5	956,4	1.005,8	1.024,9
09.1	Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Tierschutz	5,6	8,6	3,6	3,6	3,6
09.2	Land-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft	17,0	17,2	17,7	17,7	17,7
09.3	Entwicklung des ländlichen Raumes	85,5	97,1	83,1	68	66,8
09.4	Fachverwaltungen	41,7	32,6	31,2	30,2	31,5
09	Summe 09 (ML)	149,8	155,5	135,6	119,6	119,6
11.1	Gerichte und Staatsanwaltschaften, insb. IT-Justiz	19,9	36,8	28,3	28,0	22,5
11.2	Justizvollzug	13,8	17,0	17,6	16,6	12,4
11	Summe 11 (MJ)	33,7	53,8	45,9	44,6	34,9

Aufgabenfelder in Mio. Euro		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
15.1	Wasserwirtschaft, insb. Küsten- und Hochwasserschutz	132,6	140,6	126,8	125,3	120,9
15.2	Abfälle und Altlasten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
15.3	Naturschutz und Landschaftspflege, Natura 2000	44,5	43,4	38,0	39,5	36,9
15.4	Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung, insbes. Masterplan Ems 2050	172,4	478,5	53,3	53,3	53,3
15	Summe 15 (MU)	350,0	663,0	218,7	218,7	211,6
16.1	Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung	0,6				
16.2	Sonstige Aufgaben des MB	0,0				
16	Summe 16 (MB/StK)	0,6				
29.1	Zentrale Institutionen, insb. Hochbau	254,5	197,3	202,0	203,1	205,0
29.2	Finanzzuweisungen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
29.5	Sonstige Aufgaben der allgemeinen Finanzverwaltung, insb. Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge, Staatsbäder	298,2	203,5	100,5	97,4	95,1
29	Summe 29 insgesamt:	553,8	401,7	303,5	301,5	301,1
		4.301,5	4.253,8	2.612,4	2.660,5	2.653,6

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

2.2.6 Hochbau

Für Hochbaumaßnahmen des Einzelplans 20 sind in den Jahren 2025 - 2029 folgende Beträge veranschlagt: 371,4 / 353,7 / 318,8 / 319,7 / 321,7 Mio. Euro. Hinzu treten die Beträge für das Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Geflüchteten in landeseigenen Gebäuden mit folgenden Beträgen: 31,0 / 121,0 / 21,0 / 21,0 / 21,0 Mio. Euro.

Aufgrund des Beschlusses der Landesregierung vom 23.06.2024 werden zur Sicherstellung der Ausfinanzierung bereits laufender Baumaßnahmen keine neuen großen Baumaßnahmen veranschlagt. Im Planungszeitraum sind mit der Etatisierung der Ansätze zum HPE 2026 alle laufenden großen Baumaßnahmen ausfinanziert. Es stehen in diesem Zeitraum für alle beschlossenen Bauvorhaben die benötigten Mittel zur Verfügung.

Die Landesregierung hat am 10.06.2025 beschlossen, zum 01.01.2026 die Anstalt Niedersächsische Immobilienaufgaben (NIA) zu gründen. Deren Aufgabe wird es zukünftig sein, sukzessive große Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen für Behörden und Einrichtungen des Landes durchzuführen und diesen gegen Zahlung einer Miete langfristig zur Verfügung zu stellen. Laut Beschluss der Landesregierung vom 29.06.2025 sollen insbesondere die noch nicht verwirklichten Projekte der ehemaligen „Dringlichkeitsliste B“ der MiPla 2024 - 2028 zur Ausführung kommen.

Eine Veranschlagung von Mitteln für künftige Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2026 in den Ressorthaushalten.

Zur Stärkung der öffentlichen Infrastruktur wird dauerhaft ab dem Jahr 2026 der Ansatz für die Bauunterhaltung um jeweils 30 Mio. Euro erhöht und beträgt insgesamt 120 Mio. Euro p.a. Darüber hinaus wird befristet auf die Jahre 2025 bis 2029 ein Sonderprogramm für die dringend notwendige Durchsanierung landeseigener Liegenschaften mit einem Ansatz von 100 Mio. Euro p. a. aufgelegt.

Zur Bewältigung notwendiger Unterbringungsziele für die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen werden 40 Mio. Euro im Jahr 2026 bereitgestellt.

Ab dem Jahr 2026 wird das Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Geflüchteten in landeseigenen Gebäuden nicht mehr dem Einzelplan 13 zugeordnet, sondern in den Einzelplan 20 „Hochbaumaßnahmen des Landes“ umgesetzt. Für die Umsetzung des Klimaneutralitätsziels für landeseigene Gebäude und Liegenschaften wird dem Sondervermögen im Haushaltsjahr 2025 ein Betrag von 31 Mio. Euro, im Haushaltsjahr 2026 ein Betrag von 121 Mio. Euro und in den Haushaltsjahren 2027 bis 2048 ein Betrag i. H. v. jährlich 21 Mio. Euro zugeführt.

Zu den Ausgabeansätzen im Hochbauhaushalt selbst treten noch die investiven Mittel für Kleine Neu-, Um-

und Erweiterungsbaumaßnahmen aus den Ressort-haushalten und die Ansätze für die im Wissenschafts-haushalt veranschlagten Hochschulbaumaßnahmen.

2.2.7 Gemeinschaftsaufgaben (GA)

Für die Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91a GG) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie

„Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind die folgenden Beträge angesetzt:

in Mio. Euro	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Epl. 08)					
Einnahmen Bundesmittel:	32,9	32,9	32,9	32,9	32,9
Gesamtvolume Ausgaben (Bundes- und Landesmittel):	65,8	65,8	65,8	65,8	65,8
Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (Epl. 09 / 15)					
Einnahmen Bundesmittel:	173,0	174,8	167,9	159,4	158,1
Gesamtvolume Ausgaben (Bundes- und Landesmittel):	268,6	277,1	265,5	251,4	249,2

2.2.8 Globale Minderausgaben

Für Zwecke des Haushaltsausgleichs ist insbesondere mittelfristig eine Erhöhung der Globalen Minderausgaben im Einzelplan 13 erforderlich. In allen Planungsjahren liegt der Ansatz der Globalen Minderausgaben wei-

terhin auf einem finanzwirtschaftlich unbedenklichen Niveau, das eine Erbringung im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushalts ohne weitere Eingriffe erwarten lässt.

in Mio. Euro	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Globale Minderausgaben	224,3	221,1	319,2	418,7	518,7
davon:					
Allgemeine globale Minderausgaben (Epl. 13)	130,0	130,0	230,0	330,0	430,0
Ressortspezifische globale Minderausgaben	94,3	91,1	89,2	88,7	88,7

2.3 Verschuldung

2.3.1 Schuldenbremse

Der Niedersächsische Landtag hatte im Jahr 2019 ein strukturelles Neuverschuldungsverbot mit Wirkung zum 01.01.2020 in die Niedersächsische Verfassung aufgenommen und zugleich den im Rahmen von Art. 109 Abs. 3 GG vorhandenen Spielraum für eine Konjunkturbereinigung und für außergewöhnliche Notsitu-

ationen ausgestaltet. Daneben hat er auch die Kreditfinanzierung finanzieller Transaktionen geregelt. Bereits im ersten Jahr der vollen Geltung musste die Ausnahmeklausel für außergewöhnliche Notsituationen zur Anwendung kommen. Im Haushaltsjahr 2020 waren Kreditaufnahmen i. H. v. insgesamt 8.788 Mio. Euro,

davon 1.427 Mio. Euro im Rahmen der Konjunkturbereinigung und 7.361 Mio. Euro in Form von notsituationsbedingten Kreditermächtigungen nach Art. 71 Abs. 4 NV, etatisiert worden. In den Folgejahren wurden konjunkturelle und auch erhebliche Teile der notsituationsbedingten Kredite wieder zurückgeführt. In den Jahren 2023 und 2024 musste im Ergebnis keine Konjunkturbereinigung in Anspruch genommen werden; der HP 2025 sah wiederum eine vorrangig konjunkturelle Kreditaufnahme von 1.516 Mio. Euro zum Ausgleich des Haushalts vor.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 25.03.2025 hat sich der bundesverfassungsrechtliche Rahmen der Kreditaufnahme der Länder grundsätzlich verändert. Art. 109 Abs. 3 S. 6 und 7 GG definieren das grundsätzliche Neuverschuldungsverbot neu so, dass den Ländern insgesamt ein struktureller – also von der Konjunkturbereinigung unabhängiger – Spielraum der Nettokreditaufnahme i. H. v. 0,35 % des BIP zusteht, der durch Bundesgesetz auf die einzelnen Länder aufgeteilt wird. Das Gesetz liegt bereits im Entwurf vor und wird voraussichtlich im Oktober 2025 beschlossen. Gem. Art. 109 Abs. 3 S. 9 GG ändert die grundgesetzliche Modifikation unmittelbar auch das grundsätzliche Neuverschuldungsverbot auf Landesebene. Die Landesregierung strebt daher an, das grundsätzliche Neuverschuldungsverbot in § 18a LHO im Wortlaut an den veränderten bundesverfassungsrechtlichen Rahmen anzupassen. Grundsätzlich ist auch eine Neufassung von Art. 71 Abs. 2 NV angestrebt.

Die Niedersächsische Landesregierung begrüßt die Eröffnung größerer Kreditfinanzierungsspielräume für die Länder und hat beschlossen, die neu eröffneten Möglichkeiten für eine Finanzierung der Mittelfristigen Finanzplanung zu nutzen und dadurch den zuvor notwendigen Rückgriff auf Einmaleffekte zurückzuführen. Die Länder haben insbesondere nach den Krisen der vergangenen Jahre und angesichts vielfältiger, zum Teil neuer, Herausforderungen große Finanzierungsbedarfe, die unabhängig von der konjunkturellen Lage sind. Diese erwachsen beispielsweise aus der Gewährleistung eines funktionierenden und modernen Bildungs- und Betreuungssystems, der Begleitung von Strukturwandelprozessen, dem Erhalt und der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, der Digitalisierung der Verwaltung, der Anpassung an den Klimawandel, der Integration von geflüchteten Menschen oder der

Stärkung des Bevölkerungsschutzes. Die bislang bestehenden dauerhaften Handlungsmöglichkeiten des Landes reichten nicht aus, um diesen Herausforderungen Rechnung zu tragen, woraus der Rückgriff auf Einmaleffekte resultierte. Nun aber ermöglicht der neue Rahmen der Kreditaufnahme im Verein mit den von der Landesregierung beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen, auf Einmaleffekte, namentlich in großem Umfang die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage, zur Aufbringung laufender Belastungen zu verzichten.

Neben dieser grundsätzlichen Neuorientierung wird unverändert ein Ausgleich der Auswirkungen der konjunkturellen Entwicklung auf die Einnahmeseite des Landeshaushalts vorgesehen. Dabei verringert sich mit dem NHPE 2025 die kreditfinanzierte Wirkung aus der Konjunkturbereinigung durch eine Reduzierung der (fortgeschriebenen) Konjunkturbereinigung im Verein mit einem höheren verfügbaren Bestand der Konjunkturbereinigungsrücklage gegenüber dem Grundhaushalt 2025 von 1.401 Mio. Euro auf 547 Mio. Euro. Im HPE 2026 ist eine negative Konjunkturkomponente i. H. v. 918 Mio. Euro berücksichtigt, die durch Kreditaufnahme ausgeglichen wird. In den Folgejahren sinkt die konjunkturell begründete Kreditaufnahme voraussichtlich ab; aus der Konjunkturprognose der Bundesregierung ergeben sich voraussichtlich Beträge für die Jahre 2027 und 2028 von -521 bzw. -248 Mio. Euro. Für das Haushaltsjahr 2029 ist von einer konjunkturellen Normallage auszugehen.

Konjunkturelle Verschuldung ist im Falle einer positiven Abweichung der wirtschaftlichen Entwicklung von der Normallage im Rahmen der Konjunkturbereinigung regelgebunden zurückzuführen. Bei günstiger Wirtschaftsentwicklung wird die Konjunkturbereinigung die zulässige Kreditaufnahme gegenüber dem strukturell vorgegebenen Spielraum begrenzen. In entsprechender Weise wirkt bereits jetzt die fortbestehende Verpflichtung zur Rückführung der im Zuge der COVID-19-Pandemie aufgenommenen notsituationsbedingten Kredite.

Nach alledem erhöht sich mit dem NHPE 2025 die Kreditaufnahme gegenüber dem Grundhaushalt von 1.516 Mio. Euro auf 2.093 Mio. Euro. Für die Haushaltsjahre 2026 bis 2029 sind insgesamt Kreditaufnahmen i. H. v. 2.191 / 1.822 / 1.594 / 1.391 Mio. Euro vorgesehen.

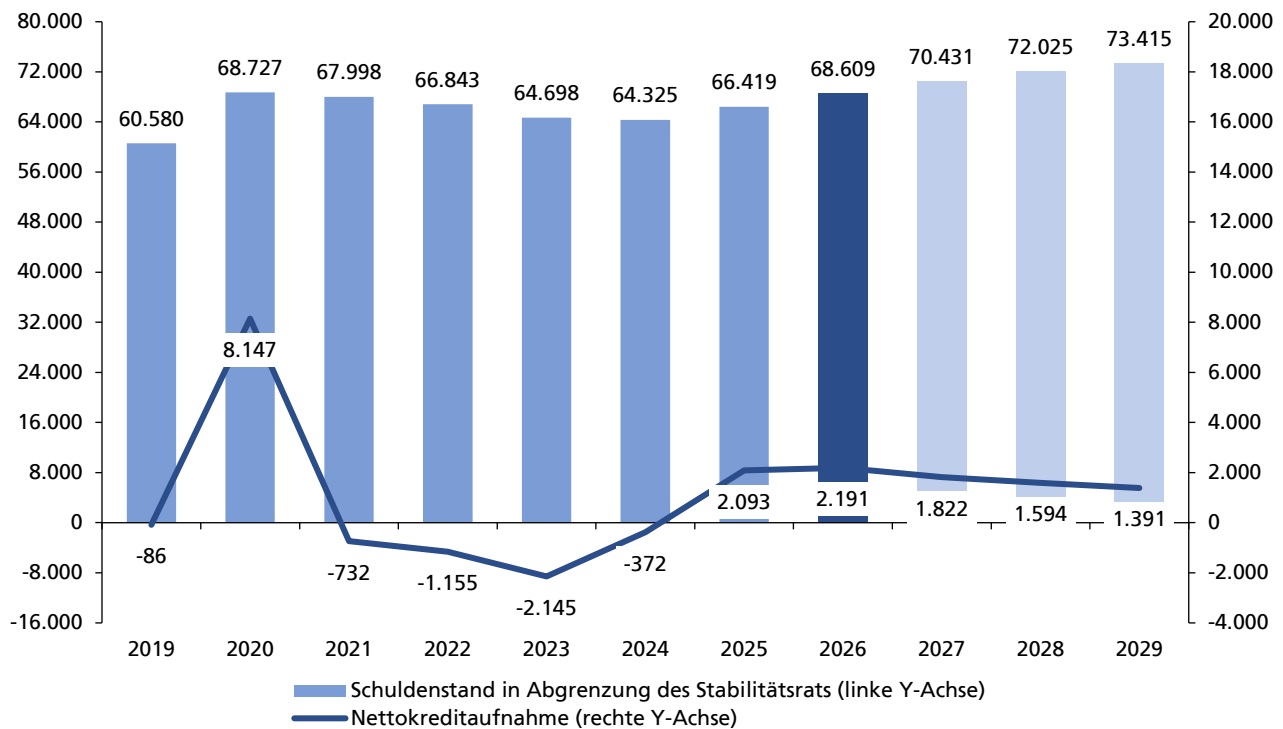


Abbildung 9: Schulden in Abgrenzung des Stabilitätsrates in Mio. Euro

2.3.2 Schuldenquote

Die Schuldenquote beschreibt das Anteilsverhältnis von Schuldenstand in Abgrenzung der SFK 4 (Vierteljährliche Schuldenstatistik des Statistischen Bundesamtes) und BIP. Es handelt sich um eine EU-weit verwendete statistische Grundlage, die anders als der Schuldenstand nach Stabilitätsrat stichtagsbasiert zum 31.12. eines jeden Jahres ermittelt wird und noch nicht den Ausgleich des zum 31.12. regelmäßig noch offenstehenden Ist-Defizits des Kernhaushalts berücksichtigt. Ungeachtet der methodischen Unterschiede ist die Entwicklung beider Größen aussagekräftig zur Beurteilung der Haushaltsentwicklung.

Nach Einführung der Schuldenbremse des Art. 109 Abs. 3 GG sank sie nahezu durchgängig ab. Selbst der

Anstieg im Zuge der COVID-19-Pandemie wirkte nicht dauerhaft; bereits im Haushaltsjahr 2022 lag die Quote unter dem Vorkrisenniveau und sank in den Jahren 2023 und 2024 weiter ab.

Die Entscheidung zur Nutzung des neu eröffneten strukturellen Spielraums der Nettokreditaufnahme wird dieses Bild verändern. Im Zuge des Investitions- und Kommunalstärkungspakets und der flankierenden strukturellen Kreditaufnahme steigen auch die valuierten Schulden an. Ausgehend von einem historisch niedrigen Stand wird sich die Schuldenquote voraussichtlich stabilisieren.

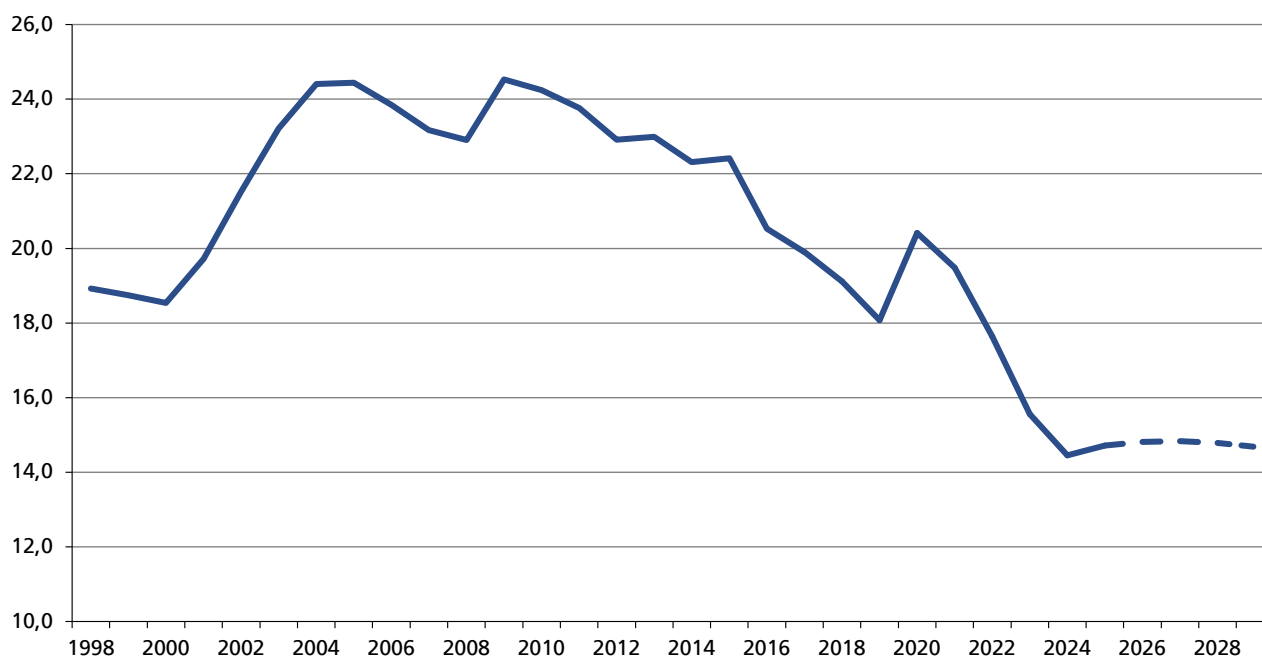


Abbildung 10: Schuldenquote

Schulden aus Kreditmarktmitteln zum 31.12. in Abgrenzung der SFK 4 in % des BIP (nominal); Schulden ab 2024 fortgeschrieben um planmäßige Nettokreditaufnahmen / -tilgungen

2.3.3 Struktureller Finanzierungssaldo

Frühzeitig vor Wirksamwerden der Schuldenbremse hatte das Land mit Haushalten ohne Einplanung von Nettokreditaufnahmen oder Einmaleffekten die Voraussetzungen für eine dauerhafte Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse geschaffen. Hohe strukturelle Überschüsse waren die Folge. Mit Ausbruch der COVID-19-Pandemie wurde diese Entwicklung unvermittelt gestoppt. Die Auswirkungen der Pandemie haben sich in vielfältiger Weise gezeigt und neben hohen Ausgabebedarfen, die überwiegend kreditfinanziert wurden, auch zu einer außergewöhnlichen Minderung des Einnahmenniveaus geführt. Infolgedessen schlossen die Krisenjahre 2020 und 2021 mit Finanzierungsdefiziten ab. Bereits im Jahr 2022 konnte das Land diese Entwicklung wieder umkehren und wies im Ist einen Milliardenüberschuss aus. Im Jahr 2023 konnte ebenfalls ein hoher struktureller Überschuss verbucht werden. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die im Kernhaushalt vollzogene vorzeitige außerplanmäßige Tilgung notsituationsbedingter Kreditaufnahme i. H. v. rd. 2.145 Mio. Euro, die entsprechend saldenverbessernd wirkte, sowie gegenüber der Einplanung geringer ausgefallene Personal- und Zinsausgaben.

Obwohl der NHP 2024 wieder ein strukturelles Defizit vorsah, ergab sich für das Jahr 2024 im IST ein weiteres Mal ein Überschuss i. H. v. 1.553 Mio. Euro. Hierzu trug eine weitere Tilgung von notlagenbedingten Krediten i. H. v. rd. 370 Mio. Euro bei. Außerdem profitierte das Land von Einmaleffekten in Form hoher Dividenden-

und Strafzahlungen und in Folge des Tarifabschlusses vom Dezember 2023 von der stufenweisen Erhöhung von Entgelten und Bezügen, während die Steuereinnahmen im Zuge der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung unter den Erwartungen blieben.

Die anhaltende Phase des wirtschaftlichen Rückgangs führte bereits im HPE 2025 zu einem Defizit von -696 Mio. Euro. Mit dem NHPE 2025 wird nunmehr die konjunkturell und strukturell zulässige Neuverschuldung einschließlich der durch Änderung des Grundgesetzes vom März 2025 neu eröffneten Möglichkeiten, Einnahmen aus der Aufnahme von Krediten in Höhe eines Landesanteils am Spielraum aller Länder i. H. v. 0,35 % des gesamtstaatlichen BIP zu veranschlagen, vollständig in Anspruch genommen. Damit ergibt sich ein strukturelles Defizit i. H. v. -2.672 Mio. Euro. Die Neuverschuldung beträgt 2.093 Mio. Euro.

Der HPE 2026 ist durch einen besonders hohen negativen Wert des strukturellen Finanzierungssaldos gekennzeichnet (-4.035 Mio. Euro). Neben der Nutzung der neuen Verschuldungsmöglichkeiten und einer Neuverschuldung i. H. v. 2.190 Mio. Euro ist in diesem Jahr eine umfangreiche Entnahme aus der allgemeinen Rücklage eingeplant (1.801 / 381 / 388 / 384 Mio. Euro). Aufgrund der Inanspruchnahme des vollständigen strukturellen Kreditaufnahmespielraums auch in den Folgejahren der Mittelfristigen Planung erübrigen

sich die bislang für die Jahre ab 2026 zum Haushaltsausgleich eingeplanten Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage.

In den Jahren 2027 bis 2029 ergeben sich damit in der Mittelfristigen Planung weiterhin hohe, strukturelle Defi-

zite als Folge der nunmehr durchgängig in Aussicht genommenen strukturellen Neuverschuldung. Der Rückgang der konjunkturell zulässigen Kreditaufnahme lässt diese zum Ende des Planungszeitraums absinken (-2.227 / -2.008 / -1.797 Mio. Euro).

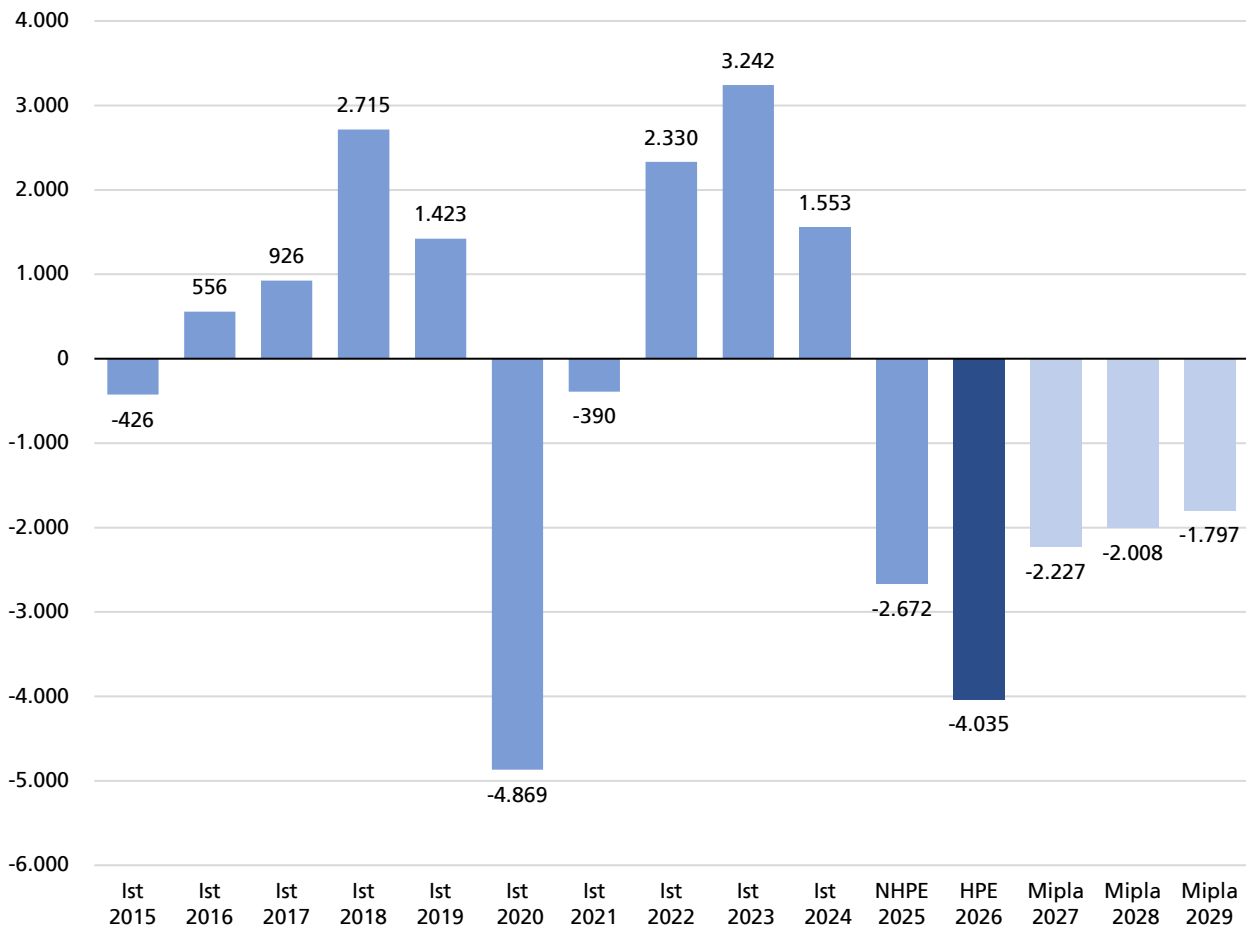


Abbildung 11: Struktureller Finanzierungssaldo in Abgrenzung des Stabilitätsrates in Mio. Euro (ohne Bereinigung um die Aufnahme und Tilgung notlagenbedingter Kredite)

Das strukturelle Defizit wird in der vom Stabilitätsrat verwendeten Definition gemessen, die von Bund und Ländern für Zwecke der regelmäßigen Haushaltsüberwachung entwickelt wurde. Anders als beim rein haushaltsrechtlichen Haushaltsausgleich wird eine strukturelle Deckungslücke z. B. durch Beteiligungs-

veräußerungen nicht verringert, da diese Einnahmen nicht dauerhaft und damit nicht strukturell zur Verfügung stehen.

Das Zahlenwerk auf der Ausgabenseite der Mipla 2025 - 2029 stellt sich insgesamt wie folgt dar:

	NHPE 2025	HPE 2026	Planung 2027	Planung 2028	Planung 2029
Gesamtausgaben in Mio. Euro (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	45.365,8	47.685,2	46.840,9	47.664,5	48.690,1
Veränderung gegenüber Vorjahressoll in %	2,6	7,9	-1,8	1,8	2,2
Formales Ausgabevolumen in Mio. Euro	45.569,3	47.891,1	47.046,9	47.869,8	48.895,4
Veränderung gegenüber Vorjahressoll in %	7,1	5,1	-1,8	1,7	2,1
Formales Einnahmevervolumen in Mio. Euro	45.569,3	47.891,1	47.046,9	47.869,8	48.895,4
Deckungslücke (Differenz Einnahmen/Ausgaben)	-	-	-	-	-

2.3.4 Stabilitätsrat, Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und Haushaltsüberwachung: Bestätigung der finanzpolitischen Stabilität Niedersachsens

Mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP), die am 30.04.2024 in Kraft getreten ist, ist das in § 51 Abs 2 S. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz verankerte mittelfristige Haushaltsziel (MTO) des präventiven Arms bzw. die Defizitobergrenze des Fiskalvertrages (strukturelles Defizit von 0,5 % des BIP) nicht mehr Gegenstand der europäischen Haushaltsüberwachung. Für die Mitgliedstaaten werden nun in der Regel für einen Zeitraum von 4 Jahren länderspezifische Nettoausgabenpfade festgelegt. Der Prozess zur Festlegung der Ziele hat Ende Juni 2024 begonnen. Nachdem die Bundesregierung mit der Europäischen Kommission aufgrund der vorgezogenen Wahl zum Deutschen Bundestag eine Verschiebung der Abgabe des ersten deutschen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans (FSP) gemäß den Bestimmungen des reformierten SWP vereinbart hatte, wird Deutschland den FSP bei der Europäischen Kommission einreichen, sobald die notwendigen Voraussetzungen vorliegen. Nach derzeitigem Planungsstand soll dies Ende Juli 2025 erfolgen. Im FSP ist ein Nettoausgabenpfad festzulegen, der tragfähige öffentliche Finanzen sicherstellt. Der Stabilitätsrat wird zu diesem Nettoausgabenpfad eine Stellungnahme abgeben und anschließend dessen Einhaltung überwachen.

Die innerstaatliche Umsetzung des SWP befindet sich mit der Änderung des Haushaltsgrundsätzegesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes und des Sanktionszahlungsaufteilungsgesetzes derzeit in Arbeit. Der Stabilitätsrat hat eine zeitnahe Anpassung gefordert.

In seiner Sitzung am 12.06.2025 hat sich der Stabilitätsrat insbesondere dazu positioniert, erforderliche Maßnahmen zur Einhaltung der EU-Fiskalregeln zu ergreifen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Stagnation dürfte die künftige Einhaltung der reformierten europäischen Fiskalregeln mit Anstrengungen auf allen staatlichen Ebenen verbunden sein. Der Stabilitätsrat erkennt die fiskalische Notwendigkeit an, die Nationale Ausweichklausel für Verteidigungsausgaben zu aktivieren. Gleichzeitig hebt er die Notwendigkeit der Stärkung des Wirtschaftswachstums hervor und fordert Bund und Länder dazu auf, die über das Sondervermögen Infrastruktur zur Verfügung gestellten Mittel zielgerichtet für Infrastrukturinvestitionen einzusetzen, die wirksam zu einer zusätzlichen Stärkung des Wachstumspotentials beitragen. Komplementär zur Forderung nach wachstumsfördernden Investitionen betont er zudem die Notwendigkeit einer Überprüfung der Aufgaben und Ausgabenstruktur der Haushalte aller staatlichen Ebenen mit dem Ziel der Konsolidierung.

Ungeachtet der herausfordernden aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen unterliegen die Länder weiterhin im Rahmen der Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern einer fortlaufenden haushalts-

politischen Überwachung durch den Stabilitätsrat (Art. 109a GG, StabiRatG).

In diesem Rahmen erfolgt jährlich eine Bewertung der Haushaltssituation anhand von Schwellenwerten der vier Kennziffern:

1. Finanzierungssaldo,
2. Kreditfinanzierungsquote,
3. Zins-Steuer-Quote sowie
4. Schuldenstand pro Einwohner.

Die haushaltspolitische Überwachung wurde – wie das Neuverschuldungsverbot nach Art. 109 Abs. 3 GG – als institutionelle Sicherung gegen übermäßige Verschuldung mit dem Ziel der Vermeidung von Haushaltsnotlagen etabliert. Das Kennzifferntableau kombiniert stärker langfristige bzw. vergangenheitsbezogene Kriterien (Schuldenstand, Zins-Steuer-Quote) mit kurzfristig sensibleren bzw. gegenwartsbezogenen Kriterien (Kreditfinanzierungsquote, Finanzierungssaldo). Sie werden über einen Zeitraum von sieben Jahren – den Zeitraum der aktuellen Haushaltslage vom Vorvorjahr bis zum laufenden Haushaltsjahr und den Zeitraum der Finanzplanung – betrachtet.

Der Kennziffernvergleich gibt unter Berücksichtigung der Auswertungsregeln Anhaltspunkte für einen aussagekräftigen, auf einheitlich abgegrenzten Kriterien aufbauenden Ländervergleich und für etwaig drohende Haushaltsnotlagen. Im Falle solcher Haushaltsnotlagen sind Sanierungsverfahren einzuleiten.

Gegenstand des aktuellen Beobachtungszeitraumes sind derzeit die Jahre 2022 - 2028; eine Fortschreibung wird nach den Regelungen des Stabilitätsrates jeweils zur Mitte des Jahres vorgenommen. Insofern gibt das nachfolgende Kennzifferntableau den Datenstand des am 15.10.2024 von der Landesregierung beschlossenen Stabilitätsberichts 2024 wieder. Für Niedersachsen zeigte sich auch für diesen Beobachtungszeitraum, dass keine der Kennziffern auffällig ist. Der Stabilitätsrat hat demgemäß im Dezember 2024 erneut die finanzpolitische Stabilität Niedersachsens bestätigt.

Seit dem Jahr 2020 obliegt dem Stabilitätsrat als weitere Aufgabe die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben des Art. 109 Abs. 3 GG, der die Begrenzung der Kreditaufnahme von Bund und Ländern regelt (Schuldenbremse). Die Überwachung beruht auf zwei Komponenten: Als erste Komponente werden die Ergebnisse der bundes- bzw. jeweiligen landesrechtlichen Schuldenbremse herangezogen. Als zweite Komponente werden Bund und jedes Land anhand eines Ergebnisses, das nach einem harmonisierten Analysesystem ermittelt wird, betrachtet.

Der Stabilitätsrat hat im Dezember 2024 zur Kenntnis genommen, dass Niedersachsen die Schuldenbremse gemäß Art. 109 Abs. 3 GG nach seiner landesrechtlichen Regelung in den Jahren 2023 - 2025 einhält. Er

hat außerdem festgestellt, dass sich für Niedersachsen aus dem harmonisierten, an den europäischen Vorgaben und Verfahren orientierten Analysesystem keine Beanstandungen ergeben.

Niedersachsen	Aktuelle Haushaltslage			Über- schrei- tung	Finanzplanung				Über- schrei- tung
	Ist 2022	Ist 2023	Soll 2024		HPE 2025	FPI 2026	FPI 2027	FPI 2028	
Finanzierungssaldo in Abgren- zung d. StabiR (Euro je Einw.)	288	398	-49		-85	-116	-92	-99	
Schwellenwert	-71	-155	-283	nein	-333	-333	-333	-333	nein
Länderdurchschnitt	129	45	-83						
Kreditfinanzierungsquote in %	-2,2	-3,8	-0,3		0,9	0,4	0	-0,4	
Schwellenwert	3,6	1,5	3,1	nein	5,1	5,1	5,1	5,1	nein
Länderdurchschnitt	0,6	-1,5	0,1						
Zins-Steuer-Quote in %	2,4	1,6	3,6		3,4	3,7	4,1	4,4	
Schwellenwert	3,1	3,5	4,5	nein	5,5	5,5	5,5	5,5	nein
Länderdurchschnitt	2,2	2,5	3,2						
Schuldenstand (Euro je Einw.)	8.237	7.940	7.925		7.975	8.001	8.002	7.981	
Schwellenwert	9.787	9.698	9.741	nein	9.841	9.941	10.041	10.141	nein
Länderdurchschnitt	7.529	7.460	7.493						
Auffälligkeiten im Zeitraum Ergebnis der Kennziffern				nein					nein

Eine Haushaltsnotlage droht nicht.

Stabilitätsbericht Niedersachsen 2024: Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung

2.4 Nachhaltigkeitsmerkmale im Landeshaushalt

Mit der Mipla 2023 - 2027 wurden erstmalig umfassende Ausführungen zum Thema Nachhaltigkeit im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung veröffentlicht. Hintergrund hierfür ist die Forderung nach einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik. Durch die an dieser Stelle vorgenommene Fokussierung wird diesem Anspruch weiterhin Rechnung getragen.

Grundsätzlich wohnt dem Prinzip der Nachhaltigkeit das übergeordnete Ziel der Generationengerechtigkeit inne. Dieses ist aber weder allgemein noch rechtsgültig definiert. Inhaltlich ausgestaltet findet sich das Prinzip der Nachhaltigkeit in der im Jahr 2015 von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den darin vereinbarten 17 globalen Zielen für Nachhaltige Entwicklung, den sogenannten Sustainable Development Goals (SDG) wieder. Nachhaltigkeit ist eine Schlüsselgröße, die für viele Politikfelder gilt.

Fiskalische Nachhaltigkeit gibt vor, dass öffentliche Haushalte ausgewogen und tragfähig auszugestalten sind, um die finanziellen Verpflichtungen in der Zukunft erfüllen zu können. Dies bedeutet zum einen explizite und implizite Verschuldung zu vermeiden und zum anderen Maßnahmen voranzutreiben, die dazu beitragen, dass die öffentliche Hand in der Lage ist, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, ohne auf zukünftige Generationen zurückgreifen zu müssen. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist folglich darauf ausgerichtet, keine wichtigen Aufgaben aufzuschieben, Zukunftsinvestitionen wirksam anzugehen und Generationengerechtigkeit unter Beachtung der haushaltsmäßigen Rahmenbedingungen als Ziel zu verfolgen.

Mit der Verankerung der Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung im Jahr 2019 wurde dem Prinzip der finanzpolitischen Nachhaltigkeit bezogen auf die explizite Verschuldung Rechnung getragen. In

Niedersachsen werden die Regelungen zur Schuldenbremse seit 2020 angewandt, mit dem Konjunkturbereinigungsverfahren werden konjunkturelle Schwankungen ausgeglichen. Mit den diesjährigen Grundgesetzänderungen sind nun auch strukturelle Verschuldungsspielräume für Niedersachsen nutzbar. Die aktuell gültige verfassungsrechtliche Obergrenze der Neuverschuldung des Landes ist eingehalten. Das Regelwerk der Schuldenbremse wurde seit ihrer Einführung in Niedersachsen jedes Jahr berücksichtigt.

Der Landeshaushalt hat neben den Kapitalmarktschulden auch die Lasten der impliziten Verschuldung zu tragen. Hierunter sind absehbare zukünftige Zahlungsverpflichtungen des Landes zu zählen, wie beispielsweise dringende Investitionen in die Sanierung von Landesliegenschaften, Straßen, Brücken oder Krankenhäusern. Auch die gesetzlichen Versorgungsverpflichtungen gegenüber den Beamtinnen und Beamten zählen beispielsweise hierzu. Ziel der Niedersächsischen Landesregierung ist es, die implizite Verschuldung, die ein

Vielfaches der expliziten Verschuldung ausmacht, zu begrenzen und die hierfür notwendigen Investitionen anzugehen. Daher werden die grundgesetzlich neu geschaffenen kreditfinanzierten Spielräume konsequent für eine Stärkung der Investitionen mit dem Ziel der Initiierung wachstumsfördernder Maßnahmen und dem Abbau der impliziten Verschuldung eingesetzt. Die aus dem SVIK finanzierten Investitionen werden zudem von einem landeseigenen Investitions- und Kommunalstärkungspaket für investive Maßnahmen in zentrale Zukunftsfelder flankiert.

Eine nachhaltige Haushaltspolitik erfordert zudem einen Haushaltsausgleich, bei dem langfristig die Ausgaben durch laufende Einnahmen ohne Einbeziehung von Einmaleffekten finanziert werden. Mit dem Ziel eines dauerhaft strukturellen Haushaltsausgleichs wird künftig auf die bisher zum Haushaltsausgleich eingeplanten temporär wirkenden Entnahmen aus der Allgemeinen Rücklage verzichtet.

2.4.1 Signaling

Im Jahr 2018 hat das Land Niedersachsen eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie aufgestellt, die sich an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und den dort vereinbarten 17 globalen Nachhaltigkeitszielen orientiert. Es wurden hierin 26 Handlungsfelder mit 60 Indi-

katoren für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit identifiziert. Die Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Niedersachsen wurde im Jahr 2020 fortgeschrieben. Demnach ist das Leitbild der Niedersächsischen Landesregierung eine nachhaltige, zukunftsorientierte, soziale und ökologische Politik für ganz Niedersachsen.



Abbildung 12: 17 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung

Hieran anknüpfend wird nach der mit dem HP 2025 erfolgten erfolgreichen Erprobung in zwei Einzelplänen (Wirtschafts- und Umweltministeriums) das sogenannte Signaling auf den gesamten Landeshaushalt

ausgeweitet. Alle Titel werden somit auf ihre Nachhaltigkeitsauswirkungen überprüft. In den Vorworten der Einzelpläne sowie in den Vorbemerkungen der Kapitel

eines Einzelplans wird aufgezeigt, welche der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen durch die jeweiligen Fachaufgaben bzw. die dahinterstehenden Maßnahmen bei welchen Titeln erreicht oder verfolgt werden. In einem zusammenfassenden Satz werden die erreichten Ziele am Ende eines Kapitels noch einmal auf-

geführt. Durch ein konkretes Ausweisen der Haushaltsstellen wird eine stärkere Verknüpfung des Landeshaushalts mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen erreicht. Gleichzeitig wird die niedersächsische Haushalts- und Finanzpolitik noch stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet.

2.4.2 Klimakennziffer

Mit der Klimakennziffer werden alle Ausgaben des Landeshaushalts auf ihren quantitativen Beitrag zum Klimaschutz und zu Klimafolgeanpassungen analysiert. Die Klimakennziffer setzt sich aus Ausgaben für Klimaschutz und Ausgaben für Klimafolgeanpassungen zusammen. Klimaschutzausgaben umfassen dabei allgemeine Ausgaben für Maßnahmen und Programme im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Ausgaben für Klimafolgeanpassungen sind Ausgaben für Maßnah-

men und Programme im Zusammenhang mit erwartbaren oder bereits auftretenden Auswirkungen des Klimawandels.

Mit der Klimakennziffer werden nur Ausgaben im Kernhaushalt analysiert. Ausgaben, die beispielsweise in Sondervermögen getätigt werden und einen Klimabezug haben, werden hier nicht erfasst, auch wenn sie die Ausgaben Niedersachsens mit Klimabezug erhöhen und somit maßgeblich zur Erreichung der Klimaschutzziele des Landes beitragen.

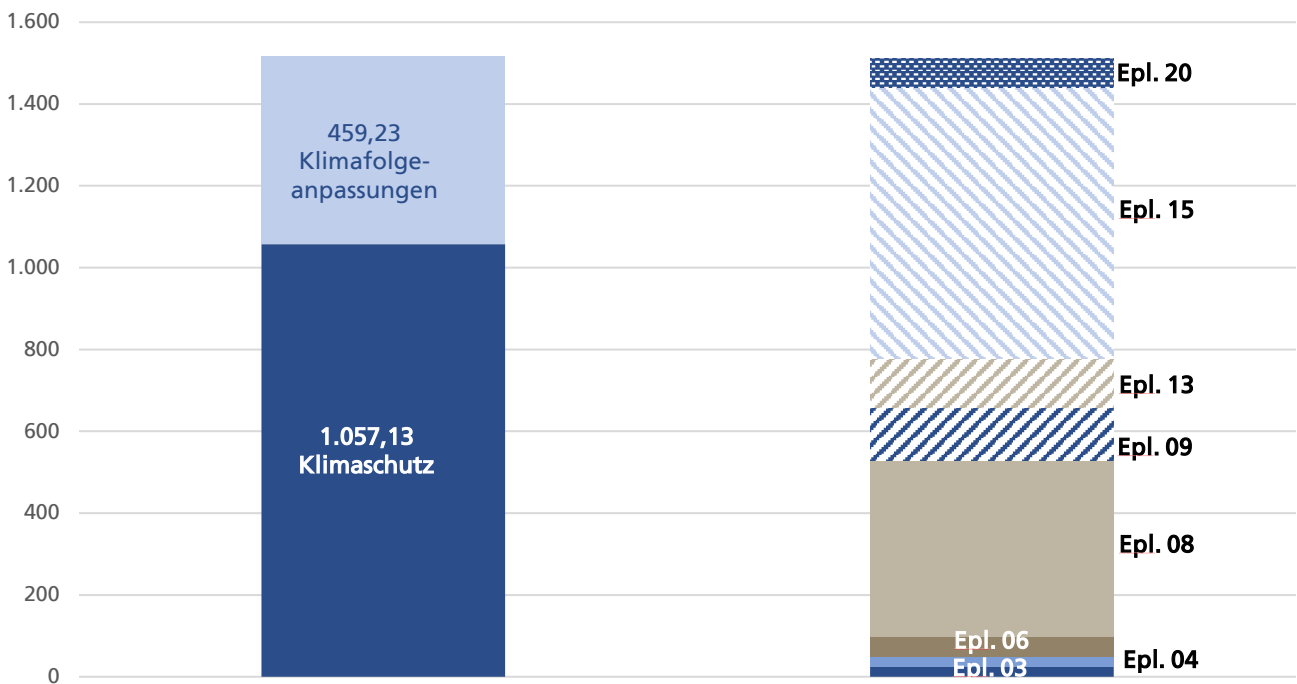


Abbildung 13: Ausgaben für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung im Landeshaushalt (HPE 2026) in Mio. Euro

Für das Jahr 2026 ergibt sich nach der Auswertung ein Finanzvolumen von rd. 1,5 Mrd. Euro, das mit einer Kennzeichnung für Klimaschutz und Klimafolgeanpassungen versehen ist.

Unter die hier erfassten Ausgabepositionen fallen beispielsweise

- im Bereich des Innenministeriums anteilige Ausgaben im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes,
- im Bereich des Wirtschaftsministeriums anteilige

Positionen im Bereich des Verkehrs (z. B. Zuschüsse an Eisenbahnen, Errichtung Ladeinfrastruktur oder Neubau von Radwegen),

- im Bereich des Landwirtschaftsministeriums veranschlagte Ausgaben für Maßnahmen des ökologischen Landbaus,
- im Bereich des Umweltministeriums Maßnahmen für Energie- und Klimaschutz,
- im Bereich des Hochbaus anteilige Ausgaben bei Baumaßnahmen oder für die energetische Sanierung.

3. Kommunalfinanzen

3.1 Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen / Kommunalen Finanzausgleich

Die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen werden im Niedersächsischen Finanzverteilungsgesetz (NFVG) und im Niedersächsischen Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) geregelt.

Im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplanentwurf wird jährlich eine Analyse der „Entwicklung der Finanz- und Haushaltsslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen“ vorgenommen, die als Bericht vorgelegt und den Beschlüssen der Landesregierung, insbesondere der Festsetzung der Verbund-

quote im Kommunalen Finanzausgleich (KFA), zugrunde gelegt wird. In dem Bericht wird zur Beurteilung der Finanzsituation von Land und Kommunen neben zahlreichen Einzelindikatoren insbesondere der Finanzierungssaldo beider Ebenen als eine wichtige zusammenfassende Kennzahl betrachtet. Der Niedersächsische Staatsgerichtshof hat die in dem Bericht untersuchten Parameter ausdrücklich als entscheidungsrelevant eingestuft. Dies gilt besonders hinsichtlich der vergleichenden Betrachtung der Entwicklung der Finanzierungssalden von Land und Kommunen.

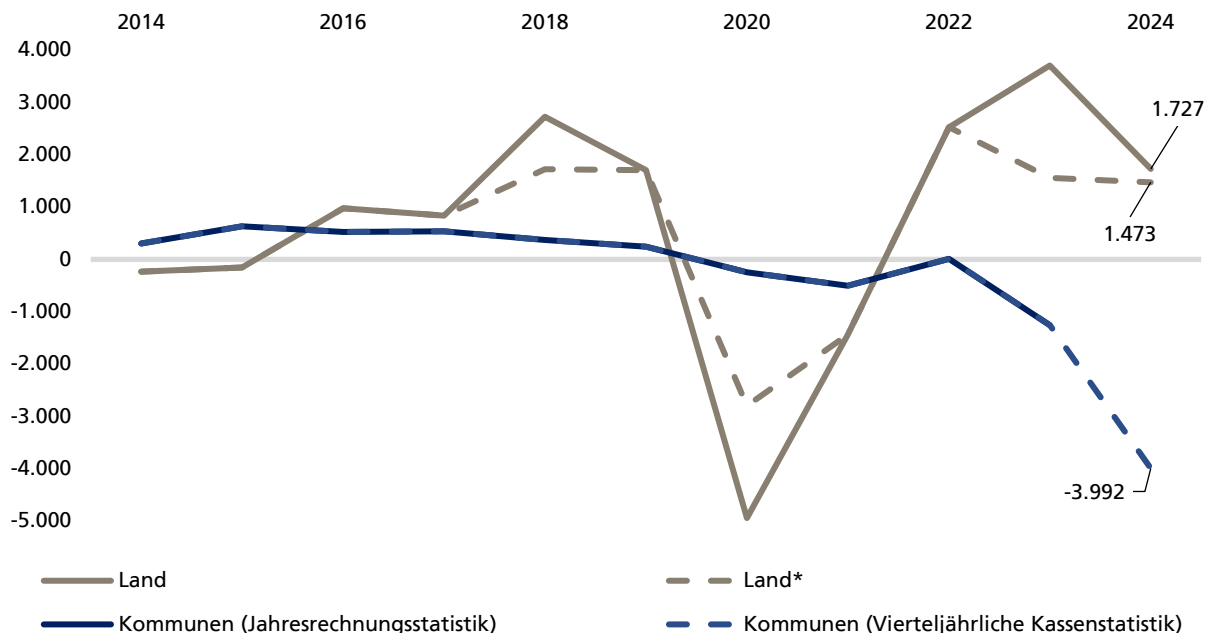


Abbildung 14: Finanzierungssalden Land und Kommunen in Mio. Euro

* 2018 bereinigt um den Sondereffekt VW-Milliarde; 2020, 2023 und 2024 bereinigt um die außerplanmäßige Tilgung notlagenbedingter Kredite

Der Finanzierungssaldo des Landes bewegte sich in den Jahren 2014 bis 2018 stetig aufwärts und spiegelte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie den konsequenten Konsolidierungskurs des Landes wider. Nachdem der Finanzierungssaldo im Jahr 2020 aufgrund der COVID-19-Pandemie und den damit einhergehenden Einnahmeausfällen sowie den Stützungsmaßnahmen abgestürzt war (2020: -4.941 Mio. Euro; bereinigt um die außerplanmäßige Tilgung notlagenbedingter Kredite -2.796 Mio. Euro), konnte sich der Finanzierungssaldo im Jahr 2021 wieder schrittweise auf -1.437 Mio. Euro erholen. Im Jahr 2022 setzte sich der Trend aufgrund der preisgetriebenen enormen Aufwüchse bei den Steuereinnahmen und den erst zeitverzögert wirkenden inflationsbedingten Ausgabeanstiegen im

Landeshaushalt fort und erreichte einen Höchststand. Das Haushaltsjahr 2023 wurde mit einem positiven Saldo von 3.703,3 Mio. Euro (bereinigt 1.558 Mio. Euro) abgeschlossen.

Im Jahr 2024 beträgt der Finanzierungssaldo des Landes vor Bereinigung 1.727 Mio. Euro. Bereinigt beläuft er sich auf 1.473 Mio. Euro. Auch im Jahr 2024 wurden erneut vorzeitig nicht benötigte notlagenbedingte Kredite aus dem COVID-19-Sondervermögen i. H. v. 254 Mio. Euro dem Kernhaushalt zugeführt und getilgt. Der Finanzierungssaldo 2024 liegt somit leicht (-85 Mio. Euro) unterhalb des Vorjahressaldos. Der positive Finanzierungssaldo des Landes ist nicht allein Ausdruck finanz- und wirtschaftspolitischer Prosperität, sondern

steht eng verbunden mit den bis einschließlich 2024 geltenden Regelungen zur Schuldenbremse, die eine strukturelle Kreditaufnahme ausschlossen.

Der Finanzierungssaldo der kommunalen Ebene war in den Jahren 2014 bis 2019 sechs Jahre in Folge positiv. Ab dem Jahr 2020 haben die krisenhaften Herausforderungen belastend Niederschlag gefunden. Die umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Land in der Pandemie und zur Bewältigung der aus dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine resultierenden krisenhaften Entwicklungen in den Bereichen Energie, Gesamtwirtschaft und Fluchtgeschehen konnten dies zunächst abmildern.

Im Jahr 2023 fiel der negative Finanzierungssaldo der Kommunen (lt. Jahresrechnungsstatistik) dann merklich auf -1.257 Mio. Euro ab. Damit verschlechterte sich der Saldo im Vergleich zum Vorjahr bei gesteigerten Investitionsausgaben um mehr als eine Mrd. Euro.

Im Jahr 2024 ist der Finanzierungssaldo mit -3.992 Mio. Euro (-2.736 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr) erneut deutlich im negativen Bereich. Während sich der Saldo aus den bereinigten Ein- und Auszahlungen von 2.663 Mio. auf 231 Mio. Euro verschlechterte, lag der Saldo der bereinigten Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit ähnlich wie im Vorjahr bei rd. -4 Mrd. Euro.

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Finanzierungssalden beider Ebenen seit dem Jahr 2020 auf unterschiedlichen Niveaus befinden. Während im Jahr 2020 der Finanzierungssaldo des Landes deutlich schwächer als der der Kommunen ausfiel, hat sich der Vergleich seit dem Jahr 2023 umgedreht. Perspektivisch geht das Land jedoch wieder von einer allmählichen Annäherung der beiden Salden aus.

Ursächlich für den negativen Finanzierungssaldo der Kommunen im Jahr 2024 sind auf der Ausgabenseite die deutlich gestiegenen Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit sowie die stark angestiegenen Sozialleistungen und Personalausgaben. Zudem belasten steigende Zinsausgaben immer mehr den Kernhaushalt der Kommunen. Eine zunehmende Anzahl an Kommunen kann nicht mehr auf Rücklagen zugreifen. Sie sind daher gezwungen Liquiditätskredite aufzunehmen.

Die Steuereinnahmen der kommunalen Ebene haben sich zwar nach dem Einbruch durch die COVID-19-Pandemie wieder erholt, jedoch nicht in dem Maße, wie die Ausgaben im selbigen Zeitraum gestiegen sind.

Für den Finanzierungssaldo des Landes ist festzustellen, dass insbesondere die Einnahmen aus den reinen Landessteuern (+10,0 %), der Erbschaftsteuer (+21,6 %) und der Abgeltungsteuer (+127,6 %) sichtbar anstiegen. Gleiches gilt für die Entwicklung der sonstigen Einnahmen. Auf der anderen Seite führten gesteigerte Personal- und Verwaltungsausgaben zu einer Belastung des Saldos.

Für die künftige Prüfung der Angemessenheit der Verteilungssymmetrie zwischen Land und Kommunen ist es entscheidend, die weitere Entwicklung der Finanzierungssalden genau zu beobachten und zu analysieren. Im Weiteren wird auf den von der Landesregierung am 27.06.2025 beschlossenen Finanzstatusbericht 2025 verwiesen.

Nach dem Einbruch der Steuereinnahmen der Kommunen im Jahr 2020 (brutto 9.576 Mio. Euro) haben sich diese in den vergangenen Jahren wieder erholt und das vorpandemische Niveau bereits im Jahr 2021 übertroffen. Sie sind trotz eines gesamtwirtschaftlich weiterhin schwierigen Umfeldes auf 13.027 Mio. Euro im Jahr 2024 (+290 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr) weiter angestiegen. Die Einnahmen aus Grundsteuern (+102 Mio. Euro) entwickelten sich ebenso positiv wie die Einnahmen aus den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer (+211 Mio. Euro), der Umsatzsteuer (+24 Mio. Euro) sowie der sonstigen Steuern (+9 Mio. Euro). Dagegen sanken die Gewerbesteuererinnahmen leicht um -59 Mio. Euro.

Leicht angestiegen sind auch die Einnahmen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen. Bereinigt um kommunale Umlagen stiegen diese um +355 Mio. Euro auf 10.339 Mio. Euro. Ursächlich dafür ist im Wesentlichen die deutlich gestiegene Leistungsbeteiligung des Bundes nach dem SGB II um +167 Mio. Euro.

Im Rahmen der jüngsten Mai-Steuerschätzung 2025 wurden auch die Steuereinnahmeerwartungen der niedersächsischen Kommunen angepasst. Für die Jahre 2025 bis 2029 ist mit geringeren Steuereinnahmen i. H. v. -348 / -510 / -546 / -561 / -617 Mio. Euro zu rechnen. Die Abwärtsrevision beruht in erster Linie auf Einnahmeausfällen aus den zentral erstmals geschätzten Steuerrechtsänderungen (-130 / -200 / -200 / -210 / -210 Mio. Euro) sowie auf konjunkturell bedingten Schätzkorrekturen bei der Gewerbesteuer.

Die Einnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich beliefen sich im Jahr 2024 auf 5.594 Mio. Euro¹ (-74 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr). Der moderate Rückgang ist durch die marginal sinkenden verbundrelevanten Steuereinnahmen des Landes und der negativen Steuerverbundabrechnung für das Jahr 2023

¹ Ist-Auszahlungen des LSN (Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, Schlüsselzuweisungen und Bedarfszuweisungen) ohne Finanzausgleichsumlage

i. H. v. -27 Mio. Euro zu erklären. Unbenommen dessen zeigt die nachstehend dargestellte Entwicklung der Einnahmen aus dem Kommunalen Finanzausgleich, dass für das Jahr 2028 das Erreichen der 6 Mrd. Euro-

Schwelle erwartet wird (vgl. Abbildung 15), nachdem erst im Jahr 2022 die 5 Mrd. Euro-Schwelle und im Jahr 2017 die 4 Mrd. Euro-Schwelle überschritten wurde.

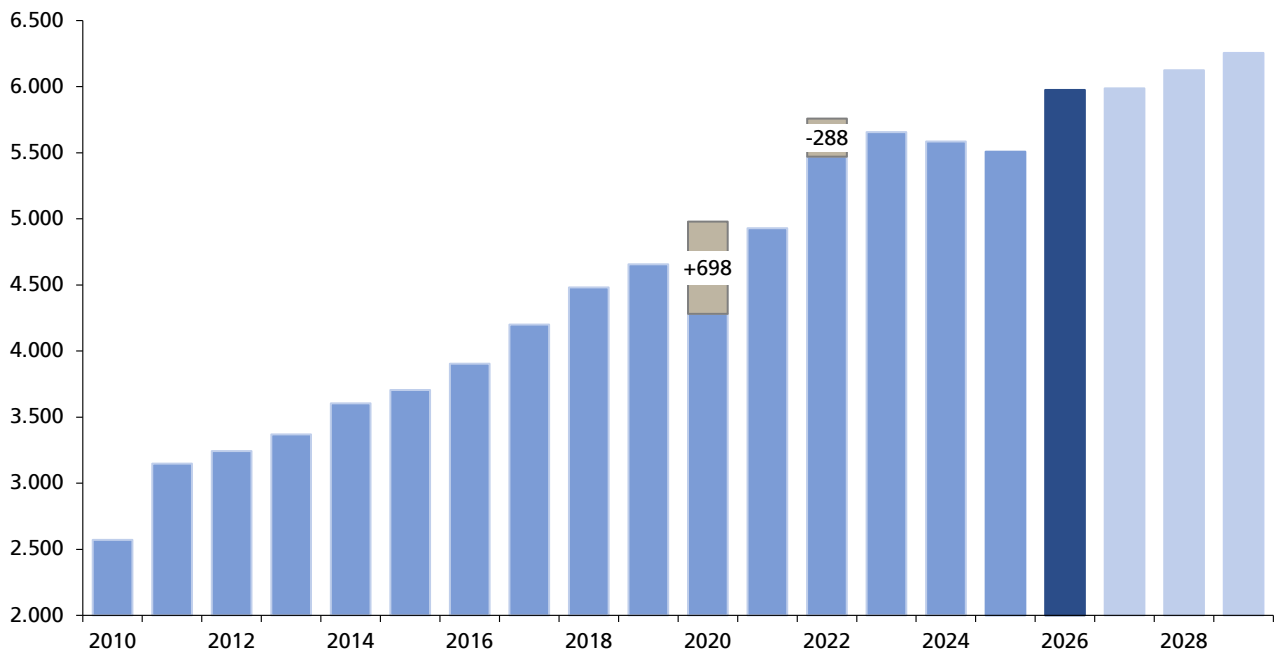


Abbildung 15: Kommunalen Finanzausgleich – KFA – (blau) und Maßnahmen des kommunalen Rettungsschirms mit KFA-Bezug (beige) in Mio. Euro

(Quellen: Bis 2023 Ist-Zahlen des LSN; für 2024 Steuerverbundabrechnung 2024; für 2025 Wert aus HP 2025; ab 2026 Zahlen aus der Steuerschätzung Mai 2025)

Das positive Zusammenwirken von Land und Kommunen wirkt weiter und äußert sich exemplarisch neben der einheitlichen Umsetzung des im Jahr 2006 eingeführten Konnexitätsprinzips auch durch die Anschlussfinanzierung des Zukunftsvertrages.

Auf Grundlage des im Jahr 2009 zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden unterzeichneten Zukunftsvertrages wurde mit §§ 14a ff. NFAG für Kommunen mit besonderen strukturellen Problemen die zeitlich befristete Möglichkeit geschaffen, dauerhaft eine Freistellung von bis zu 75 % ihrer finanziellen Belastungen durch Zins und Tilgung der aufgelaufenen Liquiditätskredite zu erhalten. Notleidende Kommunen, die nicht die Bewilligungsvoraussetzungen des § 14a NFAG erfüllen, konnten auf Grundlage des § 14b NFAG sogenannte Stabilisierungshilfen i. H. v. 60 % der bis zum 31.12.2014 aufgelaufenen Liquiditätskredite beantragen.

Das Land Niedersachsen und die Kommunen stellen für diese Zwecke in den Jahren 2012 bis 2040 jeweils 35 Mio. Euro p. a. in einem gemeinsamen Entschuldungsfonds zur Verfügung. Insgesamt sind dies knapp 2 Mrd. Euro.

Kommunen mit weit unterdurchschnittlicher Steuereinkaufskraft können zudem seit dem Jahr 2015 unter bestimmten Voraussetzungen ergänzende Zuweisungen zur Kofinanzierung von EU-Programmen erhalten. Hierfür stehen im Jahr 2025 Landesmittel i. H. v. 6,5 Mio. Euro und ab dem Jahr 2026 i. H. v. 6 Mio. Euro p. a. zur Verfügung. Darüber hinaus können kommunale Gebietskörperschaften, die Bedarfszuweisungen erhalten, einen Teil der ihnen gemäß § 13 Abs. 1 NFAG gewährten Zuweisungen zur kommunalen Kofinanzierung von EU-geförderten Maßnahmen und Projekten einsetzen. Den Bedarfszuweisungskommunen steht so über den genannten Haushaltsansatz hinaus ein Gesamtbetrag i. H. v. bis zu 4 Mio. Euro zur Kofinanzierung EU-geförderter Maßnahmen und Projekte zur Verfügung.

Insgesamt zeigt sich, dass die finanzielle Entwicklung in den vergangenen Jahren für Land und Kommunen eine zum Teil deutlich unterschiedliche Entwicklung genommen hat. Dabei ist insbesondere der hohe Investitionsbedarf der Kommunen über die Jahre hinweg gleichbleibend und im Fokus der Unterstützungsmaßnahmen des Landes geblieben. Daher hat das Land unter anderem beschlossen, den Kommunen im Rahmen eines

Kommunalen Investitionsprogrammes „KIP 3“ zusätzliche Mittel i. H. v. 600 Mio. Euro für investive Zwecke zur Verfügung zu stellen.

KIP 3 ist dabei Teil des landeseigenen Investitions- und Kommunalstärkungspakets, welches insgesamt ein Volumen von 5 Mrd. Euro aufweist. Als weiteren wesentlichen Bestandteil dieses Paketes strebt die Landesregierung eine dauerhafte Auflösung der Unterdeckung beim Landeszuschuss zu den Betriebskosten der Kindertagesstätten ab 2026 an. Zu diesem Zweck soll die Summe der Erstattungen strukturell dauerhaft erhöht sowie angemessen in Kopplung an die tatsächlich in diesem Bereich beschlossenen Tarifierhöhungen dynamisiert werden. Infolgedessen wurde im HPE 2026 ein Erhöhungsbetrag in Höhe von 250 Mio. Euro etatisiert und ab 2027 mit 2,5 % p.a. dynamisiert.

Ebenso sollen mindestens 60 % der auf das Land aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) entfallenden Mittel (insgesamt rd. 9,4 Mrd. Euro) für kommunale Investitionsmaßnahmen verwendet werden, davon 50 % durch pauschale Weiterleitung und weitere mindestens 10 % durch die

Finanzierung von investiven Maßnahmen, die den Interessen der Kommunen dienen.

Des Weiteren hat die Landesregierung mit Blick auf die Umsetzung eines Urteils des BFH (03.12.2024, IV R 5/22) zur Frage der Hebeberechtigung der Gewerbesteuer in gemeinde- und kreisfreien Gebieten in Niedersachsen in Aussicht genommen, die Ertragshoheit für die Gewerbesteuer eines Gewerbebetriebs mit einer Betriebsstätte im gemeinde- und kreisfreien Gebiet der Küstengewässer künftig einer oder mehreren Gemeinden in Niedersachsen zuzuordnen. Es ist erklärtes Ziel der Landesregierung, die Steuerkraft im Land zu sichern und den Abfluss eines Großteils des Gewerbesteuerertrags an Kommunen außerhalb Niedersachsens, in denen die Windpark-Betreiber ihren Geschäftssitz haben, zu verhindern. Infolgedessen ist voraussichtlich ab 2026 mit einer Verschiebung von Einnahmen vom Land zugunsten der niedersächsischen Kommunen in einem Umfang von derzeit rund 100 Mio. Euro p.a. zu rechnen.

Darüber hinaus wird auf die Ausführungen im Finanzstatusbericht 2025 verwiesen.

3.2 Zahlungen an die Kommunen

Die folgende Übersicht stellt die Zahlungen des Landes insgesamt an die Kommunen dar, differenziert nach den Zuweisungen innerhalb und den Zahlungen außerhalb des Steuerverbundes.

Die Zahlungen an den kommunalen Bereich steigen im Jahr 2025 insgesamt um +5,7 %. Grund hierfür ist insbesondere die im Jahr 2025 vorgenommene Veranschlagung von zwei Dritteln des Kommunalen Investi-

tionsprogramms „KIP 3“ i. H. v. 400 Mio. Euro im NHPE 2025. Im Jahr 2026 setzt sich der Trend (+5,2 % im Vergleich zum Vorjahr) insbesondere durch die Veranschlagung des letzten Drittels des KIP 3 fort. Damit fließt weiterhin nahezu jeder dritte Euro der bereinigten Ausgaben des Landes an die Kommunen. Perspektivisch werden die Beträge durch die konkrete Veranschlagung der erhöhten Beteiligung des Landes an den Kita-Betreuungskosten steigen.

	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
Zahlungen an den kommunalen Bereich in Mio. Euro	14.340	15.079	15.039	15.410	15.881
Veränderung in %	5,7	5,2	-0,3	2,5	3,1
<u>nachrichtlich:</u>					
Zuwachsraten der bereinigten Ausgaben des Landeshaushalts in %	7,1	5,1	-1,8	1,8	2,2
davon Zuweisungen <u>innerhalb</u> des Steuerverbundes in Mio. Euro	5.508	5.975	5.987	6.124	6.255
Veränderung in %	-3,3	8,5	0,2	2,3	2,1
davon Zahlungen <u>außerhalb</u> des Steuerverbundes in Mio. Euro	8.832	9.104	9.052	9.286	9.626
Veränderung in %	12,3	3,1	-0,6	2,6	3,7

Während die vorangestellte Tabelle die Zahlungen an die kommunale Ebene insgesamt darstellt, erläutert die nachfolgende Tabelle die Zahlungen des Landes an den

kommunalen Bereich gegliedert nach den im Haushaltswirtschaftssystem vergebenen Aufgabenfeldern, sofern hier Beträge hinterlegt sind:

	Aufgabenfelder (in Mio. Euro)	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
03.2	Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung, Kampfmittelbeseitigung	59,1	74,9	61,0	62,5	63,2
03.3	Amtliche Statistik, Öffentliche Wahlen	9,3	2,3	9,8	11,7	14,0
03.5	Asylbewerber, Flüchtlinge, Spätaussiedler	498,4	502,3	493,6	485,6	477,3
03.6	Sport	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0
03.8	Sonstige Aufgaben des MI	403,9	203,9	3,9	3,9	3,9
03	Summe 03 (MI)	990,7	783,4	568,3	563,8	558,4
05.1	Gesundheit	64,9	133,3	70,7	70,8	72,9
05.2	Jugend und Familie	403,4	373,5	379,8	379,8	378,8
05.3	Besondere Hilfen für soziale Gruppen	5.528,8	6.082,7	6.370,8	6.676,6	6.995,8
05.4	Frauen	3,3	3,4	3,5	3,5	3,5
05.6	Migration und Teilhabe	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
05	Summe 05 (MS)	6.002,2	6.594,6	6.826,5	7.132,3	7.452,8
06.3	Kunst und Kultur	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
06.4	Sonstige Aufgaben des MWK	30,6	33,7	31,7	31,8	31,8
06	Summe 06 (MWK)	31,7	34,8	32,8	32,9	32,9
07.1	Elementarbereich	924,0	908,0	854,8	797,1	792,8
07.2	Schule und Berufsausbildung	132,6	94,4	95,6	82,6	82,6
07	Summe 07 (MK)	1.056,6	1.002,4	950,4	897,7	875,4
08.1	Gewerbliche Wirtschaft, Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, Wirtschaft und Umwelt	7,8	2,0	2,0	2,0	2,0
08.4	Straßen	80,6	85,7	85,7	85,7	85,7
08.5	Öffentlicher Nahverkehr	164,1	159,1	159,1	159,1	159,1
08.4	Städtebau und Wohnungswesen	317,9	257,6	256,4	261,8	302,7
08	Summe 08 (MW)	570,2	504,4	503,2	508,6	549,5
09.1	Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Tiererschutz	0,0	20,9	10,9	10,9	0,9
09.2	Entwicklung des ländlichen Raumes	1,5	1,3	1,0	1,0	1,0
09	Summe 09 (ML)	1,5	22,2	11,9	11,9	1,9
11	Sonstige Aufgaben des MJ	0,3	0,3	0,3	0,0	0,0
11	Summe 11 (MJ)	0,3	0,3	0,3	0,0	0,0
15.1	Wasserwirtschaft	18,5	23,3	19,0	18,2	17,2
15.2	Abfälle und Altlasten	10,1	10,3	11,6	11,6	11,6
15.3	Naturschutz und Landschaftspflege, Natura 2000	11,1	7,1	7,4	6,5	5,7
15.4	Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung	0,8	1,0	0,8	0,8	0,8
15.5	Sonstige Maßnahmen	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0
15	Summe 15 (MU)	42,2	41,8	38,8	37,0	35,3
16	Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung	21,0				
16	Summe 16 (MB/StK)	21,0				

	Aufgabenfelder (in Mio. Euro)	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
29.1	Zentrale Institutionen	-	16,7	16,7	16,7	16,7
29.2	Finanzzuweisungen	5.604,7	6.071,9	6.084,1	6.221,3	6.352,0
29.3	Beamtenversorgung	5,1	6,1	6,1	6,1	6,1
29.4	Sonstige Aufgaben der allgemeinen Finanzverwaltung	13,6	0,0	0,0	0,0	0,0
29	Summe 29	5.623,4	6.094,8	6.107,0	6.244,2	6.374,8
	Insgesamt*	14.339,8	15.078,8	15.039,1	15.410,3	15.881,0

* Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

4. EU-Förderung in den Jahren 2021 - 2027

4.1 EFRE- und ESF+-Programme in der Förderperiode 2021 - 2027

In der Förderperiode 2021 - 2027 wird Niedersachsen knapp 1.059 Mio. Euro erhalten. Das sind rd. 81 Mio. Euro mehr als in der Förderperiode 2014 - 2020. Von dem Zuwachs entfallen 68 Mio. Euro auf die Übergangsregion Lüneburg. Es wird wieder ein Multifondsprogramm aufgelegt, je ein EFRE-Programm je Gebietskategorie UR (Übergangsregionen) und SER (stärker entwickelte Regionen) und je ein ESF+-Programm je Gebietskategorie zusammengefasst in einem Programm. Die Förderbedarfe wurden bereits mit Beginn

des Prozesses zur EU-Förderstrategie 2018 unter Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner (WiSo-Partner) und der Zivilgesellschaft in den Fokus gestellt. Die Schwerpunktsetzung und Ausrichtung des Multifondsprogramms EFRE / ESF+ für die Förderperiode 2021 - 2027 erfolgte in enger Abstimmung zwischen den Ressorts.

Die Mittel verteilen sich wie folgt:

	Gesamtsumme 2021 - 2027	Übergangsregion Lüneburg EFRE	SER EFRE	Übergangsregion Lüneburg ESF	SER ESF
EU-Strukturfondsmittel in Mio. Euro	1.058,9	307,7	490,6	85,1	175,5

Mit seinem Multifondsprogramm wird Niedersachsen den Zielen der EU sowie den selbst gesetzten Zielen der eigenen EU-Förderstrategie gerecht. Berücksichtigt werden u.a. die von Seiten der EU vorgegebene thematische Konzentration, die Ziele des Europäischen Green Deals und die Notwendigkeit für einen innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandel der Regionen. Der Niedersächsische Multifonds EFRE / ESF+ leistet zudem einen Beitrag zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte.

41 % der Mittel (438 Mio. Euro) sind für „ein intelligenteres Europa“ vorgesehen, d. h. vor allem für Innovationen und wirtschaftlichen Wandel. Insgesamt 47 % (499 Mio. Euro) stehen für ein grüneres und soziales Europa zur Verfügung. Weitere 62 Mio. Euro (6 % des Multifonds) fließen in die Stadtentwicklung. Innerhalb dieses Mittelvolumens werden Fördermöglichkeiten für regionale Belange unter Beteiligung der Partner vor Ort eingesetzt. Zusammengerechnet zieht sich dieses wie ein Querschnittsziel mit 15 % der für

die Förderung zur Verfügung stehenden Mittel durch die o. a. politischen EU-Ziele. Dadurch wird die bereits mit der Förderperiode 2014 - 2020 begonnene und von den WiSo-Partnern eingeforderte stärkere Berücksichtigung von regionalen Belangen mit mehr als 156 Mio. Euro allein aus den Mitteln des Multifonds fortgesetzt. Niedersachsen wird eine Grundförderung über Richtlinien und Fördergrundsätze der Ressorts sowie territoriale Instrumente für die regionale Förderung anbieten. So wird bedarfsgerecht auf die unterschiedlichen Herausforderungen der Regionen reagiert und die eingeleitete Regionalpolitik der Landesregierung konsequent fortgeführt.

Besonders berücksichtigt werden die Bedarfe der Übergangsregion Lüneburg. Mehrere Einzelmaßnahmen werden an die regionalen Spezifika der Übergangsregion angepasst.

Im Jahr 2024 befindet sich das Multifondsprogramm in der Umsetzung. Die Umsetzung erfolgt planmäßig.

4.2 ELER

Durch die Verlängerung der vorherigen Förderperiode einschließlich des Jahres 2022 hat die aktuelle ELER-Förderperiode erst im Jahr 2023 begonnen. Durch die Einführung eines nationalen GAP- (Gemeinsame Agrarpolitik) -Strategieplans, der einen einheitlichen Rahmen setzt, gibt es keine Programme auf Ebene der Bundesländer mehr. Niedersachsen hat hinsichtlich des Angebots und der Umsetzung der Förderung eine gemeinsame Förderregion mit Bremen und Hamburg geschaffen. Für die Jahre 2023 - 2027 stehen rd. 1.150 Mio.

Euro an ELER-Mitteln für die Länder Niedersachsen, Bremen und Hamburg zur Verfügung. Der Anteil Bremens liegt bei rd. 1 % der EU-Mittel, der Anteil Hamburgs bei rd. 2 %. Mit den Mitteln werden insbesondere die Themen biologische Vielfalt, Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierwohl adressiert. Im Zentrum steht die Unterstützung der Transformation der Landwirtschaft hin zu nachhaltigeren Wirtschaftsweisen. Zudem bleibt die Stärkung der ländlichen Räume in Niedersachsen ein wichtiger Förderbereich.

4.3 EMFAF

Für den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) stehen dem Land Niedersachsen bis zu 26,2 Mio. Euro an Fördermitteln von der EU zur Ver-

fügung. Das Programm Deutschlands wurde am 23.11.2022 genehmigt. Die nationale Kofinanzierung ist in den Kapiteln 0904 und 0961 veranschlagt.

4.4 Europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg)

Die Interreg-Programme mit niedersächsischer Beteiligung (Interreg A Deutschland-Niederland, Interreg B Nord- und Ostsee, Interreg B Mitteleuropa und Nordwesteuropa (erstmalig) sowie Interreg Europe und Interact) für die Förderperiode 2021 - 2027 befinden sich

im Jahr 2025 alle in der Umsetzung. Die Umsetzung erfolgt planmäßig.

Folgende Prioritäten werden in den Interreg-Programmen mit niedersächsischer Beteiligung angesprochen:

	Interreg A Deutsch- land-Neder- land	Interreg B Nordsee	Interreg B Ostsee	Interreg B Nordwest- europa	Interreg B Mitteleu- ropa	Interreg Europe
Intelligenteres, wettbewerbsfähigeres Europa (PZ 1)	👍	👍	👍	👍	👍	👍
Grüneres, CO2-ärmeres Europa (PZ 2)	👍	👍	👍	👍	👍	👍
Stärker vernetztes Europa (PZ 3)					👍	👍
Sozialeres, inklusiveres Europa (PZ 4)	👍			👍		👍
Bürgernäheres Europa (PZ 5)						👍
Bessere Governance (Interreg spezifisches Ziel)	👍	👍	👍		👍	👍

Die für das Interreg A-Programm „DE-NL“ nach derzeitigem Erkenntnisstand erwarteten Kofinanzierungsbedarfe sowie die Mittel für die Kosten der Programmdurchführung (Technische Hilfe, Öffentlichkeitsarbeit

etc.) wurden bis 2027 ff. (n+2-Regelung) aufgenommen.

5. Anhang

Tabelle 5.1

Entwicklung der Einnahmen (in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

Art der Einnahmen (in Mio. Euro)	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
1. Steuern (HGr. 0 ohne OGr. 09)	34.279,0 1,3 %	35.098,0 2,4 %	35.935,0 2,4 %	36.813,0 2,4 %	37.640,0 2,2 %
2. Steuerähnliche Abgaben (OGr. 09)	194,9 1,0 %	201,5 3,4 %	202,5 0,5 %	203,5 0,5 %	203,5 0,0 %
3. Entnahme aus der Konjunktur- bereinigungsrücklage	549,0 0,0 %	0,0 -100,0 %	0,0 0,0 %	0,0 0,0 %	0,0 0,0 %
3. Bundesergänzungszuweisung - BEZ -	671,0 -22,7 %	613,0 -8,6 %	639,0 4,2 %	662,0 3,6 %	689,0 4,1 %
4. Kfz-Steuer-Kompensation	896,0 0,0 %	896,0 0,0 %	896,0 0,0 %	896,0 0,0 %	896,0 0,0 %
5. Förderabgabe	40,0 -58,3 %	30,0 -25,0 %	30,0 0,0 %	30,0 0,0 %	30,0 0,0 %
6. Bundesmittel (Gr. 151, 171, 221, 231, 291, 311 u. 331)	4.261,0 13,5 %	4.425,9 3,9 %	4.587,7 3,7 %	4.732,4 3,2 %	4.891,5 3,4 %
7. Entnahme aus der Allgem. Rücklage	172,8 0,0 %	1.801,2 942,4 %	381,2 -78,8 %	388,1 1,8 %	384,0 -1,1 %
8. Nettokreditaufnahme gem. HG	2.093,4	2.190,6	1.822,0	1.593,7	1.390,5
9. Sonstiges	2.412,2 -4,6 %	2.634,8 9,2 %	2.553,5 -3,1 %	2.551,1 -0,1 %	2.771,0 8,6 %
10. Gesamteinnahmen	45.569,3 7,1 %	47.891,1 5,1 %	47.046,9 -1,8 %	47.869,8 1,7 %	48.895,4 2,1 %

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

Tabelle 5.2

Struktur der Einnahmen

Art der Einnahmen (in Mio. Euro)	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
1. Steuern (HGr. 0 ohne OGr. 09)	34.279,0	35.098,0	35.935,0	36.813,0	37.640,0
2. Steuerähnliche Abgaben (OGr. 09)	194,9	201,5	202,5	203,5	203,5
davon:					
0903 - 099 81 Abgabe der Molkereien	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
0903 - 099 91 Jagdabgabe	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3
1399 - 093 11 Spielbankabgabe	29,9	33,5	33,5	33,5	33,5
1399 - 093 14 Zusatzleistungen zur Spielbankabgabe	14,9	16,9	16,9	16,9	16,9
1552 - 099 95 Abwasserabgabe	30,1	30,1	30,1	30,1	30,1
1556 - 099 10 Wasserentnahmegebühr	115,0	116,0	117,0	118,0	118,0
3. Entnahme aus der Konjunkturbereinigungs- rücklage (Kap. 13 02 Tit. 359 13)	549,0	-	-	-	-
4. Bundesergänzungszuw. -BEZ- (Kap. 13 10 Tit. 211 11 und Tit. 211 13)	671,0	613,0	639,0	662,0	689,0
5. Kfz-Steuer-Kompensation (Kap. 13 10 Tit. 211 12)	896,0	896,0	896,0	896,0	896,0
6. Förderabgabe (Kap. 13 02 Tit. 122 12)	40,0	30,0	30,0	30,0	30,0
7. Bundesmittel (ohne BEZ und Kfz-St.-Komp.)	4.261,0	4.425,9	4.587,7	4.732,4	4.891,5
davon insbesondere:					
Gemeinschaftsaufgaben (GA - Artikel 91 a GG)					
- Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	32,9	32,9	32,9	32,9	32,9
- Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes	173,0	174,8	167,9	159,4	158,1
0302 - 231 01 Erstattung für die Erhaltung von Gräbern auf Grund des Gräbergesetzes vom Bund	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
0302 - 231 12 Erstattung Bund SED-Unrechts- bereinigung	3,3	3,6	3,7	3,8	3,9
0302 - 231 61 Erstattung von Wahlkosten	9,4	2,3	0,0	9,4	14,9
0311 - 231 01 Erstattung von Bergungskosten vom Bund	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
0320 - 231 71 Erstattungen vom Bund für Digitalfunk	7,8	9,2	7,8	7,8	7,8
0328 - 231 10 Landesaufnahmebehörde Niedersachsen	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
0410 - 231 11 Zuführung von Baunebenkosten durch den Bund und Dritte des Bundes	148,1	162,7	163,1	163,1	163,1
0510 - 231 11 Zuweisungen des Bundes gemäß Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	101,6	95,9	95,9	95,9	95,9
0530 - 231 11 Erstattungsleistungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung gem. § 46 a SGB XII	1.238,2	1.408,9	1.521,6	1.643,4	1.774,8
0530 - 231 14 Erstattungsleistungen des Bundes nach § 136a SGB XII	2,5	2,7	2,7	2,7	2,8
0532 - 231 11 Erstattungen des Bundes für Aufwen- dungen im Sozialen Entschädigungsrecht	64,3	67,3	67,2	67,2	67,2
0536 - 231 66 Erstattung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung gemäß § 46 Abs. 5 SGB II	1.136,8	1.189,5	1.194,3	1.199,2	1.199,2
0540 - 231 63 Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion	1,5	0,6	1,2	1,2	1,2
0572 - 231 66 Zuweisungen vom Bund zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
0574 - 231 72 Erstattungen des Bundes gem. Unterhaltsvorschussgesetz	141,0	135,0	140,0	140,0	140,0
0603 - 231 75 Zuweisungen des Bundes für die 331 75 Einrichtungen der Wissenschafts- gemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL - vormals "Blaue Liste") - Betrieb	22,3	22,5	26,7	26,8	27,0

Tabelle 5.2

Struktur der Einnahmen

Art der Einnahmen (in Mio. Euro)		NHP 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0604 - 331 70	Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen der Hochschulen (ohne Medizin)	25,5	18,4	5,3	-	-
0605 - 231 01	Zuweisungen des Bundes für Schüler-BAföG (Zuschüsse)	65,0	56,0	56,0	56,0	56,0
0605 - 231 02	Zuweisungen des Bundes für Studierenden-BAföG (Zuschüsse und Darlehen)	340,0	281,0	281,0	281,0	281,0
0608 - 231 91	Nationales Hochleistungsrechnen an Hochschulen, Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gem. Art. 91b Abs. 1 GG	3,7	3,7	3,8	3,8	3,8
0608 - 231 97	Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Zukunftsvertrages Studium und Lehre	146,4	150,6	155,2	155,2	155,2
0651 - 231 01	Zuweisungen des Bundes an die Stiftung 331 01 Technische Informationsbibliothek	12,2	12,2	12,1	12,1	12,0
0820 - 231 10	Erstattungen und Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Auftragsverwaltung	19,0	22,0	22,0	22,0	22,0
0820 - 231 13	Erstattung von Personalkosten für Betriebspersonal auf Bundesfernstraßen durch den Bund	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
0820 - 231 14	Zuweisungen des Bundes gem. § 11 BFStrMG	-	1,0	1,0	1,0	1,0
0830 - 331 61	Zuweisungen vom Bund zu Bau und Betrieb des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
0840 - 231 62	Erstattung des Bundesanteils an den Aufwendungen für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohnqeldgesetz	243,9	210,3	226,3	209,4	226,3
0841 - 331 12	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Sozialer Wohnungsbau)	191,4	248,2	292,8	322,3	315,7
0842 - 331 63	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Städtebauförderungsprogramm)	48,7	38,0	30,5	40,5	53,3
0842 - 331 77	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten)	4,1	1,6	-	-	-
1105 - 231 10	Justizvollzug - Erstattungen und Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
1321 - 23161	Erstattung Bewirtschaftungskosten Bund in Behördenhäusern und -zentren		1,1	1,1	1,1	1,1
1350 - 231 61	Erstattung anteiliger Versorgungsbezüge vom Bund	10,0	6,0	6,0	6,0	6,0
1501 - 231 64	Zuweisungen vom Bund - Erstattung von Zweckausgaben im Rahmen der Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
1502 - 231 01	Zuweisung des Bundes für Sanierungsmaßnahmen am Dethlinger Teich	6,8	6,8	8,6	8,6	8,6
2011 - 331 65	Zuweisungen für Investitionen vom Bund - Hochbaumaßnahmen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0

Tabelle 5.2

Struktur der Einnahmen

Art der Einnahmen (in Mio. Euro)	NHP 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
8. Sonstige Einnahmen	2.208,9	2.429,1	2.347,7	2.346,0	2.565,8
(ohne Nr. 1 - 7, Kreditmarktmittel, Entnahmen Allgem. Rücklage und Haushaltstechnische Verrechnungen), davon insbesondere:					
OGr. 11 - Verwaltungseinnahmen	876,3	925,7	931,5	939,6	946,8
davon: Epl. 03	76,5	77,5	77,6	77,5	77,6
Epl. 04	100,7	114,4	115,2	119,7	122,2
Epl. 05	20,9	22,6	22,7	22,6	22,6
Epl. 06	23,2	23,2	23,2	23,1	23,1
Epl. 07	17,2	17,2	17,2	17,2	17,2
Epl. 08	16,4	16,9	16,4	16,3	16,3
Epl. 09	16,3	16,2	13,2	13,2	13,2
Epl. 11	513,8	538,1	547,6	547,6	552,3
Epl. 13	35,0	42,4	41,4	45,4	45,4
Epl. 15	55,1	55,7	55,5	55,5	55,5
Epl. 01, 02, 12, 14, 16, 17, 19 und 20	1,2	1,6	1,6	1,6	1,6
OGr. 12 - Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen und Förderabgabe)	285,7	293,3	287,8	287,8	285,2
davon: Gewinne aus Unternehmen u. Beteilig. (Gr.121)	213,5	232,2	230,3	234,6	237,0
Glücksspielabg. § 13 NGLüSpG (13 02-122 11)	147,3	147,3	147,3	147,3	147,3
Mieten und Pachten (Gr. 124)	6,7	11,9	6,4	6,4	3,9
OGr. 13 - Vermögensveräußerungen, Kapitalrückzahlungen	2,1	2,6	2,1	2,1	2,1
OGr. 14 - Einn. Inanspruchnahme von Gewährleistungen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
OGr. 15 u.16 - Zinseinnahmen	71,4	150,4	150,4	150,4	150,4
OGr. 17 u. 18 - Darlehnsrückflüsse aus öffentl. und sonstigen Bereichen	19,6	1,4	1,3	1,3	1,3
Grp. 213 - Allgem. Finanzzuweisungen von Gemeinden	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
davon:					
1312 - 213 11 Entschuldungsumlage der Kommunen	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
1312 - 213 81 Finanzausgleichsumlage	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
OGr. 23 - sonstige Zuweisungen aus dem öffentl. Bereich	4.034,0	4.175,3	4.330,2	4.440,6	4.634,3
davon: vom Bund (Gr. 231)	3.790,9	3.919,2	4.062,2	4.181,7	4.335,3
von Ländern (Grp. 232)	155,5	175,4	176,0	174,9	175,2
von Gemeinden (Gr. 233)	65,6	72,0	71,3	71,3	71,3
von Sondervermögen (Gr. 234)	20,1	6,8	18,8	10,9	50,7
OGr. 26 - Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben	50,8	50,4	52,4	52,4	52,6
davon:					
0308 - 26163 Erstattungen von Kostenträgern des Rettungsdienstes	0,0	0,0	1,8	1,8	1,8
0405 - 261 01 Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Kirchensteuer		2,0	2,0	2,0	2,0
0406 - 261 01 Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Kirchensteuer	42,5	40,5	40,5	40,5	40,5
0420 - 261 10 NLBV - Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich	5,0	5,6	5,8	5,8	6,0
0420 - 261 11 NLBV - Einnahmen von Verwaltungskosten von Drittkunden	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
OGr. 27 - Zuschüsse von der EU	1,9	2,5	2,9	2,7	2,5

Struktur der Einnahmen

Art der Einnahmen (in Mio. Euro)	NHP 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
OGr. 28 - Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	224,3	230,8	230,5	230,2	230,1
davon: Erstattungen von anteiligen Versorgungsbezügen (Kap. 13 50)	176,7	178,8	178,6	178,2	177,9
0314 - 282 10 SiN - Erstattung von Lehrgangskosten (Ausb.)	2,9	3,4	3,4	3,4	3,4
0314 - 282 11 SiN - Erstattungen von Seminarkosten (Fortb.)	4,0	4,4	4,4	4,4	4,4
0601 - 281 17 Erst. der Landesbetriebe für Beihilfeleistungen	7,7	8,0	8,0	8,0	8,0
0601 - 281 18 Erst. der Stiftungen für Beihilfeleistungen	6,0	6,8	6,8	6,8	6,8
0679 - 281 12 Erst. durch die Klosterkammer Hannover	7,1	7,5	7,6	7,8	7,9
1399 - 281 63 Erst. von Ausgaben f. die gesetzl. Unfallversicherung des Landes Niedersachsen durch Landesbetriebe	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7
OGr. 32 - Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	2.093,4	2.190,6	1.822,0	1.593,7	1.390,5
OGr. 33 - Zuweisungen f. Investitionen aus dem öff. Bereich	543,0	646,8	593,0	618,6	626,0
davon: vom Bund (Gr. 331)	470,0	506,7	525,5	550,6	556,2
von Gemeinden und Gemeindeverb. (Gr. 333)	63,7	127,4	54,5	54,5	56,3
von Sondervermögen (Gr. 334)	8,7	12,1	12,3	12,8	13,0
OGr. 34 - Beiträge u. sonstige Zuschüsse f. Investitionen	250,9	250,9	250,9	250,9	250,9
davon:					
0609 - 342 76 Zuschüsse der "VolkswagenStiftung" zur zusätzlichen Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre	250,0	250,0	250,0	250,0	250,0
OGr. 35 - Entnahmen aus Rücklagen, Fonds u. Stöcken	51,0	65,0	42,4	41,8	35,2
(ohne Allgemeine Rücklage und Konjunkturbereinigungs-					
OGr. 37 - Globale Mehr- und Mindereinnahmen	-	-	-	-	180,0
9. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	172,8	1.801,2	381,2	388,1	384,0
10. Haushaltstechnische Verrechnung (OGr. 38)	203,3	205,7	205,8	205,1	205,2
Summe Ziff. 1 - 6	36.629,9	36.838,5	37.702,5	38.604,5	39.458,5
Gesamteinnahmen	45.569,3	47.891,1	47.046,9	47.869,8	48.895,4

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

**Entwicklung der Ausgaben und des Ausgaberahmens
(in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorjahr in %)**

Art der Ausgaben (in Mio. Euro)	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
1. Persönliche Verwaltungsausgaben (HGr. 4)	16.639,0 3,0 %	17.481,4 5,1 %	18.107,5 3,6 %	18.458,4 1,9 %	18.952,9 2,7 %
2. Sächliche Verwaltungsausgaben (OGr. 51 - 54)	2.317,4 6,8 %	2.439,8 5,3 %	2.369,2 -2,9 %	2.350,9 -0,8 %	2.344,7 -0,3 %
3. Schuldendienst (OGr. 56 - 59)	1.223,1 5,9 %	1.236,1 1,1 %	1.421,8 15,0 %	1.579,9 11,1	1.668,0 5,6 %
4. Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke mit Ausnahme für Investitionen (HGr. 6)	21.109,0 4,0 %	22.295,0 5,6 %	22.567,1 1,2 %	22.946,5 1,7 %	23.497,6 2,4 %
5. Bauausgaben (HGr.7)	456,9 82,9 %	529,0 15,8 %	400,1 -24,4 %	394,2 -1,5 %	386,0 -2,1 %
6. Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen (HGr. 8)	3.844,6 70,5 %	3.724,8 -3,1 %	2.212,3 -40,6 %	2.266,3 2,4 %	2.267,6 0,1 %
7. Besondere Finanzierungsvorgänge (HGr. 9)	-20,8 -115,4 %	184,8 -987,3 %	-31,2 -116,9 %	-126,5 305,3 %	-221,4 75,1 %
davon					
Zuführung an die Allgem. Rücklage (13 02-919 12)	-	-	-	-	-
Zuführung an die Konjunktur- bereinigungsrücklage (13 02-919 13)	-	-	-	-	-
Globale Minderausgaben (Grp. 972)	-224,3	-221,1	-319,2	-418,7	-518,7
haushaltstechnische Verrechnungen (OGr. 98)	203,3	205,7	205,8	205,1	205,2
Fehlbetragsabdeckung Vorjahr (Grp. 961)	-	-	-	-	-
8. Gesamtausgaben	45.569,3 7,1 %	47.891,1 5,1 %	47.046,9 -1,8 %	47.869,8 1,7 %	48.895,4 2,1 %
abzügl. Gesamteinnahmen s. Tab. 7.1 Nr. 10	45.569,3	47.891,1	47.046,9	47.869,8	48.895,4
Differenz	-	-	-	-	-

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

Einnahmen und Ausgaben nach Arten
- Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates -

Art der Einnahmen (in Mio. Euro)		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
1	Einnahmen der laufenden Rechnung (Ziff. 11 - 17)	41.685,2	42.726,8	43.748,2	44.768,2	45.820,3
11	Steuern und EU-Eigenmittel	34.279,0	35.098,0	35.935,0	36.813,0	37.640,0
1101	Lohnsteuer	9.193,0	9.536,0	9.851,0	10.159,0	10.358,0
1102	veranlagte Einkommensteuer	3.085,0	3.161,0	3.151,0	3.212,0	3.360,0
1103	nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, Körperschaftsteuer, Abgeltungssteuer, Mindeststeuer	3.616,0	3.492,0	3.452,0	3.342,0	3.274,0
1104	Umsatzsteuer	15.967,0	16.259,0	16.533,0	17.079,0	17.565,0
1105	Gewerbsteuerumlage	320,0	337,0	348,0	359,0	368,0
1106	Gewerbsteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel (abzüglich Gewerbesteuerumlage)	- 290,0				
1113	Biersteuer	22,0	22,0	22,0	22,0	21,0
1114	sonstige Landessteuern	2.366,0	2.501,0	2.578,0	2.640,0	2.694,0
1118	Grundsteuer	-	-	-	-	-
1119	Gewerbsteuer		- 210,0	-	-	-
12	Steuerähnliche Abgaben (ohne Münzeinnahmen)	194,9	201,5	202,5	203,5	203,5
13	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	325,7	323,3	317,8	317,8	315,2
14	Zinseinnahmen	71,4	150,4	150,4	150,4	150,4
141	vom öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
1411	von Ländern	-	-	-	-	-
1412	von Gemeinden / Gv.	-	-	-	-	-
1413	von Zweckverbänden	-	-	-	-	-
1414	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
142	von anderen Bereichen	71,4	150,4	150,4	150,4	150,4
15	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	5.974,9	6.074,0	6.264,5	6.397,5	6.622,6
151	vom öffentlichen Bereich	5.661,0	5.744,3	5.925,2	6.058,6	6.279,3
1511	vom Bund	5.357,9	5.428,2	5.597,2	5.739,7	5.920,3
1513	sonstige von Ländern	155,5	175,4	176,0	174,9	175,2
1514	von Gemeinden / Gv.	125,6	132,0	131,3	131,3	131,3
1515	von Zweckverbänden	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
1516	von Sozialversicherungsträgern	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8
1517	vom sonstigen öffentlichen Bereich	20,1	6,8	18,8	10,9	50,7
152	von anderen Bereichen	314,0	329,7	339,3	338,9	343,3
16	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben	50,8	6,8	18,8	10,9	50,7
161	Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich	50,8	50,4	52,4	52,4	52,6
1611	vom Bund	-	-	-	-	-
1612	von Ländern	-	-	-	-	-
1613	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
162	Schuldendiensthilfen und Erstattung von tungsausgaben von anderen Bereichen	50,8	50,4	52,4	52,4	52,6
17	Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung	788,5	829,3	825,6	833,6	836,0
171	Gebühren, sonstige Entgelte	575,1	597,0	595,3	599,0	599,1
172	sonstige Einnahmen	213,5	232,2	230,3	234,6	237,0
2	Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 26)	814,6	901,7	847,3	872,9	880,3
21	Veräußerung von Sachvermögen	2,1	2,6	2,1	2,1	2,1
22	Vermögensübertragungen	793,9	897,7	843,8	869,5	876,9
221	Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	543,0	646,8	593,0	618,6	626,0
2211	vom Bund	470,0	506,7	525,5	550,6	556,2
2212	von Ländern	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
2213	von Gemeinden / Gv.	63,7	127,4	54,5	54,5	56,3
2214	von Sozialversicherungsträgern	-	-	-	-	-
2215	vom sonstigen öffentlichen Bereich	8,7	12,1	12,3	12,8	13,0

Einnahmen und Ausgaben nach Arten
- Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates -

Art der Einnahmen (in Mio. Euro)		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
222	Zuschüsse für Investitionen von anderen	250,9	250,9	250,9	250,9	250,9
223	sonstige Vermögensübertragungen	-	-	-	-	-
2231	vom Bund	-	-	-	-	-
2232	von Ländern	-	-	-	-	-
2233	von Gemeinden / Gv.	-	-	-	-	-
2234	von anderen Bereichen	-	-	-	-	-
23	Darlehensrückflüsse	17,6	0,4	0,3	0,3	0,3
231	vom öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
2311	von Ländern	-	-	-	-	-
2312	von Gemeinden / Gv.	-	-	-	-	-
2313	von Zweckverbänden	-	-	-	-	-
2314	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
232	von anderen Bereichen	17,6	0,4	0,3	0,3	0,3
2321	von Sonstigen im Inland	17,6	0,4	0,3	0,3	0,3
2322	vom Ausland	-	-	-	-	-
24	Veräußerung von Beteiligungen u. dgl.	-	-	-	-	-
25	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
251	vom Bund	-	-	-	-	-
252	von Ländern	-	-	-	-	-
253	von Gemeinden / Gv.	-	-	-	-	-
254	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
26	Gewährleistungsrückflüsse	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
3	Globale Mehr-/Mindereinnahmen - soweit nicht aufgeteilt -	-	-	-	-	180,0
4	Bereinigte Einnahmen (Einnahmen ohne besondere Finanzierungs- vorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	42.499,8	43.628,5	44.595,5	45.641,0	46.880,6
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2.093,4	2.190,6	1.822,0	1.593,7	1.390,5
51	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2.093,4	2.190,6	1.822,0	1.593,7	1.390,5
52	Entnahme aus Rücklagen	772,8	1.866,2	423,6	429,9	419,2
53	Überschüsse aus Vorjahren	-	-	-	-	-
6	Zusetzungen	203,3	205,7	205,8	205,1	205,2
64	Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.)	203,3	205,7	205,8	205,1	205,2
7	Abschlusssummen der Haushalte (Ziff. 4 + 5 + 6)	45.569,3	47.891,1	47.046,9	47.869,8	48.895,4

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

Einnahmen und Ausgaben nach Arten
- Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates -

Art der Ausgaben (in Mio. Euro)		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
1	Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11 - 15)	41.275,0	43.440,4	44.453,7	45.323,7	46.451,2
11	Personalausgaben	16.639,0	17.481,4	18.107,5	18.458,4	18.952,9
12	Laufender Sachaufwand	2.881,7	3.257,8	3.191,1	3.184,7	3.180,2
121	sächliche Verwaltungsausgaben	2.317,4	2.439,8	2.369,2	2.350,9	2.344,7
123	Erstattungen an andere Bereiche	348,1	359,7	356,2	357,5	359,2
124	sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	216,2	458,3	465,7	476,3	476,3
13	Zinsausgaben	1.223,1	1.236,1	1.421,8	1.579,9	1.668,0
131	an öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
1311	an Bund	-	-	-	-	-
1312	an Sondervermögen	-	-	-	-	-
1313	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
132	an andere Bereiche	1.223,1	1.236,1	1.421,8	1.579,9	1.668,0
1322	für Kreditmarktmittel	1.223,1	1.236,1	1.421,8	1.579,9	1.668,0
1323	an Sozialversicherungsträger	-	-	-	-	-
14	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	20.430,3	21.367,2	21.636,9	22.004,4	22.553,7
141	an öffentlichen Bereich	13.679,7	14.586,1	14.766,3	15.129,1	15.570,3
1411	an Bund	55,7	49,5	48,4	47,8	46,9
1413	sonstige an Länder	98,0	109,9	100,5	99,5	97,7
1414	allg. Finanzzuweisungen an Gemeinden / Gv.	5.607,6	5.843,9	5.986,1	6.123,3	6.254,0
1415	sonstige an Gemeinden / Gv.	7.874,5	8.536,9	8.585,7	8.812,9	9.126,0
1416	an Sondervermögen	5,6	5,3	5,2	5,1	5,1
1417	an Zweckverbände	21,6	23,7	23,7	23,8	23,8
1418	an Sozialversicherungsträger	16,6	16,8	16,8	16,8	16,8
142	an andere Bereiche	6.750,7	6.781,1	6.870,6	6.875,3	6.983,4
1422	sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	3.963,4	4.071,7	4.125,7	4.163,0	4.243,5
1423	Renten, Unterstützungen u. ä.	1.013,5	894,5	911,7	893,0	911,9
1424	an soziale und ähnliche Einrichtungen	1.770,2	1.811,5	1.830,0	1.816,0	1.824,8
1425	an Ausland	3,5	3,4	3,3	3,2	3,2
15	Schuldendiensthilfen	100,8	97,8	96,3	96,3	96,3
151	an öffentlichen Bereich	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0
1511	an Länder	-	-	-	-	-
1512	an Gemeinden / Gv.	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0
1513	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
152	an andere Bereiche	30,8	27,8	26,3	26,3	26,3
1521	an Unternehmen und öffentliche	18,2	18,2	18,2	18,2	18,2
1522	an Sonstige im Inland	12,6	9,6	8,1	8,1	8,1
1523	an Ausland	-	-	-	-	-
2	Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 26)	4.315,1	4.265,8	2.624,4	2.672,5	2.665,6
21	Sachinvestitionen	647,3	759,6	584,0	569,9	559,8
211	Baumaßnahmen	456,9	529,0	400,1	394,2	386,0
212	Erwerb von unbeweglichen Sachen	10,5	10,8	9,1	9,5	9,5
213	Erwerb von beweglichen Sachen	179,9	219,8	174,8	166,2	164,2
22	Vermögensübertragungen	3.406,7	3.373,4	1.970,2	2.032,5	2.035,7
221	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	1.875,6	2.448,1	1.163,4	1.199,6	1.216,6
2211	an Länder	2,1	3,9	2,6	2,6	1,5
2212	an Gemeinden / Gv.	766,1	540,1	307,2	314,0	338,7
2213	an Zweckverbände	-	-	-	-	-
2214	an sonstigen öffentlichen Bereich	1.107,4	1.904,2	853,6	883,0	876,4
222	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	1.517,5	913,3	794,9	820,8	807,0

Einnahmen und Ausgaben nach Arten
- Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates -

Art der Ausgaben (in Mio. Euro)		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
223	sonstige Vermögensübertragungen	13,6	12,0	12,0	12,0	12,0
23	Darlehen	-	-	-	-	-
231	an öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
2311	an Länder	-	-	-	-	-
2312	an Gemeinden (GV)	-	-	-	-	-
2313	an Zweckverbände	-	-	-	-	-
2314	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
232	an andere Bereiche	-	-	-	-	-
2321	an Sonstige im Inland	-	-	-	-	-
2322	an Ausland	-	-	-	-	-
24	Erwerb von Beteiligungen u. ä.	191,1	0,1	0,1	0,1	0,1
25	Schuldentilgung an öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
251	an Bund	-	-	-	-	-
252	an Sondervermögen	-	-	-	-	-
253	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
26	Gewährleistungen	70,0	132,6	70,0	70,0	70,0
3	Globale Mehr-/Minderausgaben - soweit nicht aufgeteilt -	-224,3	-21,1	-237,2	-331,7	-426,7
4	Bereinigte Ausgaben (Ausgaben ohne besondere Finanzierungs- vorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	45.365,8	47.685,2	46.840,9	47.664,5	48.690,1
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
51	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	-	-	-	-	-
511	für Kreditmarktmittel	-	-	-	-	-
513	an Sozialversicherungsträger	-	-	-	-	-
514	an Sonstige	-	-	-	-	-
52	Zuführungen an Rücklagen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
53	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	-	-	-	-	-
6	Zu- und Absetzungen	203,3	205,7	205,8	205,1	205,2
64	Bruttostellungen (Verrechnungen u. ä.)	203,3	205,7	205,8	205,1	205,2
7	Abschlusssummen der Haushalte (Ziff. 4 + 5 + 6)	45.569,3	47.891,1	47.046,9	47.869,8	48.895,4

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

Einnahmen und Ausgaben nach Einzelplänen (in Mio. EUR)

Epl.	NHPE 2025				HPE 2026				Planung 2027				Planung 2028				Planung 2029			
	Einnahmen		Ausgaben		Einnahmen		Ausgaben		Einnahmen		Ausgaben		Einnahmen		Ausgaben		Einnahmen		Ausgaben	
01 Landtag	0,2		88,7		0,2		90,7		0,2		100,9		0,2		107,5		0,2		110,3	
02 Staatskanzlei	1,1		45,7		3,5		102,1		3,6		101,7		3,6		96,5		3,6		97,1	
03 Inneres, Sport u. Digitalisierung	144,4		3.767,8		150,5		3.455,4		142,6		3.216,6		152,0		3.234,7		157,7		3.248,8	
04 Finanzen	377,2		1.267,8		421,1		1.327,8		423,0		1.333,4		426,4		1.347,0		429,3		1.361,7	
05 Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung	2.803,3		7.425,8		3.084,3		8.570,2		3.134,0		8.300,9		3.260,6		8.620,1		3.393,9		8.955,1	
06 Wissenschaft und Kultur	953,9		4.438,2		885,5		4.483,1		881,1		4.423,5		875,5		4.449,8		873,1		4.449,2	
07 Kultus	20,2		8.965,4		20,1		9.582,0		20,1		9.710,4		20,1		9.788,2		20,1		9.938,9	
08 Wirtschaft, Verkehr und Bauen	616,6		2.939,0		619,4		2.139,9		683,4		2.033,4		698,3		2.056,0		761,2		2.110,4	
09 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	136,1		556,0		138,8		585,3		128,9		558,4		120,3		545,5		118,9		537,4	
11 Justiz	521,3		1.668,3		546,6		1.749,5		556,1		1.765,1		556,1		1.786,0		560,8		1.793,8	
12 Staatsgerichtshof	0,0		0,2		0,0		0,2		0,0		0,2		0,0		0,2		0,0		0,2	
13 Allgem. Finanzverwaltung	39.608,1		13.110,8		41.616,1		14.066,1		40.688,5		14.241,3		41.371,4		14.583,5		42.197,8		15.039,6	
14 Landesrechnungshof	0,0		18,8		0,0		19,6		0,0		19,9		0,0		20,3		0,0		20,7	
15 Umwelt, Energie und Klimaschutz	382,0		843,9		401,6		1.154,0		381,9		709,4		382,0		711,2		375,5		705,9	
16 Staatskanzlei; ehemals Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung	2,0		55,6																	
17 Landesbeauftragte für Datenschutz	0,4		5,9		0,4		6,3		0,4		6,4		0,4		6,4		0,4		6,5	
19 Digitalisierung und Informations- und Kommunikationstechnologie					0,0		205,0		0,0		206,8		0,0		197,0		0,0		198,2	
20 Hochbauten	2,5		371,5		3,0		353,8		3,0		318,8		3,0		319,8		3,0		321,8	
Insgesamt	45.569,3		45.569,3		47.891,1		47.891,1		47.046,9		47.046,9		47.869,8		47.869,8		48.895,4		48.895,4	

Tabelle 5.5

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: gesamt</u>	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	16.639.019	2.477.304	17.481.444	2.549.734	18.107.537	2.606.147	18.458.402	2.664.485	18.952.933	2.730.601
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	10.257.981	2.477.304	10.674.706	2.549.734	10.951.361	2.606.147	11.189.683	2.664.485	11.382.229	2.730.601
-Personalkostenbudget (PKB)	9.754.313	-	10.135.908	-	10.398.797	-	10.630.219	-	10.816.709	-
-Sonstige Personalausgaben	333.011	2.477.304	332.828	2.549.734	332.732	2.606.147	329.501	2.664.485	327.671	2.730.601
-Titelgruppen	170.657	-	205.970	-	219.832	-	229.963	-	237.849	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	51.829	-	53.535	-	61.063	-	64.382	-	66.231	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	4.709.880	-	4.846.661	-	4.932.107	-	5.004.824	-	5.063.612	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	1.385.501	-	1.430.207	-	1.497.598	-	1.565.315	-	1.633.157	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	33.828	-	34.035	-	33.808	-	33.698	-	33.704	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾	200.000	-	442.300	-	631.600	-	600.500	-	774.000	-
Summe Personalausgaben	19.116.323		20.031.178		20.713.684		21.122.887		21.683.534	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	140.285,19	-	142.721,22	-	142.641,48	-	143.323,43	-	143.440,61	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	140.285,19		142.721,22		142.641,48		143.323,43		143.440,61	
Stellen PKB-Bereich	125.234	-	127.091	-	127.240	-	127.413	-	127.508	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	13.604	4.912	13.143	4.938	13.113	4.942	13.083	4.942	12.833	4.942
Summe Stellen *)	143.750		145.172		145.295		145.438		145.283	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	9.754.313		10.135.908		10.398.797		10.630.219		10.816.709	
Beschäftigungsvolumen	140.285,19		142.721,22		142.641,48		143.323,43		143.440,61	
Stellen PKB-Bereich	125.234		127.091		127.240		127.413		127.508	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Epl.: 01 (LT)	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	63.599	-	65.890	-	73.803	-	77.464	-	79.659	-
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	16.087	-	16.619	-	16.991	-	17.319	-	17.651	-
-Personalkostenbudget (PKB)	15.475	-	16.012	-	16.384	-	16.712	-	17.044	-
-Sonstige Personalausgaben	612	-	607	-	607	-	607	-	607	-
-Titelgruppen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	47.217	-	48.908	-	56.434	-	59.751	-	61.598	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	291	-	359	-	374	-	390	-	406	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	4	-	4	-	4	-	4	-	4	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	63.599		65.890		73.803		77.464		79.659	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	199,89	-	202,89	-	202,56	-	201,89	-	201,89	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	199,89		202,89		202,56		201,89		201,89	
Stellen PKB-Bereich	103	-	106	-	106	-	105	-	105	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	2	-	2	-	2	-	2	-	2	-
Summe Stellen *)	105		108		108		107		107	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	15.475		16.012		16.384		16.712		17.044	
Beschäftigungsvolumen	199,89		202,89		202,56		201,89		201,89	
Stellen PKB-Bereich	103		106		106		105		105	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: 02 (StK)</u>	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	27.064	-	45.640	-	46.797	-	47.512	-	48.476	-
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	26.095	-	44.124	-	45.244	-	45.926	-	46.856	-
-Personalkostenbudget (PKB)	25.771	-	42.981	-	44.129	-	44.834	-	45.737	-
-Sonstige Personalausgaben	324	-	682	-	638	-	598	-	608	-
-Titelgruppen	-	-	461	-	477	-	494	-	511	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	1	-	2	-	2	-	2	-	2	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	677	-	1.085	-	1.115	-	1.142	-	1.170	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	291	-	429	-	436	-	442	-	448	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	27.064		45.640		46.797		47.512		48.476	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	344,27	-	532,80	-	532,80	-	531,80	-	531,80	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	344,27		532,80		532,80		531,80		531,80	
Stellen PKB-Bereich	211	-	349	-	349	-	348	-	348	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	8	-	8	-	8	-	8	-	8	-
Summe Stellen *)	219		357		357		356		356	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	25.771		42.981		44.129		44.834		45.737	
Beschäftigungsvolumen	344,27		532,80		532,80		531,80		531,80	
Stellen PKB-Bereich	211		349		349		348		348	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Epl.: 03 (MI)	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	1.682.311	144.591	1.718.828	32.477	1.757.275	32.477	1.793.684	32.477	1.818.083	32.477
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	1.612.329	144.591	1.642.375	32.477	1.678.318	32.477	1.711.997	32.477	1.733.437	32.477
-Personalkostenbudget (PKB)	1.543.384	-	1.581.141	-	1.621.026	-	1.659.841	-	1.684.755	-
-Sonstige Personalausgaben	65.055	144.591	58.036	32.477	53.808	32.477	48.743	32.477	45.093	32.477
-Titelgruppen	3.890	-	3.198	-	3.484	-	3.413	-	3.589	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	141	-	111	-	111	-	111	-	111	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	62.180	-	69.139	-	71.877	-	74.723	-	77.682	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	7.661	-	7.203	-	6.969	-	6.853	-	6.853	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	1.826.902		1.751.305		1.789.752		1.826.161		1.850.560	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	26.116,92	-	26.347,99	-	26.321,35	-	26.320,35	-	26.320,35	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	26.116,92		26.347,99		26.321,35		26.320,35		26.320,35	
Stellen PKB-Bereich	21.687	-	21.797	-	21.791	-	21.790	-	21.790	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	3.814	322	3.230	66	3.230	66	3.230	66	2.980	66
Summe Stellen *)	25.823		25.093		25.087		25.086		24.836	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	1.543.384		1.581.141		1.621.026		1.659.841		1.684.755	
Beschäftigungsvolumen	26.116,92		26.347,99		26.321,35		26.320,35		26.320,35	
Stellen PKB-Bereich	21.687		21.797		21.791		21.790		21.790	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Epl.: 04 (MF)	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	855.657	-	893.004	-	912.182	-	928.305	-	943.213	-
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	825.253	-	859.270	-	877.211	-	892.046	-	905.616	-
-Personalkostenbudget (PKB)	798.106	-	830.215	-	846.305	-	861.072	-	874.536	-
-Sonstige Personalausgaben	25.887	-	27.435	-	29.246	-	29.314	-	29.420	-
-Titelgruppen	1.260	-	1.620	-	1.660	-	1.660	-	1.660	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	28.663	-	31.380	-	32.617	-	33.905	-	35.243	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	1.741	-	2.354	-	2.354	-	2.354	-	2.354	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	855.657		893.004		912.182		928.305		943.213	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	13.331,36	-	13.517,59	-	13.526,09	-	13.551,09	-	13.568,59	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	13.331,36		13.517,59		13.526,09		13.551,09		13.568,59	
Stellen PKB-Bereich	10.820	-	10.837	-	10.861	-	10.887	-	10.887	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	1.493	-	1.553	-	1.523	-	1.493	-	1.493	-
Summe Stellen *)	12.313		12.390		12.384		12.380		12.380	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	798.106		830.215		846.305		861.072		874.536	
Beschäftigungsvolumen	13.331,36		13.517,59		13.526,09		13.551,09		13.568,59	
Stellen PKB-Bereich	10.820		10.837		10.861		10.887		10.887	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Epl.: 05 (MS)	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	143.272	102.992	146.594	109.539	148.312	109.539	150.417	109.539	150.708	109.539
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	140.019	102.992	143.474	109.539	145.090	109.539	147.092	109.539	147.266	109.539
- Personalkostenbudget (PKB)	136.074	-	139.346	-	141.180	-	143.387	-	143.548	-
- Sonstige Personalausgaben	2.441	102.992	2.486	109.539	2.524	109.539	2.574	109.539	2.587	109.539
- Titelgruppen	1.504	-	1.642	-	1.386	-	1.131	-	1.131	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	207	-	252	-	254	-	256	-	258	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	3.020	-	2.834	-	2.934	-	3.035	-	3.150	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	26	-	34	-	34	-	34	-	34	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	246.264		256.133		257.851		259.956		260.247	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	1.886,49	-	1.888,74	-	1.872,62	-	1.867,24	-	1.847,74	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	1.886,49		1.888,74		1.872,62		1.867,24		1.847,74	
Stellen PKB-Bereich	1.029	-	1.035	-	1.031	-	1.026	-	1.024	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	-	261	-	261	-	261	-	261	-	261
Summe Stellen *)	1.290		1.296		1.292		1.287		1.285	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	136.074		139.346		141.180		143.387		143.548	
Beschäftigungsvolumen	1.886,49		1.888,74		1.872,62		1.867,24		1.847,74	
Stellen PKB-Bereich	1.029		1.035		1.031		1.026		1.024	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: 06 (MWK)</u>	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	80.167	2.094.394	82.314	2.150.362	84.187	2.150.382	85.748	2.150.634	87.062	2.156.934
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	71.254	2.094.394	72.868	2.150.362	74.368	2.150.382	75.542	2.150.634	76.453	2.156.934
-Personalkostenbudget (PKB)	55.695	-	57.103	-	58.307	-	59.491	-	60.306	-
-Sonstige Personalausgaben	10.945	2.094.394	11.340	2.150.362	11.530	2.150.382	11.731	2.150.634	11.933	2.156.934
-Titelgruppen	4.614	-	4.425	-	4.531	-	4.320	-	4.214	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	52	-	52	-	52	-	52	-	52	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	42	-	42	-	42	-	42	-	42	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	8.795	-	9.328	-	9.701	-	10.088	-	10.491	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	24	-	24	-	24	-	24	-	24	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	2.174.561		2.232.676		2.234.569		2.236.382		2.243.996	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	744,27	-	742,77	-	740,27	-	739,27	-	739,27	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	744,27		742,77		740,27		739,27		739,27	
Stellen PKB-Bereich	335	-	338	-	335	-	334	-	334	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	65	3.917	65	3.946	65	3.950	65	3.950	65	3.950
Summe Stellen *)	4.317		4.349		4.350		4.349		4.349	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	55.695		57.103		58.307		59.491		60.306	
Beschäftigungsvolumen	744,27		742,77		740,27		739,27		739,27	
Stellen PKB-Bereich	335		338		335		334		334	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Epl.: 07 (MK)	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	6.327.943	-	6.667.124	-	6.865.873	-	7.034.325	-	7.181.552	-
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	6.064.146	-	6.364.249	-	6.551.002	-	6.706.978	-	6.841.229	-
-Personalkostenbudget (PKB)	5.791.845	-	6.056.865	-	6.229.741	-	6.374.270	-	6.500.462	-
-Sonstige Personalausgaben	125.898	-	127.245	-	127.692	-	128.145	-	128.552	-
-Titelgruppen	146.403	-	180.139	-	193.569	-	204.563	-	212.215	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	90	-	90	-	90	-	90	-	90	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	263.316	-	302.394	-	314.390	-	326.866	-	339.842	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	391	-	391	-	391	-	391	-	391	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	6.327.943		6.667.124		6.865.873		7.034.325		7.181.552	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	77.187,69	-	79.012,42	-	79.500,34	-	79.693,77	-	79.877,45	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	77.187,69		79.012,42		79.500,34		79.693,77		79.877,45	
Stellen PKB-Bereich	74.909	-	76.463	-	76.626	-	76.794	-	76.947	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	5.464	-	5.463	-	5.463	-	5.463	-	5.463	-
Summe Stellen *)	80.373		81.926		82.089		82.257		82.410	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	5.791.845		6.056.865		6.229.741		6.374.270		6.500.462	
Beschäftigungsvolumen	77.187,69		79.012,42		79.500,34		79.693,77		79.877,45	
Stellen PKB-Bereich	74.909		76.463		76.626		76.794		76.947	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Epl.: 08 (MW)	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	230.651	23.121	235.940	23.885	240.433	23.885	243.682	23.885	244.672	23.885
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	226.638	23.121	231.763	23.885	236.127	23.885	239.245	23.885	240.099	23.885
-Personalkostenbudget (PKB)	193.105	-	197.864	-	202.223	-	205.337	-	206.187	-
-Sonstige Personalausgaben	32.640	23.121	32.444	23.885	32.449	23.885	32.453	23.885	32.457	23.885
-Titelgruppen	893	-	1.455	-	1.455	-	1.455	-	1.455	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	5	-	5	-	5	-	5	-	5	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	2.981	-	3.185	-	3.314	-	3.445	-	3.581	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	1.027	-	987	-	987	-	987	-	987	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	253.772		259.825		264.318		267.567		268.557	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	2.608,58	-	2.634,82	-	2.627,82	-	2.618,82	-	2.618,82	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	2.608,58		2.634,82		2.627,82		2.618,82		2.618,82	
Stellen PKB-Bereich	1.034	-	1.040	-	1.035	-	1.032	-	1.032	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	87	106	87	106	87	106	87	106	87	106
Summe Stellen *)	1.227		1.233		1.228		1.225		1.225	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	193.105		197.864		202.223		205.337		206.187	
Beschäftigungsvolumen	2.608,58		2.634,82		2.627,82		2.618,82		2.618,82	
Stellen PKB-Bereich	1.034		1.040		1.035		1.032		1.032	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Epl.: 09 (ML)	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	154.049	593	159.751	603	162.815	603	165.775	603	168.365	603
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	151.448	593	156.816	603	159.785	603	162.647	603	165.134	603
-Personalkostenbudget (PKB)	146.202	-	151.397	-	154.297	-	157.157	-	159.597	-
-Sonstige Personalausgaben	5.191	593	5.182	603	5.348	603	5.435	603	5.482	603
-Titelgruppen	55	-	237	-	140	-	55	-	55	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	1	-	1	-	1	-	1	-	1	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	2.418	-	2.752	-	2.847	-	2.945	-	3.048	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	182	-	182	-	182	-	182	-	182	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	154.642		160.354		163.418		166.378		168.968	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	1.987,61	-	2.021,99	-	2.021,99	-	2.019,99	-	2.019,99	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	1.987,61		2.021,99		2.021,99		2.019,99		2.019,99	
Stellen PKB-Bereich	1.012	-	1.021	-	1.021	-	1.020	-	1.020	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	120	-	104	-	104	-	104	-	104	-
Summe Stellen *)	1.132		1.125		1.125		1.124		1.124	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	146.202		151.397		154.297		157.157		159.597	
Beschäftigungsvolumen	1.987,61		2.021,99		2.021,99		2.019,99		2.019,99	
Stellen PKB-Bereich	1.012		1.021		1.021		1.020		1.020	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

Epl.: 11 (MJ)	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	1.027.370	750	1.056.665	765	1.079.716	780	1.102.738	796	1.119.802	800
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	964.695	750	990.281	765	1.011.714	780	1.033.163	796	1.048.595	800
-Personalkostenbudget (PKB)	913.109	-	937.600	-	957.506	-	977.948	-	992.353	-
-Sonstige Personalausgaben	51.586	750	52.681	765	54.208	780	55.215	796	56.242	800
-Titelgruppen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	3.984	-	3.984	-	3.984	-	3.984	-	3.984	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	36.384	-	40.026	-	41.644	-	43.217	-	44.849	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	22.307	-	22.374	-	22.374	-	22.374	-	22.374	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	1.028.120		1.057.430		1.080.496		1.103.534		1.120.602	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	14.092,92	-	14.186,80	-	13.665,23	-	14.148,80	-	14.084,30	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	14.092,92		14.186,80		13.665,23		14.148,80		14.084,30	
Stellen PKB-Bereich	12.680	-	12.787	-	12.769	-	12.761	-	12.705	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	2.521	-	2.601	-	2.601	-	2.601	-	2.601	-
Summe Stellen *)	15.201		15.388		15.370		15.362		15.306	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	913.109		937.600		957.506		977.948		992.353	
Beschäftigungsvolumen	14.092,92		14.186,80		13.665,23		14.148,80		14.084,30	
Stellen PKB-Bereich	12.680		12.787		12.769		12.761		12.705	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: 12 (StGH)</u>	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	153	-	153	-	153	-	153	-	153	-
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	69	-	69	-	69	-	69	-	69	-
-Personalkostenbudget (PKB)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-Sonstige Personalausgaben	69	-	69	-	69	-	69	-	69	-
-Titelgruppen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	84	-	84	-	84	-	84	-	84	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	153		153		153		153		153	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	
Stellen PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Stellen *)	0		0		0		0		0	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsvolumen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellen PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: 13 (Allg. Finanzverwaltung)</u>		NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
		HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben		5.899.287	10.009	6.272.163	27.782	6.595.928	84.160	6.686.280	142.230	6.966.659	202.042
davon:											
Bezüge (OGr. 42)		16.503	10.009	19.224	27.782	19.327	84.160	19.431	142.230	19.538	202.042
-Personalkostenbudget (PKB)		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-Sonstige Personalausgaben		11.500	10.009	14.001	27.782	14.001	84.160	14.001	142.230	14.001	202.042
-Titelgruppen		5.003	-	5.223	-	5.326	-	5.430	-	5.537	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)		4.709.838	-	4.846.619	-	4.932.065	-	5.004.782	-	5.063.570	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)		972.946	-	964.015	-	1.012.931	-	1.061.562	-	1.109.546	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)		-	-	5	-	5	-	5	-	5	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾		200.000		442.300		631.600		600.500		774.000	
Summe Personalausgaben		5.909.296		6.299.945		6.680.088		6.828.510		7.168.701	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)		0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	
Stellen PKB-Bereich		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellen nicht-PKB-Bereich		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Stellen *)		0		0		0		0		0	
Personalkostenbudgetierung											
Personalkostenbudget		-		-		-		-		-	
Beschäftigungsvolumen		-		-		-		-		-	
Stellen PKB-Bereich		-		-		-		-		-	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: 14 (LRH)</u>	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	17.124	-	18.047	-	18.338	-	18.749	-	19.097	-
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	16.505	-	17.340	-	17.603	-	17.986	-	18.304	-
-Personalkostenbudget (PKB)	16.505	-	17.340	-	17.603	-	17.986	-	18.304	-
-Sonstige Personalausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-Titelgruppen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	613	-	701	-	729	-	757	-	787	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	6	-	6	-	6	-	6	-	6	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	17.124		18.047		18.338		18.749		19.097	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	205,16	-	210,16	-	208,16	-	208,16	-	208,16	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	205,16		210,16		208,16		208,16		208,16	
Stellen PKB-Bereich	204	-	209	-	207	-	207	-	207	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Stellen *)	204		209		207		207		207	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	16.505		17.340		17.603		17.986		18.304	
Beschäftigungsvolumen	205,16		210,16		208,16		208,16		208,16	
Stellen PKB-Bereich	204		209		207		207		207	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: 15 (MU)</u>	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	107.891	100.854	113.931	102.587	116.185	102.587	118.051	102.587	119.831	102.587
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	105.052	100.854	110.991	102.587	113.137	102.587	114.894	102.587	116.558	102.587
-Personalkostenbudget (PKB)	97.915	-	102.883	-	104.803	-	106.836	-	108.456	-
-Sonstige Personalausgaben	620	100.854	620	102.587	612	102.587	616	102.587	620	102.587
-Titelgruppen	6.517	-	7.488	-	7.722	-	7.442	-	7.482	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	46	-	46	-	46	-	46	-	46	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	2.751	-	2.852	-	2.960	-	3.069	-	3.185	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	42	-	42	-	42	-	42	-	42	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	208.745		216.518		218.772		220.638		222.418	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	1.332,33	-	1.361,83	-	1.361,83	-	1.361,83	-	1.361,83	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	1.332,33		1.361,83		1.361,83		1.361,83		1.361,83	
Stellen PKB-Bereich	1.023	-	1.054	-	1.054	-	1.054	-	1.054	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	30	306	30	307	30	307	30	307	30	307
Summe Stellen *)	1.359		1.391		1.391		1.391		1.391	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	97.915		102.883		104.803		106.836		108.456	
Beschäftigungsvolumen	1.332,33		1.361,83		1.361,83		1.361,83		1.361,83	
Stellen PKB-Bereich	1.023		1.054		1.054		1.054		1.054	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: 16 (MB)</u>	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	17.470	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	16.979	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-Personalkostenbudget (PKB)	16.300	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-Sonstige Personalausgaben	243	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-Titelgruppen	436	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	364	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	126	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	17.470		0		0		0		0	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	188,53	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	188,53		0,00		0,00		0,00		0,00	
Stellen PKB-Bereich	133	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Stellen *)	133		0		0		0		0	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	16.300	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsvolumen	188,53	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellen PKB-Bereich	133	-	-	-	-	-	-	-	-	-

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: 17 (LfD)</u>	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	5.011	-	5.400	-	5.540	-	5.519	-	5.601	-
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	4.909	-	5.243	-	5.375	-	5.348	-	5.424	-
-Personalkostenbudget (PKB)	4.827	-	5.161	-	5.293	-	5.348	-	5.424	-
-Sonstige Personalausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-Titelgruppen	82	-	82	-	82	-	-	-	-	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	102	-	157	-	165	-	171	-	177	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾										
Summe Personalausgaben	5.011		5.400		5.540		5.519		5.601	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	59,17	-	60,42	-	60,42	-	60,42	-	60,42	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	59,17		60,42		60,42		60,42		60,42	
Stellen PKB-Bereich	54	-	55	-	55	-	55	-	55	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Stellen *)	54		55		55		55		55	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	4.827		5.161		5.293		5.348		5.424	
Beschäftigungsvolumen	59,17		60,42		60,42		60,42		60,42	
Stellen PKB-Bereich	54		55		55		55		55	

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Übersicht über Personalausgaben (in Tsd. EUR), Beschäftigungsvolumen (BV) und Stellen einschließlich der Landesbetriebe (LB)

<u>Epl.: 19 (IT)</u>	NHPE 2025		HPE 2026		Planung 2027		Planung 2028		Planung 2029	
	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB	HGr. 4	LB
Personalausgaben	-	-	-	101.734	-	101.734	-	101.734	-	101.734
davon:										
Bezüge (OGr. 42)	-	-	-	101.734	-	101.734	-	101.734	-	101.734
-Personalkostenbudget (PKB)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-Sonstige Personalausgaben	-	-	-	101.734	-	101.734	-	101.734	-	101.734
-Titelgruppen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgeordnete u. ehrenamtlich Tätige (OGr. 41)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versorgungsbezüge und dergleichen (OGr. 43)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen (OGr. 44)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige personalbezogene Ausgaben (OGr. 45)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Globale Mehr- und Minderausgaben (OGr. 46) ¹⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Personalausgaben	0		101.734		101.734		101.734		101.734	
Beschäftigungsvolumen (in VZE)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beschäftigungsvolumen (in VZE)	0,00		0,00		0,00		0,00		0,00	
Stellen PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellen nicht-PKB-Bereich	-	-	-	252	-	252	-	252	-	252
Summe Stellen *)	0		252		252		252		252	
Personalkostenbudgetierung										
Personalkostenbudget	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsvolumen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stellen PKB-Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

*) Anzahl der Stellen nach Stellenplänen, -übersichten und Bedarfsnachweisen

1) Mit Bezug auf die Personalausgaben insgesamt

Tabelle 5.6

Belastungen (VE) nach Einzelplänen
(bis 2024 lt. Haushaltsrechnung, 2025 lt. NHP 2025, 2026 lt. HPE 2026)

Durch Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen sind Rechtsverpflichtungen entstanden bzw. können entstehen in den Haushaltsjahren

Einzelplan	in Mio. Euro	2025	2026	2027	2028	2029	2030 ff.
Einzelplan 01	bis 2024	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	2,0
Landtag	2025		0,5	-	-	-	-
	2026			0,1	-	-	-
	Se:	0,3	0,7	0,3	0,1	0,1	2,0
Einzelplan 02	bis 2024	0,0	2,8	2,0	1,6	0,5	0,6
Staatskanzlei	2025		4,2	3,4	3,4	-	-
	2026			2,1	1,6	2,7	-
	Se:	0,0	7,0	7,5	6,5	3,2	0,6
Einzelplan 03	bis 2024	61,3	54,4	18,9	21,0	17,6	165,9
Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung	2025		34,9	19,2	13,4	13,9	142,3
	2026			29,4	6,6	1,0	7,0
	Se:	61,3	89,3	67,6	41,1	32,5	315,2
Einzelplan 04 Finanzministerium	bis 2024	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	11,9
	2025		2,6	-	-	-	-
	2026			-	-	-	-
	Se:	0,3	2,9	0,3	0,3	0,3	11,9
Einzelplan 05	bis 2024	491,1	362,7	86,0	23,9	1,4	7,3
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung	2025		33,7	29,7	18,7	12,3	78,0
	2026			32,0	19,1	8,2	1,4
	Se:	491,1	396,4	147,7	61,6	21,8	86,7
Einzelplan 06	bis 2024	219,8	186,1	161,2	118,4	110,9	432,5
Ministerium für Wissenschaft und Kultur	2025		163,0	159,7	281,1	96,1	98,4
	2026			3,6	3,6	3,1	1,4
	Se:	219,8	349,1	324,5	403,1	210,0	532,4
Einzelplan 07 Kultusministerium	bis 2024	149,4	6,9	6,8	6,8	6,8	65,5
	2025		194,2	69,4	0,6	-	-
	2026			24,7	14,8	14,7	-
	Se:	149,4	201,1	100,9	22,2	21,5	65,5
Einzelplan 08	bis 2024	484,7	343,5	173,1	42,2	45,7	2,9
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen	2025		311,2	205,7	148,9	103,7	43,2
	2026			247,4	239,2	156,7	167,6
	Se:	484,7	654,7	626,2	430,3	306,1	213,7
Einzelplan 09	bis 2024	85,5	41,7	31,5	14,5	7,1	13,7
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	2025		99,6	36,3	36,0	9,7	4,1
	2026			66,6	31,1	13,6	6,0
	Se:	85,5	141,3	134,3	81,7	30,4	23,8
Einzelplan 11 Justizministerium	bis 2024	37,0	33,4	27,4	23,9	21,8	200,5
	2025		13,8	2,2	1,4	2,6	-
	2026			5,9	2,6	2,4	3,4
	Se:	37,0	47,2	35,4	27,9	26,7	203,9

Belastungen (VE) nach Einzelplänen
(bis 2024 lt. Haushaltsrechnung, 2025 lt. NHP 2025, 2026 lt. HPE 2026)

Durch Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen sind Rechtsverpflichtungen entstanden bzw. können entstehen in den Haushaltsjahren

Einzelplan	in Mio. Euro	2025	2026	2027	2028	2029	2030 ff.
Einzelplan 12	bis 2024	-	-	-	-	-	-
Staatsgerichtshof	2025	-	-	-	-	-	-
	2026	-	-	-	-	-	-
	Se:	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzelplan 13	bis 2024	8,9	17,2	14,6	3,6	1,3	3,8
Allgemeine Finanzverwaltung	2025	-	8,3	-	-	-	-
	2026	-	-	1,8	1,8	1,8	-
	Se:	8,9	25,5	16,4	5,4	3,1	3,8
Einzelplan 14	bis 2024	-	-	-	-	-	-
Landesrechnungshof	2025	-	0,0	-	-	-	-
	2026	-	-	-	-	-	-
	Se:	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzelplan 15	bis 2024	133,4	68,1	49,8	20,8	12,5	22,8
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz	2025	-	88,2	82,6	57,0	42,8	13,7
	2026	-	-	59,2	55,2	34,3	9,1
	Se:	133,4	156,3	191,5	132,9	89,7	45,5
Einzelplan 16	bis 2024	4,3	-	-	-	-	-
Staatskanzlei; ehemals Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung	2025	-	-	-	-	-	-
	2026	-	-	-	-	-	-
	Se:	4,3	-	-	-	-	-
Einzelplan 17	bis 2024	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	1,2
Landesbeauftragte für den Datenschutz	2025	-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
	2026	-	-	-	-	-	-
	Se:	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	1,2
Einzelplan 19	bis 2024	-	-	-	-	-	-
Digitalisierung und Informations- und Kommunikationstechnik (luK)	2025	-	-	-	-	-	-
	2026	-	-	-	-	-	-
	Se:	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzelplan 20	bis 2024	44,8	45,8	24,8	30,0	51,0	133,5
Hochbauten	2025	-	35,0	40,0	-	-	-
	2026	-	-	-	47,0	10,5	17,5
	Se:	44,8	80,8	64,8	77,0	61,5	151,0
Gesamtsummen	bis 2024	1.716,9	1.163,3	596,8	307,4	277,4	1.064,1
	2025	-	989,2	648,2	560,6	281,2	379,8
	2026	-	-	472,8	422,5	248,9	213,4
	Se:	1.716,9	2.152,5	1.717,8	1.290,5	807,5	1.657,2

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

VE-Beträge des laufenden Haushaltsjahres können durch nachfolgende Haushalte hinsichtlich ihrer Belastungswirkung verändert werden.

Übersicht über die im Haushalt dargestellten Sondervermögen und Rücklagen

Einnahmen (E) und Ausgaben (A) in Mio. Euro Unterabteilung (Kapitel)	Anfangs- bestand 2025	Soll 2025		Soll 2026		Soll 2027		Soll 2028		Soll 2029	
		E	A	E	A	E	A	E	A	E	A
A. Sondervermögen zur Bewirtschaftung von zweckgebundenen Einnahmen											
Epl. 05 (M5)											
50 53 Krankenhausstrukturgesetz des Bundes (KHSG)	7,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 55 Förderung von Ausgleichszahlungen an KH'er nach KHG ab 2020	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 56 Förderung von Modernisierungsmaßnahmen im ÖGD	12,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Epl. 06 (MWK)											
50 63 Zahlungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	16,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Epl. 08 (MW)											
50 80 Finanzhilfen des Bundes Sonderprogramm "Stadt und Land"	19,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 83 Digitale Dividende II	30,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 84 Bundeshilfen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie	220,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 86 EFRE	166,3	143,1	155,5	118,6	118,6	120,9	133,6	120,9	131,1	120,9	135,9
50 87 ESF	41,1	46,6	38,7	38,7	39,5	39,5	39,5	39,5	39,5	39,5	74,5
50 88 EntflechtG	109,4	10,5	10,5	29,5	29,5	54,4	54,4	65,0	65,0	87,9	87,9
50 89 RegG	602,5	1.118,7	1.118,7	1.149,6	1.149,6	1.181,4	1.181,4	1.214,1	1.214,1	1.247,9	1.247,9
Epl. 09 (ML)											
50 90 ELER 2023-2027	-	107,1	107,1	111,5	111,5	113,7	113,7	113,7	113,7	113,7	113,7
50 91 EFF 2007-2013 Konvergenzgebiet	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 92 EFF 2007-2013 Nicht-Konvergenzgebiet	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 93 EMFF 2014-2020	0,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 94 EMFAF 2021-2027	-	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
50 95 ELER 2007-2013	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 96 ELER 2014-2020	16,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 97 ELER 2014-2020 Umschichtungsmittel	5,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 98 Aufbauinstrument der Europäischen Union	0,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 99 ELER 2023-2027 Umschichtungsmittel	4,9	67,5	67,5	67,0	67,0	74,4	74,4	74,4	74,4	74,4	74,4
Epl. 13 (Allg. Finanzverwaltung)											
51 31 - Strukturhilfen des Bundes nach dem InvKG	1,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Epl. 15 (MU)											
51 51 ELER 2007-2013	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
51 52 ELER 2014-2020	19,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
51 53 ELER 2014-2020 Umschichtungsmittel	2,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
51 54 LIFE	5,1	4,3	4,3	1,4	1,4	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
51 55 ELER 2023-2027	5,6	59,5	59,5	65,2	65,2	77,4	77,4	69,2	69,2	69,2	69,2
51 58 Aufbauinstrument der Europäischen Union	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	1.248,9	1.560,4	1.564,9	1.584,5	1.585,2	1.668,6	1.681,4	1.703,7	1.713,9	1.760,4	1.810,4

Tabelle 5.8

Übersicht über die im Haushalt dargestellten Sondervermögen und Rücklagen

Einnahmen (E) und Ausgaben (A) in Mio. Euro Unterabteilung (Kapitel)	Anfangs- bestand 2025	Soll 2025		Soll 2026		Soll 2027		Soll 2028		Soll 2029	
		E	A	E	A	E	A	E	A	E	A
B. Sondervermögen Wirtschaftsförderfonds											
Epl. 08 (MW)	483,9	291,4	301,8	167,0	100,8	55,8	60,8	55,8	55,8	55,8	55,8
50 81 Wirtschaftsförderfonds, Gewerblicher Bereich											
Epl. 15 (MU)	783,4	132,3	6,1	342,8	9,5	54,6	9,7	54,6	10,2	54,6	10,3
51 57 Wirtschaftsförderfonds, Ökologischer Bereich											
Zwischensumme	1.267,2	423,7	307,9	509,8	110,3	110,4	70,5	110,4	66,0	110,4	66,2
C. sonstige Sondervermögen											
Epl. 05 (MS)	174,9	84,0	84,0	87,6	87,6	87,6	87,6	87,6	87,6	87,6	87,6
50 51 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht											
50 52 Sondervermögen zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung in Niedersachsen	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
50 54 Sondervermögen zur Förderung von Krankenhäusern und des Aufbaus von regionalen Gesundheitszentren	360,2	316,1	-	905,0	-	305,0	-	305,0	-	305,0	-
Zwischensumme	535,1	400,1	84,0	992,6	87,6	392,6	87,6	392,6	87,6	392,6	87,6
Epl. 06 (MWK)	530,6	105,0	184,4	105,0	254,6	105,0	447,4	105,0	472,9	105,0	360,7
50 62 Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung ¹											
Zwischensumme	530,6	184,4	184,4	105,0	254,6	105,0	447,4	105,0	472,9	105,0	360,7
Epl. 08 (MW)	569,0	70,0	2,9	-	2,9	-	2,9	-	2,9	-	2,9
50 82 Sondervermögen Ausbau hochleistungsfähiger Datenübertragungsnetze und für Digitalisierungsmaßnahmen											
Zwischensumme	569,0	70,0	2,9	-	2,9	-	2,9	-	2,9	-	2,9
Epl. 13 (Allgemeine Finanzverwaltung)	232,5	23,3	20,3	23,1	29,2	22,9	11,5	22,9	13,6	22,8	11,9
51 32 Landesliegenschaftsfonds											
51 34 Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden ²	352,4	31,0									
51 35 Sondervermögen zur Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	988,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
61 31 Allgemeine Rücklage	4.039,2	-	172,8	-	1.801,2	-	381,2	-	388,1	-	384,0
61 32 Konjunkturbereinigungsrücklage	549,0	-	67,0	-	-	-	-	-	-	-	-
61 33 Unterabteilung Garantievergütungen der allgemeinen Rücklage	270,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	6.432,0	54,3	260,2	23,1	1.830,3	22,9	392,7	22,9	401,7	22,8	395,9

Tabelle 5.8

Übersicht über die im Haushalt dargestellten Sondervermögen und Rücklagen

Einnahmen (E) und Ausgaben (A) in Mio. Euro Unterabteilung (Kapitel)	Anfangs- bestand 2025	Soll 2025		Soll 2026		Soll 2027		Soll 2028		Soll 2029	
		E	A	E	A	E	A	E	A	E	A
Epl. 15 (MU)											
61 51 Rücklage für die Zwischenlagerung schwachradioaktiver Abfälle	1,0	0,2	-	0,2	-	0,2	-	0,2	-	0,2	-
61 52 Rücklage für Maßnahmen nach § 13 des Abwasserabgabenges.	53,6	-	13,0	-	21,8	-	8,0	-	7,9	-	2,9
61 53 Rücklage für Maßnahmen nach § 28 des Nds. Wassergesetzes	183,7	-	37,7	-	43,0	-	34,5	-	33,9	-	32,3
61 54 Rücklage für Kompensationsmaßnahmen im Nationalpark Wattenmeer	0,8	-	0,3	-	0,2	-	-	-	-	-	-
61 55 Rücklage für Maßnahmen des Naturschutzes aus Ersatzzahlungen	2,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischensumme	241,9	0,2	51,0	0,2	65,0	0,2	42,4	0,2	41,8	0,2	35,2
Epl. 20 (Hochbau)											
52 01 Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden ²				121,0	-	21,0	-	21,0	-	21,0	-
Zwischensumme				121,0	-	21,0	-	21,0	-	21,0	-
Gesamtsumme	10.824,7	2.508,7	2.455,3	3.336,1	3.936,0	2.320,8	2.724,9	2.355,7	2.786,7	2.412,4	2.758,8

Abweichungen durch Runden der Zahlen möglich.

¹ Anfangsbestand ohne gewährte Darlehen an die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen mbH gemäß § 6 Abs. 3 HSchulInvSVNachtG
² Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden ab dem Jahr 2026 zum Epl. 20 verschoben (Kap. 5201)

Tabelle 5.8

Projekte privater Vorfinanzierung öffentlicher Baumaßnahmen
(Leasing, Ratenkauf, Mietkauf sowie vergleichbare Modelle)

und

Projekte Öffentlich-Privater Partnerschaften (ÖPP-Projekte)
(Beträge in Tsd. EUR)

Maßnahme	Gesamtbetrag der einge- gangenen Ver- pflichtungen (Sp 3 - 9)	Finanzierungsverlauf							Laufzeit (Vertrags- ende/Jahr)	Kaufpreis bei Vertrags- ende (Option) 11
		Voraus- Voraus- gabt bis 2024	Voraus- Ist 2025	Veran- schlagt 2026	fällig 2027	fällig 2028	fällig 2029	Folgejahre (insges.)		
I. Hochbaumaßnahmen - Private Vorfinanzierung										
A. Laufende Maßnahmen										
Medizinische Hochschule Hannover										
Neubau eines Transplantationsforschungszentrums (TPFZ) sowie einer Frauenklinik	112.511	112.511	-	-	-	-	-	-	2024	
B. Neue Maßnahmen										
III. Hochbaumaßnahmen - ÖPP										
A. Laufende Maßnahmen										
Justizvollzugsanstalt Bremervörde										
Ausgaben für den Betrieb und Bewirtschaftung (Zahlungen indexiert, daher Angaben hochgerechnet)	191.170	78.424	8.375	8.375	8.720	9.138	9.589	68.549	2037	
B. Neue Maßnahmen										
III. Tiefbaumaßnahmen										
A. Laufende Maßnahmen										
B. Neue Maßnahmen										
Ausgaben für Gebäudeleasing	110.275	52.932	4.411	4.411	4.411	4.411	4.411	35.288	2037	
B. Neue Maßnahmen										

Tabelle 5.9

Aufgabenbereich des MI
MI 03.1
Polizei

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Personal und Heilfürsorge					
0101	Personal	1.341,9	1.360,4	1.391,4	1.419,8	1.436,5
0102	Heilfürsorge	39,7	43,4	45,1	46,9	48,8
	Summe Maßnahmenbündel	1.381,5	1.403,8	1.436,5	1.466,8	1.485,3
0200	Ausstattung und Betrieb					
0202	Haltung von Fahrzeugen	23,8	23,8	23,8	23,8	23,8
0203	Übrige Aufwendungen	248,2	259,4	258,7	259,2	259,9
0204	Investitionen	71,6	103,7	67,5	61,7	59,8
	Summe Maßnahmenbündel	343,6	386,9	350,1	344,7	343,5
	Summe Aufgabenfeld	1.725,1	1.790,7	1.786,6	1.811,5	1.828,8

MI 03.2
Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivile Verteidigung, Kampfmittelbeseitigung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Katastrophenschutz und zivile Verteidigung					
0101	Förderung der im Kat-Schutz mitwir- kenden Hilfsorganisationen	5,6	1,4	1,4	1,4	1,4
0102	Übrige Aufgaben	35,4	52,3	27,1	27,1	26,6
	Summe Maßnahmenbündel	41,0	53,8	28,6	28,5	28,0
0200	Brandschutz					
0201	Förderung des kommunalen Brand- schutzes	49,9	55,5	55,6	57,1	57,8
0202	Nds. Akademie für Brand- und Kata- strophenschutz	24,8	24,7	25,2	25,2	25,2
0203	Übrige Aufgaben	11,6	12,4	12,6	13,1	13,3
	Summe Maßnahmenbündel	86,4	92,6	93,4	95,4	96,4

Fortsetzung

MI 03.2

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0300 Kampfmittelbeseitigung					
0301	Kosten der Kampfmittelbeseitigung	9,3	9,9	10,1	10,1 10,3
	Summe Maßnahmenbündel	9,3	9,9	10,1	10,1 10,3
	Summe Aufgabenfeld	136,7	156,3	132,0	134,0 134,7

MI 03.3**Amtliche Statistik, Öffentliche Wahlen**

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0200 Amtliche Statistik					
0201	Kosten der amtlichen Statistik	31,1	30,9	31,9	32,4 33,1
	Summe Maßnahmenbündel	31,1	30,9	31,9	32,4 33,1
0300 Öffentliche Wahlen					
0301	Durchführung öffentlicher Wahlen	9,5	2,4	10,8	11,8 14,9
	Summe Maßnahmenbündel	9,5	2,4	10,8	11,8 14,9
	Summe Aufgabenfeld	40,5	33,3	42,7	44,3 48,0

MI 03.4**Vermessungs- und Katasterverwaltung**

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0200 Vermessungs- und Katasterverwaltung					
0210	Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung (Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen)	36,5	37,8	38,1	38,5 38,9
0220	Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung (Vermessungs- und Katasterverwaltung)	121,9	122,4	123,5	125,3 127,0
	Summe Maßnahmenbündel	158,4	160,2	161,5	163,8 165,9
	Summe Aufgabenfeld	158,4	160,2	161,5	163,8 165,9

Asylbewerber, Flüchtlinge, Spätaussiedler

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Durchführung des StrRehaG, Vertriebene					
0101	Leistungen nach dem StrRehaG und Kulturgutpflege	5,5	5,9	6,2	6,2	6,5
	Summe Maßnahmenbündel	5,5	5,9	6,2	6,2	6,5
0200	Durchführung des Lastenausgleichs					
0201	Beitrag des Landes zum Lastenaus- gleich	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
	Summe Maßnahmenbündel	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
0300	Asylbewerber, Flüchtlinge, Spätaussiedler					
0301	Kosten für Asylbewerber, ausländische Flüchtlinge und Spätaussiedler	899,1	903,1	888,6	880,6	869,3
	Summe Maßnahmenbündel	899,1	903,1	888,6	880,6	869,3
	Summe Aufgabenfeld	904,8	909,1	894,8	886,9	875,9

Sport

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Sportstättenbau					
0110	Förderung von Investitionen nieders. Sportorganisationen und -vereine und übrige Sportstättenförderung	30,6	15,6	5,6	5,6	5,6
	Summe Maßnahmenbündel	30,6	15,6	5,6	5,6	5,6
0200	Sportförderung					
0210	Förderung der niedersächsischen Spor- torganisationen und -vereine für lfd. Zwecke	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6
0220	Förderung von Sportschulen und Leis- tungszentren sowie sonstige Sportför- derung	0,8	3,9	1,2	1,2	0,8
	Summe Maßnahmenbündel	31,4	34,5	31,8	31,8	31,4
	Summe Aufgabenfeld	62,0	50,1	37,4	37,4	37,0

MI 03.8

Sonstige Aufgaben des MI

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Ressortübergreifende Personalentwicklung					
0110	Kosten der ressortübergreifenden Personalentwicklung	27,0	29,0	29,7	30,1	30,3
	Summe Maßnahmenbündel	27,0	29,0	29,7	30,1	30,3
0200	Verwaltungsmodernisierung					
0201	Durchführung der Verwaltungsmodernisierung	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	Summe Maßnahmenbündel	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
0300	Wiedergutmachung					
0301	Leistungen nach dem BEG, HEG und Nds. SHG	4,8	4,0	3,8	3,5	3,3
0302	Sonstige Zahlungen	404,4	204,3	4,3	4,3	4,3
	Summe Maßnahmenbündel	409,1	208,4	8,1	7,8	7,6
0400	Verfassungsschutz					
0401	Kosten des Verfassungsschutzes	32,4	35,5	35,6	35,9	35,7
	Summe Maßnahmenbündel	32,4	35,5	35,6	35,9	35,7
0500	Ministerium für Inneres und Sport					
0501	Kosten des Ministeriums für Inneres und Sport	71,3	83,2	88,1	82,9	84,4
0503	Sonstiges	10,4	10,4	10,7	11,0	11,2
0550	Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-11,5	-10,9	-10,9	-10,9	-10,9
	Summe Maßnahmenbündel	70,2	82,8	88,0	83,0	84,7
0600	Zentrales IT-Management, Landesweite Infrastruktur					
0601	Zentraler Betrieb der Informations- und Kommunikationstechnik	155,1				
0602	Zentrale Maßnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik	46,4				
	Summe Maßnahmenbündel	201,5				
	Summe Aufgabenfeld	740,3	355,7	161,4	156,9	158,4
	Summe Aufgabenbereich	3.767,8	3.455,4	3.216,6	3.234,7	3.248,8

Aufgabenbereich des MF

MF 04.1

Finanzverwaltung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Steuerverwaltung					
0102 Finanzämter und Landesamt für Steuern Niedersachsen	833,3	851,4	854,4	863,0	872,8
Summe Maßnahmenbündel	833,3	851,4	854,4	863,0	872,8
0200 Aus- und Fortbildung					
0201 Steuerakademie Niedersachsen	16,3	16,4	16,1	16,1	16,3
Summe Maßnahmenbündel	16,3	16,4	16,1	16,1	16,3
Summe Aufgabenfeld	849,6	867,8	870,5	879,2	889,1

MF 04.2

Sonstige Aufgaben des MF

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Staatliches Baumanagement Niedersachsen					
0110 Bauämter und sonstige Hochbauverwaltung	264,0	290,2	293,3	296,0	298,2
Summe Maßnahmenbündel	264,0	290,2	293,3	296,0	298,2
0200 Landesamt für Bezüge und Versorgung					
0201 Landesamt für Bezüge und Versorgung	73,9	84,8	85,3	86,0	86,8
Summe Maßnahmenbündel	73,9	84,8	85,3	86,0	86,8
0400 Sonstige Maßnahmen					
0401 Neue Steuerungsinstrumente und Personalkostenbudgetierung	2,0	2,0	1,7	1,7	1,7
0402 Haushaltsvollzugssystem (HVS)	12,9	12,4	12,1	12,1	12,0
0404 Haushaltsplanaufstellung, Zentrale Haushaltsführung und Haushaltsrechnung (HPS, HFS, HRS)	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
Summe Maßnahmenbündel	16,8	16,3	15,7	15,7	15,6

Fortsetzung

MF 04.2

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0500 Finanzministerium						
0501	Finanzministerium	60,3	65,5	65,3	66,9	68,8
0550	Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-1,9	-1,9	-1,9	-1,9	-1,9
Summe Maßnahmenbündel		58,5	63,7	63,4	65,1	66,9
0600 Liegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung						
0601	Liegenschaftsfonds Niedersachsen - Fondsverwaltung	5,0	5,0	5,1	5,1	5,1
Summe Maßnahmenbündel		5,0	5,0	5,1	5,1	5,1
Summe Aufgabenfeld		418,2	460,0	462,8	467,8	472,6
Summe Aufgabenbereich		1.267,8	1.327,8	1.333,4	1.347,0	1.361,7

Aufgabenbereich des MS

MS 05.1

Gesundheit

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Vorsorge Ambulante und stationäre Versorgung					
0110	Unterstütz. gesundheitsfördernder Aktivit., Förderung von Maßnahmen für Suchtkranke, Verhütung und Bekämpfung von Aids	17,2	16,7	16,3	16,3	16,3
0115	Gesundheitsschutz	5,1	4,7	4,0	3,9	3,9
0120	Hilfen für psychisch Kranke	1,7	1,7	1,7	1,7	1,5
0130	Landeskrankenhäuser	2,7	6,2	9,9	10,1	10,2
0150	Neu- und Umbau von Krankenhäusern und Wiederbeschaffung von mittelfristigen Anlagegütern nach § 9 (1) KHG	192,4	783,5	183,3	183,0	183,0
0160	Fördermittel nach § 9 (2) KHG für Darlehen, Kosten für Ankauf, Umstellung und Schließung	34,9	34,9	34,9	34,9	34,9
0170	Fördermittel nach den §§ 9 (3) und 10 KHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter	126,8	126,8	131,9	131,9	137,2
	Summe Maßnahmenbündel	380,8	974,5	382,0	381,8	387,0
0400	Sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens					
0410	Gesundheitsverwaltung des Landes Landesgesundheitsamt	24,7	27,5	22,3	22,4	21,1
0450	Erstattungen für die Wahrnehmung des hafenärztlichen Dienstes	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
0490	Sonstiges (Kooperation auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, Aufbau und Betrieb eines Krebsregisters, Hebammenfortbildung und Maßnahmen gegen ungewollte Kinderlosigkeit)	72,4	75,1	11,3	11,5	11,5
	Summe Maßnahmenbündel	98,4	104,1	35,1	35,3	34,0 Fortsetzung

MS 05.1

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)	NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2025	2026	2027	2028	2029
9000 Übrige Maßnahmen					
9010 Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz, Krankenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz	18,8	16,8	16,8	16,8	16,8
9030 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung, Unfallversicherung für Schüler usw. und Zuschüsse zur Unfallversicherung der Küstenfischer	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1
9090 Sonstiges (Erstattungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Summe Maßnahmenbündel	20,8	18,9	18,9	18,9	18,9
Summe Aufgabenfeld	500,1	1.097,5	435,9	436,0	439,9

MS 05.2**Jugend und Familie**

Ausgaben (in Mio. EUR)	NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2025	2026	2027	2028	2029
0100 Jugendhilfe					
0110 Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie - Fachgruppe Jugend und Familie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
0120 Öffentliche Erziehungshilfe	101,3	83,4	79,7	79,6	78,6
0130 Sonstiges	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Summe Maßnahmenbündel	102,0	84,2	80,5	80,3	79,4
0200 Kinder- und Jugendschutz und Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe					
0210 Kinder- und Jugendschutz	10,8	11,2	11,3	11,3	11,4
Summe Maßnahmenbündel	10,8	11,2	11,3	11,3	11,4
					Fortsetzung

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0300	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, generationsübergreifende Projekte					
0310	Förderung der Jugendarbeit nach dem JFG	10,5	10,7	10,7	10,7	10,7
0330	Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten und generationsübergreifender Projekte	5,6	5,2	5,2	5,2	5,2
0340	Jugendsozialarbeit	16,7	15,2	15,2	15,2	15,2
0360	Förderung der sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter	3,0	3,6	3,6	3,6	3,6
0370	Deutsch-Französisches und Deutsch-Polnisches Jugendwerk	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
0380	Weitere Jugendförderung aus Konzessionsabgaben und Spielbankmitteln	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
0390	Sonstiges	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
	Summe Maßnahmenbündel	40,0	39,0	39,0	39,0	39,0
0400	Familie					
0410	Förderung von Familienbildungsstätten	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
0420	Förderung von familienbezogenen Maßnahmen und familienfreundlichen Infrastrukturen (ab 2011 teilweise bei 0710.0110)	6,0	5,8	5,8	5,8	5,8
0430	Weitere Förderung von familienbezogenen Maßnahmen aus Konzessionsabgaben	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
0440	Familienpolitik / Mehrgenerationenhäuser	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
0450	Kosten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	304,0	292,1	302,1	302,1	302,1
	Summe Maßnahmenbündel	312,4	300,3	310,3	310,3	310,3
	Summe Aufgabenfeld	465,2	434,7	441,0	440,8	440,0

MS 05.3

Besondere Hilfen für soziale Gruppen

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0100	Allgemeine Maßnahmen für behinderte Menschen				
0130	Unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen - Fahrgeldausfälle der Verkehrsträger -	19,9	19,1	20,4	21,3 19,9
	Summe Maßnahmenbündel	19,9	19,1	20,4	21,3 19,9
0200	Besondere Maßnahmen für Hörgeschädigte und Blinde				
0210	Landesbildungszentren für Hörgeschädigte	32,8	33,6	34,3	34,8 35,2
0251	Landesbildungszentrum für Blinde; Zuschuss an den Verein zur Förderung der Blindenbildung Hannover	16,5	16,9	17,2	17,6 17,8
0253	Landesblindengeld (Kapitel 0536 Titel 633 10) und Härtefallfonds für blinde Menschen (Kapitel 0536 Titel 681 10)	31,2	30,9	29,6	29,7 28,6
	Summe Maßnahmenbündel	80,5	81,4	81,2	82,1 81,6
0300	Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII				
0310	Kostenerstattung im Quotalen System	3.121,7	3.451,9	3.623,8	3.802,8 3.991,8
0360	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten Sozialhilfe für Deutsche im Ausland	0,1	0,1	0,1	0,1 0,1
0380	Sonstige Kostenerstattungen	0,2	0,2	0,2	0,2 0,2
	Summe Maßnahmenbündel	3.122,0	3.452,2	3.624,2	3.803,1 3.992,1

Fortsetzung

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0500	Ältere Menschen, Zentrale Soziale Aufgaben, Übrige Maßnahmen				
0510	Leistungen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht	123,9	135,7	135,7	135,7 135,7
0520	Investitionsfolgekostenförderung nach dem Nds. Pflegegesetz (NPflegeG) sowie Förderung nach §§ 13, 14 NPflegeG	72,5	67,3	74,2	75,6 77,0
0525	Aktivierung der Altenpflegeausbildung und Qualitätssicherung in der Altenpflege	53,7	61,1	64,8	68,7 72,8
0530	Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie	92,1	95,4	96,1	96,6 96,6
0540	Unterbringung von Straffälligen in psych. Krankenhäusern - Maßregelvollzug -	229,0	239,1	242,3	244,9 246,9
0541	Toto-Lotto-Mittel für Aufgaben der Verbände der freien Wohlfahrtspflege	22,8	22,8	22,8	22,8 22,8
0544	Wohlfahrtspflegerische Einzelmaßnahmen	1,7	1,7	1,7	1,7 1,7
0550	Zuweisungen des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung an die kommunalen Träger nach § 46 Abs. 5 SGB II und § 4 Nds. AG SGB II	1.136,8	1.189,5	1.194,3	1.199,2 1.199,2
0555	Zuweisungen an Grundsicherungsträger gem. § 46a SGB XII	1.238,2	1.408,9	1.521,6	1.643,4 1.774,8
0560	Förderung der Nichtsesshaftenhilfe	0,7	0,7	0,7	0,7 0,7
0580	Förderung aus dem Aufkommen der Spielbankabgabe	2,1	2,1	2,1	2,1 2,1
0590	Sonstiges	33,7	39,0	39,7	37,0 37,5
Summe Maßnahmenbündel		3.007,0	3.263,1	3.395,9	3.528,2 3.667,8
Summe Aufgabenfeld		6.229,4	6.815,8	7.121,7	7.434,7 7.761,5

MS 05.4**Frauen**

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Frauen in Ausbildung, Beruf, Familie und Gesellschaft					
0130	Maßnahmen zur Beratung und zum Schutz von Mädchen und Frauen in Problemsituationen	11,6	11,7	11,5	11,4	11,4
0140	Maßnahmen zur Integration von Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben	1,9	1,6	1,6	1,6	1,6
0150	Förderung von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	13,3	14,0	14,2	14,5	14,8
0180	Kostenerstattungen bei nichtindizierten straffreien Schwangerschaftsabbrüchen	3,4	3,3	3,4	3,4	3,4
0190	Sonstige Förderungen	4,5	4,3	4,4	4,4	4,5
Summe Maßnahmenbündel		34,7	34,8	35,1	35,4	35,7
Summe Aufgabenfeld		34,7	34,8	35,1	35,4	35,7

MS 05.6**Migration und Teilhabe**

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Migration und Teilhabe					
0110	Einrichtung und Betrieb von Koordinierungsstellen Migration und Teilhabe	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
0120	Migrationsberatung	11,2	11,0	11,0	11,0	11,0
0130	Förderung der Chancengleichheit in Bildung und Arbeit (MS ab 2016 bei 0570 0110)	1,6	1,4	1,4	1,4	1,4
0140	Sonstiges	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Summe Maßnahmenbündel		16,5	16,2	16,2	16,2	16,2
Summe Aufgabenfeld		16,5	16,2	16,2	16,2	16,2

Sonstige Aufgaben des MS

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung					
0110	Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	60,5	61,6	59,3	59,8	59,7
0140	Globale Mehrausgabe für den gesamten Einzelplan			82,0	87,0	92,0
0150	Globale Minderausgabe für den gesamten Einzelplan	-21,2	-20,9	-20,9	-20,5	-20,5
Summe Maßnahmenbündel		39,3	40,7	120,4	126,3	131,2
Summe Aufgabenfeld		39,3	40,7	120,4	126,3	131,2

Arbeit und Qualifizierung, Aufstiegsförderung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Maßnahmen für Arbeitnehmer					
0110	Arbeitsförderung - Ausbildung, Arbeit und Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt	7,5	5,0	5,0	5,0	5,0
0130	Arbeitsförderung, sonstige Maßnahmen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
0160	Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	131,8	124,4	124,4	124,4	124,4
0170	Meisterprämie im Handwerk; Weiterbildungsprämie	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Summe Maßnahmenbündel		140,5	130,7	130,7	130,7	130,7
Summe Aufgabenfeld		140,5	130,7	130,7	130,7	130,7
Summe Aufgabenbereich		7.425,8	8.570,2	8.300,9	8.620,1	8.955,1

MWK06**Aufgabenbereich des MWK****MWK 06.1****Hochschulen**

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0100	Hochschulen (Zuführungen für laufende Aufgaben)					
0110	Hochschulen (ohne Hochschulmedizin)	1.517,5	1.565,1	1.562,6	1.537,8	1.537,5
0120	Fachhochschulen	431,4	443,0	442,2	440,2	440,2
0130	Hochschulmedizin Göttingen und Hannover	423,1	437,6	435,7	425,0	423,8
0140	Zuwendungen für anerkannte Hochschulen gemäß § 66 NHG	1,1	1,3	1,3	1,3	1,3
0190	Personal und Sachkosten; besondere Maßnahmen	361,0	350,0	339,9	348,2	353,9
	Summe Maßnahmenbündel	2.734,1	2.797,0	2.781,6	2.752,6	2.756,7
0300	Zuführung für Investitionen in den Hochschulen					
0310	Hochschulen (ohne Hochschulmedizin)	40,7	42,5	46,4	37,6	37,6
0320	Fachhochschulen	5,1	5,1	2,7	1,2	1,2
0330	Hochschulmedizin Göttingen und Hannover	46,3	49,1	35,6	33,0	31,0
0390	Investitionen bei besonderen Maßnahmen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
	Summe Maßnahmenbündel	92,2	96,8	84,8	72,0	70,0
0400	Investitionen gemäß Art. 91 b und 143 c GG					
0490	Sonstige Baumaßnahmen	207,4	198,8	191,3	247,5	235,1
	Summe Maßnahmenbündel	207,4	198,8	191,3	247,5	235,1
0900	Wissenschaftsadministration					
0910	Hochschulrektorenkonferenz u.a.	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6
	Summe Maßnahmenbündel	4,5	4,6	4,6	4,6	4,6
	Summe Aufgabenfeld	3.038,3	3.097,2	3.062,3	3.076,7	3.066,4

Hochschulnahe Forschung und überregionale Bibliotheken

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Forschungseinrichtungen in Niedersachsen					
0110	Großforschungseinrichtungen	22,6	23,9	23,9	23,9	23,9
0120	Forschungseinrichtungen der Blauen Liste	43,2	65,2	45,1	46,0	46,9
0130	Sonstige überregional finanzierte Forschungs- und Serviceeinrichtungen	11,8	18,0	15,8	16,0	16,0
0140	Landesunmittelbare Forschungseinrichtungen	16,2	16,4	16,6	16,3	16,2
0190	Sonstige wissenschaftliche Einrichtungen	18,6	20,1	18,9	18,9	18,9
	Summe Maßnahmenbündel	112,3	143,5	120,2	121,1	121,9
0200	Überregionale Forschungsförderung					
0210	Max-Planck-Gesellschaft	83,5	88,7	90,5	99,5	106,8
0221	Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) - allgemein -	100,0	104,9	104,9	104,9	104,9
0240	Akademienprogramm	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
0290	Sonstige Förderungen	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
	Summe Maßnahmenbündel	188,2	198,4	200,1	209,1	216,4
0300	Besondere Förderung von Forschung und Lehre					
0310	Nds. Vorab der VW-Stiftung	250,0	250,0	250,0	250,0	250,0
	Summe Maßnahmenbündel	250,0	250,0	250,0	250,0	250,0
0400	Landesbibliotheken und überregionale Bibliotheksförderung					
0410	Nieders. Landesbibliothek Hannover	12,0	12,4	11,2	11,4	11,5
0420	Landesbibliothek Oldenburg	3,7	3,9	4,0	4,1	4,1
0450	Technische Informationsbibliothek, Hannover	36,1	36,9	37,6	38,3	39,1
0490	Sonstige Förderungen einschl. Förderung öffentlicher Bibliotheken	3,9	4,0	4,0	4,0	4,0
	Summe Maßnahmenbündel	55,8	57,3	56,9	57,8	58,7
	Summe Aufgabenfeld	606,3	649,1	627,2	638,0	647,0

MWK 06.3**Kunst und Kultur**

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Theater						
0110	Staatstheater Braunschweig	41,1	43,3	42,3	42,3	42,3
0120	Oldenburgisches Staatstheater	31,9	32,7	32,7	32,7	32,7
0130	Nieders. Staatstheater Hannover GmbH	79,0	81,0	80,5	80,5	80,5
0140	Förderung kommunaler Theater	27,6	27,6	28,1	28,1	28,1
0150	Förderung der Landesbühnen	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
0160	Förderung sonstiger Bühnen	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
	Summe Maßnahmenbündel	185,1	190,0	189,1	189,1	189,1
0200 Museen und Sammlungen						
0210	Staatliche Museen	28,3	28,8	28,7	29,1	29,4
0230	Förderung nichtstaatlicher Museen	12,8	12,5	12,5	12,3	12,3
	Summe Maßnahmenbündel	41,1	41,3	41,2	41,4	41,7
0300 Denkmalpflege						
0310	Personal- und Sachkosten des Landesamtes für Denkmalpflege	10,3	10,4	10,5	10,6	10,7
0320	Erfassung und Erhaltung von Bau-, Kunst- und Bodendenkmälen	3,5	3,3	3,3	3,3	3,3
	Summe Maßnahmenbündel	13,8	13,6	13,8	13,9	14,0
0400 Weitere Kunst- und Kulturförderung						
0411	Kultur- und Heimatpflege	9,0	8,4	8,4	8,5	8,5
0420	Förderung der Bildenden Kunst	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2
0430	Förderung der Musik und der Literatur	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
0460	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	2,3	2,5	2,5	2,5	2,5
0471	Bundesakademie für kulturelle Bildung	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3
0490	Sonstige Kulturförderung	3,7	1,8	1,8	1,8	1,8
	Summe Maßnahmenbündel	24,8	22,6	22,6	22,7	22,7

Fortsetzung

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0500	Sonstiges				
0510	Klosterkammer	7,9	8,3	8,5	8,7 8,8
0520	Zusätzl.Förd.der Kunst-, Kultur- u.Heimatspflege einschl.der nicht-staatl.Theater, Museen und Denkmalpflege aus Spielbankmitteln	5,7	5,7	5,7	5,7 5,7
0530	Zusätzliche Förderung der Kunst-, Kultur- und Heimatspflege aus Toto-/Lotto-Mitteln sowie aus Zusatzlotterien	7,3	7,3	7,3	7,3 7,3
Summe Maßnahmenbündel		20,8	21,3	21,5	21,6 21,8
Summe Aufgabenfeld		285,7	288,9	288,2	288,7 289,3

Sonstige Aufgaben des MWK

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0100	Erwachsenenbildung				
0110	Leistungen nach dem Erwachsenenbildungsgesetz / Neustrukturierung und Förderung von Akademien und Zuschüsse an Sonstige	58,2	61,3	59,3	59,3 59,3
0120	Frühkindliche Bildung und Erziehung	2,8	2,9	2,9	2,9 2,9
0130	Offene Hochschule	0,9	0,8	0,8	0,8 0,7
0140	Landeszentrale für politische Bildung	2,5	3,0	3,0	3,0 3,0
Summe Maßnahmenbündel		64,3	67,8	65,9	65,9 65,8
0300	Schüler- und Studierendenförderung				
0320	Ausbildungsförderung (BAFöG)	416,8	349,1	349,1	349,2 349,2
0340	Finanzhilfe für die Studentenwerke	18,0	18,0	18,0	18,0 18,0
0390	Sonstige Studierendenförderung	0,5	0,5	0,5	0,5 0,5
Summe Maßnahmenbündel		435,3	367,5	367,5	367,6 367,7

Fortsetzung

MWK 06.4

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0400	Ministerium für Wissenschaft und Kultur					
0401	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	20,7	24,9	24,9	25,3	25,4
0402	Globale Minderausgaben für den gesamten Einzelplan	-12,4	-12,4	-12,4	-12,4	-12,4
Summe Maßnahmenbündel		8,3	12,4	12,4	12,9	13,0
Summe Aufgabenfeld		507,9	447,8	445,8	446,4	446,5
Summe Aufgabenbereich		4.438,2	4.483,1	4.423,5	4.449,8	4.449,2

Aufgabenbereich des MK

MK 07.1

Elementarbereich

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder					
0110 Finanzhilfen gem. Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder	1.560,3	1.776,2	1.808,9	1.817,5	1.815,4
0190 Sonstige Förderungen von Tageseinrichtungen für Kinder u.a.	205,1	222,1	134,6	37,5	34,8
Summe Maßnahmenbündel	1.765,4	1.998,3	1.943,4	1.855,0	1.850,3
Summe Aufgabenfeld	1.765,4	1.998,3	1.943,4	1.855,0	1.850,3

MK 07.2

Schule und Berufsausbildung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Personal im Schulbereich					
0110 Lehrkräfte an allgemein- und berufsbildenden Schulen	5.726,1	6.010,6	6.191,4	6.342,0	6.474,2
0130 Sonstiges Personal an Schulen (u.a. Schulassistenten, päd. Mitarbeiter und Personal an landeseigenen Schulen)	107,1	110,9	114,1	117,3	119,9
0140 Förderung der Schulen in freier Trägerschaft (u.a. Finanzhilfe)	490,0	524,6	540,5	556,9	564,8
0150 Erstattung von Gastschulbeiträgen	14,5	16,4	16,4	16,4	16,4
Summe Maßnahmenbündel	6.337,7	6.662,6	6.862,5	7.032,5	7.175,3
0200 Sachaufwendungen und Investitionen im Schulbereich					
0210 Sachaufwendungen und Investitionen im Schulbereich	71,9	90,2	92,7	93,1	93,5
0230 Schulen in Niedersachsen online	19,4	19,4	19,4	19,4	19,4
Summe Maßnahmenbündel	91,3	109,6	112,1	112,5	112,9

Fortsetzung

MK 07.2

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0300	Schulaufsicht				
0310	Regionale Landesämter für Schule und Bildung	86,7	90,1	91,8	93,1 94,5
0330	Sachausgaben und Investitionen der Regionalen Landesämter für Schule und Bildung	9,7	11,1	11,1	11,0 11,0
	Summe Maßnahmenbündel	96,4	101,1	102,9	104,2 105,6
0400	Aus-, Fort- und Weiterbildung im Schulbereich				
0410	Anwärterbezüge	94,1	94,1	94,1	94,1 94,1
0420	Personal in Studienseminaren	13,3	13,6	13,9	14,1 14,4
0430	Sachausgaben und Investitionen in Studienseminaren	10,5	11,1	10,8	10,9 10,9
0440	Aus-, Fort- und Weiterbildung (ohne Studienseminare), Nds. Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung	32,1	36,5	42,0	39,0 39,3
	Summe Maßnahmenbündel	150,1	155,3	160,8	158,1 158,7
0500	Außerschulische Berufsbildung				
0510	Kursfinanzierung und übrige laufende Förderung	12,3	12,6	12,9	12,7 12,7
0520	Förderung von Investitionen in Ausbildungszentren	8,0	8,0	8,0	8,0 8,0
	Summe Maßnahmenbündel	20,3	20,7	20,9	20,7 20,7
0600	Schülerförderung				
0610	Lernmittelhilfe	4,8	4,8	4,8	4,8 4,8
0630	Sonstige Maßnahmen	4,7	4,7	4,7	4,7 4,7
	Summe Maßnahmenbündel	9,4	9,4	9,4	9,4 9,4
0900	Übrige Maßnahmen				
0910	Unfallversicherung	11,6	11,9	11,9	11,9 11,9
0920	Landeselternrat; Landesschülerrat	0,2	0,2	0,2	0,2 0,2
0930	Schulsport	0,3	0,3	0,3	0,3 0,3
0960	Arbeitssicherheit an Schulen	0,8	0,8	0,8	0,8 0,8
0990	Sonstige Maßnahmen (u.a. Versuche und Modelle, Lehrplanarbeit)	148,2	92,3	90,7	77,7 77,1
	Summe Maßnahmenbündel	161,1	105,5	103,9	90,9 90,3
	Summe Aufgabenfeld	6.866,3	7.164,3	7.372,4	7.528,3 7.672,9

Sonstige Aufgaben des MK

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften					
0110	Zuschüsse an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	70,4	64,7	66,0	67,3	68,7
	Summe Maßnahmenbündel	70,4	64,7	66,0	67,3	68,7
0200	Politische und kulturelle Bildung					
0220	Gedenkstättenarbeit einschl. Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten	7,7	41,4	8,8	7,8	7,6
	Summe Maßnahmenbündel	7,7	41,4	8,8	7,8	7,6
0300	Kultusministerium					
0310	Kultusministerium	38,0	54,6	47,5	45,8	45,4
0350	Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-36,1	-35,2	-33,5	-33,5	-33,5
0390	Sonstige Maßnahmen (u.a. Beihilfen)	272,7	312,8	324,8	336,6	346,5
	Summe Maßnahmenbündel	274,6	332,2	338,8	348,8	358,4
	Summe Aufgabenfeld	352,7	438,4	413,6	423,9	434,8
	Summe Aufgabenbereich	8.984,4	9.601,0	9.729,4	9.807,2	9.957,9

Aufgabenbereich des MW

MW 08.1

Gewerbliche Wirtschaft, Technologie, wirtschaftsnahe Forschung, Wirtschaft und Umwelt

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Betriebliche und infrastrukturelle Förderung					
0110 Förderung aus der GA	65,8	65,8	65,8	65,8	65,8
0120 Innovationsförderungen an die niedersächsischen Seeschiffswerften	7,8	8,0	8,0	8,0	8,0
0130 Breitbandausbau und Digitalisierung (Digitale Dividende II Kap. 5083)	70,0				
Summe Maßnahmenbündel	143,6	73,8	73,8	73,8	73,9
0500 Sonstige Förderungsmaßnahmen					
0520 Deutsche Management-Akademie Niedersachsen und übrige Anwendungen	0,1				
0540 Tourismusförderung (Wirtschaftsförderfonds Kap. 50 81 TGr. 73)	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Summe Maßnahmenbündel	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0
0600 Kleine und mittlere Unternehmen					
0650 Meisterprämie im Handwerk; Weiterbildungsprämie für Industriemeister/Industriemeisterinnen und andere Bereiche	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
0660 Gründungsstipendien	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
0670 Förderung von Start-up-Zentren	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
0680 Förderung Breitbandkompetenzzentrum Niedersachsen	2,2	2,3	2,3	2,4	2,4
0690 Mittelstandsfonds	2,0				
Summe Maßnahmenbündel	16,5	14,5	14,6	14,6	14,7
0700 Wirtschaftsförderfonds					
0720 Zuführung an den Fonds für Investitionen - Kapitel 5081	290,6	166,2	55,0	55,0	55,0
Summe Maßnahmenbündel	290,6	166,2	55,0	55,0	55,0

Fortsetzung

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0800	Technologie und wirtschaftsnahe Forschung				
0820	Datenraum Mobilität	0,3	0,3		
0850	Maritime Wirtschaft	0,2			
0860	Elektromobilität und alternative Antriebe	10,4	15,4	15,4	15,4 15,4
Summe Maßnahmenbündel		10,9	15,7	15,4	15,4 15,4
Summe Aufgabenfeld		463,6	272,2	160,8	160,8 160,9

Bergbau, Energie und Geologie

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0200	Bergbau, Energie und Geologie				
0210	Personal-, Sach- und sonstige Kosten des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie - Landesaufgaben	42,4	39,6	39,0	39,2 39,7
0220	Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik (LIAG)	8,5	9,8	8,6	8,6 8,7
Summe Maßnahmenbündel		50,9	49,5	47,6	47,8 48,4
Summe Aufgabenfeld		50,9	49,5	47,6	47,8 48,4

Straßen

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0100	Bundesstraßen und Bundesautobahnen				
0130	Unterhaltung und Instandsetzung der Bundesfernstraßen	30,0	30,0	30,0	30,0 30,0
Summe Maßnahmenbündel		30,0	30,0	30,0	30,0 30,0
0200	Straßenbauverwaltung				
0210	Personal-, Sach- und sonstige Kosten der Straßenbauverwaltung	227,5	231,4	238,0	244,5 244,0
Summe Maßnahmenbündel		227,5	231,4	238,0	244,5 244,0

Fortsetzung

MW 08.4

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0300	Unterhaltung der Landesstraßen					
0310	Betrieb und Unterhaltung	28,2	28,7	28,2	28,2	28,2
	Summe Maßnahmenbündel	28,2	28,7	28,2	28,2	28,2
0400	Landesstraßen					
0420	Investitionen Landesstraßen	108,0	112,8	112,8	112,8	112,8
0430	Landesanteil Kommunale Entlastungsstraßen	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
	Summe Maßnahmenbündel	109,5	114,3	114,3	114,3	114,3
0600	Kommunaler Straßenbau					
0610	Förderung des kommunalen Straßenbaus nach dem NGVFG	75,0	75,0	75,0	75,0	75,0
	Summe Maßnahmenbündel	75,0	75,0	75,0	75,0	75,0
0900	Übrige Straßenbaumaßnahmen					
0910	Förderung von Baumaßnahmen an Bahnübergängen im Zusammenhang mit öffentlichen Straßen	4,0	8,0	8,0	8,0	8,0
	Summe Maßnahmenbündel	4,0	8,0	8,0	8,0	8,0
	Summe Aufgabenfeld	474,3	487,3	493,5	500,0	499,5

MW 08.5**Öffentlicher Nahverkehr**

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0100	Eisenbahnbetrieb					
0110	Nichtbundeseigene Eisenbahnen	11,9	9,3	9,6	9,7	9,7
0120	Förderung von Investitionen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
0130	Zuschüsse an nichtbundeseigene Eisenbahnen zur Verbesserung der Hinterlandanbindung der Seehäfen	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
	Summe Maßnahmenbündel	18,0	15,4	15,7	15,7	15,8

Fortsetzung

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0500	Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs				
0510	Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem NGVFG	275,0	75,0	75,0	75,0 75,0
0521	Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz	7,0			
0550	Schüler- und Auszubildendentickets	19,3	21,1	21,1	21,1 21,1
0560	Deutschlandticket	120,0	120,0	120,0	120,0 120,0
Summe Maßnahmenbündel		421,3	216,1	216,1	216,1 216,1
Summe Aufgabenfeld		439,3	231,5	231,8	231,8 231,9

Seehäfen und Binnenschifffahrt

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0300	Landeseigene Häfen				
0361	Tiefwasserhafen Wilhelmshaven	5,6	68,1	5,5	5,6 5,6
Summe Maßnahmenbündel		5,6	68,1	5,5	5,6 5,6
0500	Wasserstraßen				
0510	Förderung des Ausbaus des Mittellandkanals	4,0	4,0	4,0	4,0 4,0
Summe Maßnahmenbündel		4,0	4,0	4,0	4,0 4,0
0600	Häfen- und Schifffahrtsverwaltung				
0610	Sonstige Kosten der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung	0,7	0,7	0,7	0,7 0,7
Summe Maßnahmenbündel		0,7	0,7	0,7	0,7 0,7
0700	Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (NPorts)				
0710	Aufwendungen für die Betriebsführung	6,3	6,3	6,3	6,3 6,3
0720	Förderung von Investitionen	295,7	33,7	33,7	33,7 33,7
Summe Maßnahmenbündel		302,0	40,0	40,0	40,0 40,0
Summe Aufgabenfeld		312,3	112,8	50,2	50,2 50,2

MW 08.7**Sonstige Aufgaben des MW**

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0200	Mess- und Eichwesen					
0210	Zuführungen für laufende Ausgaben und Investitionen	1,3	0,8	0,1	0,1	0,1
	Summe Maßnahmenbündel	1,3	0,8	0,1	0,1	0,1
0300	Materialprüfanstalten					
0310	Zuführungen für laufende Ausgaben und Investitionen	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
	Summe Maßnahmenbündel	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
0400	Luftverkehr					
0420	Luftaufsicht und Sicherheitsmaßnahmen	1,6	1,8	1,6	1,6	1,6
	Summe Maßnahmenbündel	1,6	1,8	1,6	1,6	1,6
0500	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen					
0501	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen	44,8	46,3	46,8	47,1	48,3
0503	Maßnahmen zur Unfallverhütung im Straßenverkehr	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
0504	Förderung von Verkehrsprojekten im Rahmen von EU-Programmen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
0520	Trägerleistungen an die NBank	45,8	43,7	41,9	41,6	41,4
0550	Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-9,4	-8,0	-7,7	-7,7	-7,7
	Summe Maßnahmenbündel	82,1	82,9	81,9	81,9	82,8
	Summe Aufgabenfeld	85,6	86,2	84,3	84,2	85,2

MW 08.8**Städtebau und Wohnungswesen**

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Städtebau					
0110	Städtebauförderungsprogramm	101,6	77,5	61,0	81,0	106,6
0120	Sonstige Maßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	Summe Maßnahmenbündel	101,6	77,5	61,0	81,1	106,7
						Fortsetzung

Fortsetzung						
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0200	Einzelmaßnahmen im Rahmen des Wohnungsbaus					
0270	Wohngeld	524,0	435,6	467,8	434,3	468,4
0290	Sonstiges	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3
	Summe Maßnahmenbündel	525,9	437,6	470,1	436,6	470,7
0300	Wohnungsbau, Bauaufsicht, übrige Maßnahmen					
0310	Wohnungsbauprogramme	282,6	382,2	431,0	460,4	453,8
0330	Sonstiges	203,0	3,1	3,1	3,1	3,1
	Summe Maßnahmenbündel	485,6	385,3	434,0	463,5	456,9
	Summe Aufgabenfeld	1.113,1	900,4	965,2	981,2	1.034,3
	Summe Aufgabenbereich	2.939,0	2.139,9	2.033,4	2.056,0	2.110,4

ML09**Aufgabenbereich des ML****ML 09.1****Verbraucherschutz, Tiergesundheit und Tierschutz**

Ausgaben (in Mio. EUR)	NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2025	2026	2027	2028	2029
0100 Gesundheitlicher und wirtschaftlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit					
0110 Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung, Futtermittelüberwachung, Tierschutz und Tiergesundheit	87,1	110,5	97,0	98,1	89,3
0120 Ernährungs- und Verbraucherberatung	7,4	4,6	4,1	4,0	4,0
0130 Tierseuchenbekämpfung	8,9	8,7	8,7	8,7	8,7
Summe Maßnahmenbündel	103,5	123,9	109,8	110,8	102,0
Summe Aufgabenfeld	103,5	123,9	109,8	110,8	102,0

ML 09.2**Land-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft**

Ausgaben (in Mio. EUR)	NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2025	2026	2027	2028	2029
0100 Einzelbetriebliche Förderung zur strukturellen Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit					
0120 Agrarinvestitionsförderungsprogramm - Zuschüsse - GAK	6,6	8,8	9,3	9,3	9,3
Summe Maßnahmenbündel	6,6	8,8	9,3	9,3	9,3

Fortsetzung

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0200	Überbetriebliche Förderung zur strukturellen Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, ldw. Aus- und Weiterbildung				
0210	Landwirtschaftliche Beratung und Maßnahmen des ökologischen Landbaus	3,7	1,6	1,7	1,7 1,7
0220	Tierzucht und Durchführung von Ertrags- und Qualitätskontrollen in der tierischen Erzeugung	3,4	4,4	3,4	3,4 3,4
0230	Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft	10,3	8,2	8,1	8,1 8,1
0240	Forschung und sonstige Förderung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe	0,4	0,4	0,4	0,4 0,4
0250	Zuschüsse an die DEULA-Lehranstalten für die ldw. Aus- und Weiterbildung	1,9	1,9	1,9	1,9 1,9
	Summe Maßnahmenbündel	19,6	16,4	15,4	15,4 15,4
0300	Verarbeitung und Vermarktung landw. Erzeugnisse				
0310	Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in der Land- und Ernährungswirtschaft	4,6	4,6	4,6	4,6 4,6
0330	Zuschüsse aus Umlagemitteln aufgrund des Milch- und Fettgesetzes und der nds. Umlageverordnung in der Milchwirtschaft	2,7	2,7	2,7	2,7 2,7
0350	Marketingmaßnahmen, Marktbeobachtung und Absatzförderung	2,3	2,5	2,5	2,6 2,6
	Summe Maßnahmenbündel	9,7	9,8	9,8	9,8 9,8
0400	Fischereiwirtschaft				
0410	Zuschüsse zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der nieders. Fischereiflotte, Binnenfischerei und Fischindustrie	1,2	1,2	1,2	1,2 1,2
0420	Sicherung der Seefischverarbeitung in Cuxhaven	0,4	0,4	0,4	0,4 0,4
	Summe Maßnahmenbündel	1,6	1,6	1,6	1,6 1,6
	Summe Aufgabenfeld	37,4	36,5	36,0	36,1 36,1

ML 09.3

Entwicklung des ländlichen Raumes

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0100	Raumordnung, Strukturverbesserung ländlicher Räume, Dorfentwicklung, ökologische Maßnahmen					
0110	Dienstleistungen Dritter im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
0120	Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung	83,3	94,8	81,3	66,3	65,0
0140	Raumordnung	2,4	2,3	2,3	2,3	2,4
0150	Förderung besonders nachhaltiger Verfahren im Zusammenhang mit der Umsetzung der FFH - und der Vogelschutzrichtlinie	4,0	3,0	3,0	3,0	3,0
0160	Verbesserung der Entwicklung ländlicher Räume	1,9	1,7	1,2	1,2	1,2
0170	Markt- und standortangepasste sowie umweltgerechte Landbewirtschaftung	11,0	13,6	16,0	17,0	16,0
0190	Bodenschutz	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
0191	Umsetzung Düngeverordnung	1,6	1,9	1,9	1,9	1,9
Summe Maßnahmenbündel		107,1	120,0	108,6	94,5	92,3
Summe Aufgabenfeld		107,1	120,0	108,6	94,5	92,3

Fachverwaltungen

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Landwirtschaftsministerium und übrige Fachverwaltungen					
0110	Landwirtschaftsministerium	37,9	38,5	38,7	39,4	39,9
0111	Landwirtschaftskammer	102,3	106,1	102,3	102,3	102,3
0120	Verwaltung für Landentwicklung	35,7	36,2	37,0	37,0	37,3
0130	Domänenverwaltung	15,0	15,6	15,6	15,6	15,6
0160	Gestütverwaltung in Celle	8,6	8,7	8,9	8,9	9,0
0170	Fischereiverwaltung	2,2	2,2	2,3	2,3	2,3
0180	Servicezentrum Landentwicklung und Agrarförderung	31,3	32,7	31,5	30,9	32,5
0190	Globale Minderausgabe für den gesam- ten Epl. 09	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0
	Summe Maßnahmenbündel	232,0	239,0	235,3	235,4	238,0
0200	Forstwirtschaft					
0210	Anstalt Niedersächsische Landesfors- ten	28,7	28,9	26,2	26,4	26,6
0220	Nordwestdeutsche Forstliche Versuchs- anstalt	9,3	9,4	9,4	9,5	9,6
0240	Förderung der Forst-, Holz- und Jagd- wirtschaft	38,1	27,5	33,1	32,8	32,8
	Summe Maßnahmenbündel	76,0	65,9	68,7	68,7	69,0
	Summe Aufgabenfeld	308,0	304,9	303,9	304,1	307,0
	Summe Aufgabenbereich	556,0	585,3	558,4	545,5	537,4

Aufgabenbereich des MJ

MJ 11.1

Gerichte und Staatsanwaltschaften

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften					
0110	Personal	667,2	684,2	699,1	713,6	722,8
0120	Ausstattung, Betrieb und sonstige Aufgaben	482,1	530,2	521,6	520,1	514,8
	Summe Maßnahmenbündel	1.149,4	1.214,5	1.220,8	1.233,7	1.237,6
0200	Niedersächsisches Finanzgericht					
0210	Personal	8,4	8,6	8,8	9,0	9,2
0220	Ausstattung, Betrieb und sonstige Aufgaben	4,6	4,7	4,8	4,9	4,9
	Summe Maßnahmenbündel	13,1	13,3	13,6	13,9	14,1
0300	Verwaltungsgerichtsbarkeit					
0310	Personal	33,9	36,0	36,9	37,9	38,9
0320	Ausstattung, Betrieb und sonstige Aufgaben	4,3	3,8	3,9	3,9	3,9
	Summe Maßnahmenbündel	38,2	39,8	40,7	41,8	42,9
0400	Sozialgerichtsbarkeit					
0410	Personal	31,8	30,8	31,6	32,7	33,4
0420	Ausstattung, Betrieb und sonstige Aufgaben	19,3	19,4	19,4	19,4	19,4
	Summe Maßnahmenbündel	51,1	50,2	51,1	52,1	52,8
0500	Arbeitsgerichtsbarkeit					
0510	Personal	17,8	17,8	18,3	18,7	19,2
0520	Ausstattung, Betrieb und sonstige Aufgaben	6,6	6,5	6,6	6,5	6,6
	Summe Maßnahmenbündel	24,4	24,4	24,9	25,3	25,8
	Summe Aufgabenfeld	1.276,2	1.342,2	1.351,0	1.366,8	1.373,1

Justizvollzug

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Justizvollzugseinrichtungen					
0110 Personal	210,7	217,8	222,2	225,9	229,6
0120 Ausstattung, Betrieb und sonstige Aufgaben	85,6	90,9	91,9	91,3	87,5
0130 Arbeit, Aus- und Fortbildung der Gefangenen	5,1	5,3	5,3	5,3	5,3
0140 Versorgung der Gefangenen	14,3	14,1	14,1	14,1	14,1
Summe Maßnahmenbündel	315,7	328,1	333,5	336,7	336,6
Summe Aufgabenfeld	315,7	328,1	333,5	336,7	336,6

Sonstige Aufgaben des MJ

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Aus- und Fortbildung in der Rechtspflege, Justizministerium sowie präventive Justizpolitik					
0110 Aus- und Fortbildung in der Rechtspflege	8,4	8,5	8,4	8,4	8,5
0115 Aus- und Fortbildung im Justizvollzug	1,0	1,4	1,4	1,4	1,4
0120 Justizministerium, präventive Justizpolitik	67,1	69,4	70,8	72,7	74,2
Summe Maßnahmenbündel	76,5	79,3	80,6	82,5	84,1
Summe Aufgabenfeld	76,5	79,3	80,6	82,5	84,1
Summe Aufgabenbereich	1.668,3	1.749,5	1.765,1	1.786,0	1.793,8

MU15

Aufgabenbereich des MU

MU 15.1

Wasserwirtschaft

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0100	Küsten- und Hochwasserschutz, Unterhaltung von Gewässern und Anlagen					
0110	Förderung des Küstenschutzes	86,5	89,1	87,1	87,1	87,1
0120	Förderung des Hochwasserschutzes im Binnenland	21,3	22,2	20,7	20,2	20,3
0130	Unterhaltungsmaßnahmen des Landes, Zuweisungen für die Gewässer II. Ordnung	34,6	21,5	17,9	17,9	15,4
	Summe Maßnahmenbündel	142,4	132,8	125,7	125,2	122,8
0200	Abwasserbehandlung, Reinhaltung und Schutz der Gewässer					
0210	Förderung der Abwasserbehandlung	8,4	8,4	5,0	5,0	5,0
0220	Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen, Schiffsentsorgung	5,7	7,7	6,5	6,6	4,7
0230	Gewässerkundlicher Landesdienst	11,2	15,6	16,0	16,0	16,4
0240	Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie im Bereich Oberflächengewässer und EG-Meeressstrategierahmenrichtlinie	11,3	11,9	8,6	8,4	7,3
	Summe Maßnahmenbündel	36,6	43,5	36,0	35,9	33,4
0300	Grundwasserschutz, Wasserversorgung					
0310	Trinkwasserschutz	22,0	21,9	22,8	23,0	23,1
0320	Maßnahmen zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie im Bereich Grundwasser	43,9	45,5	44,5	43,4	43,1
0330	Erstattung des Verwaltungsaufwandes (Wasserentnahmegebühr und Abwasserabgabe); Abführungen	25,0	23,7	23,1	23,1	23,1
	Summe Maßnahmenbündel	90,9	91,1	90,3	89,5	89,3
	Summe Aufgabenfeld	269,9	267,4	252,0	250,6	245,5

Abfälle und Altlasten

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Abfälle und Altlasten						
0110	Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen, SAD Mönchshagen, Abfall und Bodenschutz sowie Altlastensanierung	12,3	17,4	15,9	15,9	15,9
0120	Atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren	31,7	31,7	31,7	31,6	31,6
Summe Maßnahmenbündel		43,9	49,1	47,5	47,5	47,5
Summe Aufgabenfeld		43,9	49,1	47,5	47,5	47,5

Naturschutz und Landschaftspflege, Natura 2000

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Maßnahmen des Naturschutzes						
0110	Ausweisung, Entwicklung und Pflege der Naturschutzgebiete sowie der Natura 2000-Gebiete	73,3	74,7	75,3	74,8	74,1
0120	Erschwerenisausgleich und Vertragsnaturschutz	12,1	12,2	12,2	12,2	12,2
0130	Gewässerbezogene Naturschutzprogramme	13,4	8,8	3,8	5,7	4,4
0140	Schutz stark gefährdeter Arten und Schaffung eines Biotopverbundsystems	2,5	4,6	4,4	4,4	4,4
Summe Maßnahmenbündel		101,3	100,3	95,7	97,1	95,1
0200 Nationalparke, Biosphärenreservate						
0210	Nationalpark Nieders. Wattenmeer	6,9	7,0	6,9	6,8	6,9
0220	Nationalpark Harz	9,5	9,7	9,7	10,0	9,2
0230	Biosphärenreservat Niedersächsische Elbtalaue	3,3	3,4	3,4	3,5	3,5
Summe Maßnahmenbündel		19,7	20,2	20,0	20,3	19,6
Summe Aufgabenfeld		121,0	120,5	115,7	117,3	114,7

MU 15.4

Übergreifende Umweltschutzaufgaben und Verwaltung

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Fördermaßnahmen					
0120	Freiwilliges ökologisches Jahr	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6
0130	Maßnahmen an der Ems	40,3	135,0	3,1	2,6	2,6
0140	Bingostiftung für Umwelt und Entwicklungs-zusammenarbeit	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
0150	Klimaschutz, Klimafolgen, Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz	130,7	343,8	53,6	52,8	52,1
0160	Erneuerbare Energien, Energieeinsparung, Energieeffizienz	2,4	1,8	1,2	1,2	1,2
0180	Umwelt- und Naturschutzverbände	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
	Summe Maßnahmenbündel	181,0	488,3	65,6	64,3	63,7
0200	Verwaltung					
0210	Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz	44,8	46,2	46,1	46,7	47,1
0220	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)	99,5	99,9	98,6	99,2	100,6
0230	Gewerbeaufsichtsämter	66,6	69,6	70,9	72,1	73,2
0240	Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1
0250	Klima- und Energieagentur Niedersachsen	4,3	4,6	4,6	5,1	5,1
0260	Staatl. Moorverwaltung	9,6	7,0	6,9	7,0	7,1
0290	Globale Minderausgabe	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6
	Summe Maßnahmenbündel	226,4	228,8	228,6	231,5	234,4
	Summe Aufgabenfeld	407,4	717,1	294,2	295,8	298,2

Sonstige Maßnahmen

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0100	Sonstige Maßnahmen					
0110	Sonstige Maßnahmen	1,7				
	Summe Maßnahmenbündel	1,7				
	Summe Aufgabenfeld	1,7				
	Summe Aufgabenbereich	843,9	1.154,0	709,4	711,2	705,9

MB16**Aufgabenbereich des MB *****MB 16.1****Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung**

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung					
0110 Regionale Landesentwicklung	12,1				
0120 EU-Förderung	18,7				
0130 Metropolregionen	2,1				
0140 Landesbeauftragte für die Regionale Landesentwicklung	4,5				
Summe Maßnahmenbündel	37,4				
Summe Aufgabenfeld	37,4				

MB 16.2**Sonstige Aufgabe des MB ***

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen	NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100 Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung					
0110 Ministerium für Bundes- und Euro- paangelegenheiten und Regionale Ent- wicklung	15,7				
0120 Vertretungen des Landes beim Bund und bei der EU	2,7				
0150 Globale Minderausgabe für den gesam- ten Einzelplan	-0,1				
Summe Maßnahmenbündel	18,3				
Summe Aufgabenfeld	18,3				
Summe Aufgabenbereich	55,6				

* seit dem 20.05.2025 übergegangen in den Aufgabenbereich der Staatskanzlei. Ab 2026 Darstellung unter 29.1.

Aufgabenbereich des IT

IT 19.1

Zentrale IT

Ausgaben (in Mio. EUR) Vorhaben und Maßnahmen		NHPE 2025	HPE 2026	2027	Planung 2028	2029
0100	Zentrale Informations- und Kommunikationstechnik					
0101	Zentraler IT-Betrieb		145,2	151,1	154,0	155,4
0102	Zentrale IT-Maßnahmen		52,4	49,4	36,5	36,5
0103	Unterstützung mittelbare Landesverwaltung bei der Digitalisierung		7,4	6,4	6,5	6,3
Summe Maßnahmenbündel			205,0	206,8	197,0	198,2
Summe Aufgabenfeld			205,0	206,8	197,0	198,2
Summe Aufgabenbereich			205,0	206,8	197,0	198,2

Querschnittsaufgaben

29.1

Zentrale Institutionen

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung		
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028	2029
0100	Landtag					
0101	Aufwendungen für Abgeordnete	34,7	35,8	40,1	43,8	46,4
0102	Aufwendungen für frühere Abgeordnete und deren Hinterbliebene	12,5	13,1	16,3	16,0	15,2
0103	Staatliche Mittel für Parteien und Einzelbewerber	1,8	1,8	1,8	2,4	2,1
0104	Zahlungen an die Fraktionen des Landtages	10,7	11,2	13,5	16,0	16,7
0105	Landtagsverwaltung	28,9	28,8	29,2	29,4	29,9
	Summe Maßnahmenbündel	88,7	90,7	100,9	107,5	110,3
0200	Staatskanzlei					
0201	Staatskanzlei	29,3	50,0	50,5	45,3	46,0
0212	Unterstützung der europäischen Integration, Vertretung des Landes beim Bund und bei der EU, Interregionale Beziehungen		3,0	2,9	2,9	2,9
0213	Internationale Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfen	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
0215	Landesbeauftragte für die Regionale Landesentwicklung		4,4	4,5	4,6	4,5
0216	Regionale Landesentwicklung		15,3	15,2	15,3	15,2
0217	Metropolregionen		2,1	2,1	2,1	2,1
0218	EU-Förderung		10,2	9,2	8,8	8,7
0220	Landesarchiv	14,8	15,6	15,8	15,9	16,1
0240	Sonstige Aufgaben		0,0	0,0	0,1	0,1
0250	Globale Minderausgabe für den gesamten Epl.	-0,1	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
	Summe Maßnahmenbündel	45,7	102,1	101,7	96,5	97,1
0300	Landesrechnungshof					
0301	Landesrechnungshof	18,8	19,6	19,9	20,3	20,7
	Summe Maßnahmenbündel	18,8	19,6	19,9	20,3	20,7

Fortsetzung

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0400	Staatsgerichtshof				
0401	Staatsgerichtshof in Bückeburg	0,2	0,2	0,2	0,2 0,2
	Summe Maßnahmenbündel	0,2	0,2	0,2	0,2 0,2
0500	Landeseigene Hochbaumaßnahmen - Einzelplan 20 -				
0501	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	219,7	260,0	220,0	220,0 220,0
0502	Hochbaumaßnahmen	151,8	93,8	98,8	99,8 101,8
	Summe Maßnahmenbündel	371,5	353,8	318,8	319,8 321,8
0600	Landesbeauftragter für den Datenschutz				
0601	Datenschutzbeauftragter	5,9	6,3	6,4	6,4 6,5
	Summe Maßnahmenbündel	5,9	6,3	6,4	6,4 6,5
	Summe Aufgabenfeld	530,7	572,7	547,9	550,7 556,5

Finanzzuweisungen

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0100	Kommunaler Finanzausgleich innerhalb des Steuerverbundes				
0103	Bedarfszuweisungen wegen außergewöhnlicher Lage oder aus Anlass besonderer Aufgaben	89,3	93,1	95,4	97,6 99,7
0105	Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, investive Finanzhilfen und Schlüsselzuweisungen	5.519,3	5.751,8	5.891,7	6.026,7 6.155,3
0106	Sonstige Maßnahmen (z.B. Steuerverbundabrechnung)	-101,0	130,0		
	Summe Maßnahmenbündel	5.507,6	5.974,9	5.987,1	6.124,3 6.255,0

Fortsetzung

29.2

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)	NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2025	2026	2027	2028	2029
0200 Sonstiger Finanzausgleich					
0201 Entschuldungshilfen für Gemeinden und Gemeindeverbände	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0
0202 Ausgleichsleistungen aufgrund des Konnexitätsprinzips	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
Summe Maßnahmenbündel	97,0	97,0	97,0	97,0	97,0
Summe Aufgabenfeld	5.604,7	6.071,9	6.084,1	6.221,3	6.352,0

29.3

Zinsausgaben

Ausgaben (in Mio. EUR)	NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2025	2026	2027	2028	2029
0100 Zinsen und Geldbeschaffungskosten					
0101 Zinsen für Kreditmarktmittel	1.182,7	1.192,4	1.380,1	1.537,1	1.631,9
0102 Geldbeschaffungskosten	20,4	23,8	21,7	22,8	16,1
Summe Maßnahmenbündel	1.203,1	1.216,1	1.401,8	1.559,9	1.648,0
0200 Zinsausgaben für sonstige Kredite					
0202 Sonstige Zinsausgaben	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Summe Maßnahmenbündel	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Summe Aufgabenfeld	1.223,1	1.236,1	1.421,8	1.579,9	1.668,0

29.4

Beamtenversorgung

Ausgaben (in Mio. EUR)	NHPE	HPE		Planung	
Vorhaben und Maßnahmen	2025	2026	2027	2028	2029
0100 Beamtenversorgung					
0101 Versorgungsbezüge	4.791,0	4.920,1	5.005,6	5.078,3	5.137,1
0102 Beihilfen, Unterstützungen, Unfallfürsorge	861,4	963,1	1.011,9	1.060,5	1.108,4
Summe Maßnahmenbündel	5.652,5	5.883,2	6.017,5	6.138,8	6.245,5
					Fortsetzung

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0200	Globale Personalmehrausgaben				
0201	Globale Personalmehrausgaben (teilweise in 2950 0408)		70,8	95,8	145,9 197,5
	Summe Maßnahmenbündel		70,8	95,8	145,9 197,5
	Summe Aufgabenfeld	5.652,5	5.954,0	6.113,3	6.284,7 6.443,0

Sonstige Aufgaben der allgemeinen Finanzverwaltung

Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0100	Vermögens- und Beteiligungsverwaltung				
0102	Ablieferung der Bundesanteile an Zins- und Tilgungsrückflüssen aus dem Agrarbereich	0,1	0,1	0,1	0,1 0,1
0104	Sonstige Leistungen	1,0	0,6	0,4	0,4 0,4
	Summe Maßnahmenbündel	1,0	0,7	0,5	0,5 0,5
0200	Liegenschaftsverwaltung				
0201	Liegenschaftsverwaltung	47,9	49,9	51,0	52,3 52,6
	Summe Maßnahmenbündel	47,9	49,9	51,0	52,3 52,6
0300	Niedersächsische Staatsbäder				
0310	Aufwendungen für die Betriebsführung und Förderung von Investitionen der Staatsbäder	18,0	21,6	17,4	14,0 10,4
	Summe Maßnahmenbündel	18,0	21,6	17,4	14,0 10,4

Fortsetzung

29.5

Fortsetzung					
Ausgaben (in Mio. EUR)		NHPE	HPE	Planung	
Vorhaben und Maßnahmen		2025	2026	2027	2028 2029
0400	Übrige Aufwendungen				
0402	Nachversicherung für ausscheidende Bedienstete	11,5	14,0	14,0	14,0 14,0
0403	Unfallversicherung für Angestellte und Arbeiter des Landes	16,0	17,0	17,5	18,0 18,5
0406	Verpflichtungen und Aufwendungen zur Vermeidung von Verlusten aus Bürgschaften	74,0	74,5	74,4	74,6 74,6
0408	Globale Mehr- und Minderausgaben	70,0	441,5	305,8	124,6 146,5
0409	Sonstige Maßnahmen	373,1	166,0	122,4	180,6 240,4
Summe Maßnahmenbündel		544,6	713,0	534,1	411,8 494,0
Summe Aufgabenfeld		611,5	785,1	603,1	478,6 557,5
Summe Aufgabenbereich		13.622,4	14.619,8	14.770,2	15.115,2 15.577,1
Summe insgesamt		45.569,3	47.891,1	47.046,9	47.869,8 48.895,4
Abweichungen durch Runden von Zahlen möglich.					



Herausgeber:
Niedersächsisches Finanzministerium
und Niedersächsische Staatskanzlei
Hannover
Mail: Pressestelle@mf.niedersachsen.de

Die Broschüre steht auch zum Download (pdf) bereit
unter www.mf.niedersachsen.de